

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis per Nummer 10 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichtsartikel 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Sonntagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Konfervativ.

Wenn wir unsere Agitation nach der Art der Konfervativen betreiben wollten, so müßten wir etwa so beginnen:

„Wähler! Laßt Euch durch die Lockungen der Konfervativen Umfurzpartei nicht betören! Diese Partei, deren führende Elemente mit dem gesunden deutschen Volksleben meist nicht das geringste zu thun haben, sondern vielmehr aus völlig unheimlichen Polen-, Wenden- und Obotritenstämmen bestehen, sucht im eigenmächtigen Interesse ihrer Führer alle bestehende Ordnung auf gewaltsamem Wege zu beseitigen. Sie befehdet alle Heiligthümer der deutschen Nation, sie will den Altar der Freiheit umstürzen, und selbst vor dem erhabenen Throne der Vollmajestät scheut ihre verbrecherische Agitation nicht zurück. Indem sie die geordneten Verhältnisse unserer Handelsbeziehungen zu fördern und Deutschland in einen verderblichen Zollkrieg zu ziehen versucht — bloß um die Taschen der Führer zu füllen — kennzeichnet sie sich selbst als die Feindin der bestehenden Ordnung und als die bestochene Verräterin des Vaterlandes. Darum müssen sich alle ordnungsliebenden Kreise, die von dem völkerverderblichen Gift des Konfervativismus noch nicht angegriffen sind, am Wahltage einmütig gegen dieses unheimliche Treiben zusammenschließen. Gebt darum jeder am 16. Juni dem socialdemokratischen Kandidaten seine Stimme.“

Glücklicherweise aber haben wir es nicht notwendig, die Sprache des gängigsten Philisters zu führen. Und obwohl jedes Wort unserer Silbierung wahr ist, haben wir noch nie das kleinste „Konfervativengesetz“ verlangt.

Wenn sich die socialdemokratischen Blätter jetzt über den Unstun der Konfervativen Wahlagitation entsetzen, so könnten Konfervative Agitatoren dagegen mit Recht behaupten, daß ihre Leistungen im Verhältnis zu ihrer Aufgabe immer noch erstaunderwert seien. Allgemeine Wahlen sind eine demokratische Einrichtung, die Demokratie ist aber ebensovornig das Element der Konfervativen, wie die Lust das Element der Fische ist. Wer gewohnt ist, fremde Meinungen mit dem Gesichtsmaßel totzuschlagen, verkennt, sie mit Argumenten zu bekämpfen. Die klägliche Hilflosigkeit, mit der sich die geborenen Führer des Volkes im Wahlkampf geben, beruht auf einer künstlich gezüchteten Verdrüppelung der Gehirne. Solche Leute sollen nun Verdrüppelung genug besitzen, um den Wählern weiß zu machen, daß die Winderung ihrer politischen Rechte, die Beschränkung ihrer Gedankenfreiheit, die Aufhebung der Freizügigkeit, die Vereinfachung ihres Koalitionsrechts, das geschnittene Militärbudget und die Verteuerung aller Dinge, die sie zum Leben notwendig haben, in ihrem Interesse gelegen sei. Und wirklich hat es im Jahre 1898 noch landwirtschaftliche Arbeiter gegeben, die Konfervativ wählen, d. h. für die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs und die Einführung der Prügelstrafe stimmten. Der verfallene Schutz des Wahlgeheimnisses macht dieses Kunststück der Menschendressur noch schwieriger. Die Konfervativen haben also allen Grund, auf ihre Erfolge stolz zu sein, so lange sie noch mehr Wähler haben, als der Gothaische „Almanach“ Namen zählt.

Es ist also eigentlich überhaupt ein überflüssiges Unterfangen, wenn man das Konfervative Programm vom Standpunkte des Volksinteresses ernstlich zu kritisieren versucht. Die Konfervativen sind für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, obwohl sich nachweislich in dem Sechstel dieses Zeitraums selbständige Soldaten heranbilden lassen. Soll man den Bauern erst sagen, daß es für sie ein Schade wäre, wenn sie ihre Eöhne ein Jahr länger entbehren müssen? Die Konfervativen haben selbst gesagt, daß die Verdoppelung der Schlachtflotte den Ruin für die Landwirtschaft bedeute, und sie haben dann trotzdem für sie gestimmt. Die Wehrsteuer ist in früheren Jahren als eine drückende Belastung der ländlichen Bevölkerung vom Reichstage abgelehnt worden; die Konfervativen sind, wie die anderen Ordnungsparteien, heute bereit, für sie zu stimmen. Das bishigen Schwindel der schützöllnerischen Bauernzersetzung und der jünsterischen Erhaltung des Mittelstandes ist schon so ungezählte Male ausgedeckt worden, daß es keiner neuen Argumente bedarf bei allen, die einer politischen Erwägung überhaupt fähig sind. Der Unstun, den die Konfervativen darüber erzählen, ist nichts als eine schlechte Maske der Gewalt.

„Gegenwärtig, wo das geltende Reichstags-Wahlrecht zu einem Bestandteile der Reichsverfassung geworden und in die Gewöhnung des Volkes übergegangen ist, läßt es sich natürlich nicht so leicht wieder beseitigen. Man wird es als ein Stück der Reichsverfassung respektieren, sich möglichst mit ihm einrichten, bis die aus ihm entspringenden Uebelstände die Ueberzeugung von seiner Unhaltbarkeit schließlich Gemeingut werden lassen.“

So das „Konfervative Handbuch“ vom Jahre 1898. Seine Auffassung steht in Uebereinstimmung mit den Aeußerungen vieler hervorragender Konfervativer Führer, nur daß diese oft — Graf Mirbach, v. Rödcher, die „Kreuzzeitung“ („Man muß der Bestie den Raum anlegen“) u. a. — den gewaltsamen Umsturz von oben verlangen.

Diese Führer sind ehrlicher und logischer als das Konfervative Handbuch. Denn wenn die Konfervative Feindschaft gegen das fundamentale Bürgerrecht der Reichsangehörigen „Gemeingut“ wird, werden ja alle Wähler konfervativ wählen, woraus die Konfervativen schließlich die Ueberzeugung von der „Unhaltbarkeit“ dieses Reichstags-Wahlrechts herleiten werden. Je schlimmer die Niederlagen der Konfervativen sind, d. h. je mehr die Anerkennung des Reichstags-Wahlrechts als wichtigste Waffe gegen den Junkerhochmut „Gemeingut“ wird, desto „unhaltbarer“ muß dieses Wahl-

recht den Konfervativen erscheinen. Wenn aber die Konfervativen die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des bestehenden Wahlrechts zum Gemeingut machen wollen, bietet ihnen die Agitation zum Reichstag die passendste Gelegenheit dazu. Möge drum jeder konfervative Wahlkandidat jedem beschloßenen Wähler endlich sagen, daß er ihm das Wahlrecht nehmen wolle. Rechtswidrigerweise aber heißt es jetzt, die Geschichte von der Gefährdung des Reichstags-Wahlrechts sei eine alberne und böswillige Erfindung der Socialdemokraten, die um eine Wahlparole verlegen seien.

Die Konfervative Fraktion zählte im letzten Reichstag 48 Mitglieder und 8 Hospitanten. Von diesen 51 Leuten waren 40 Großgrundbesitzer, also etwa 75 Prozent sind an der Verteuerung des Brotes unmittelbar interessiert gewesen. Die freikonfervative Fraktion zählte im letzten Reichstag 20 Mitglieder und Hospitanten, davon 14 Großgrundbesitzer, also etwa 66 Prozent sind an der Verteuerung des Brotes unmittelbar interessiert gewesen. Nicht gerechnet sind dabei Angehörige von Großgrundbesitzern, die nicht Selbstbesitzer sind, aber an den Profiten der Getreidegroßproduktion mittelbar interessiert sind. Die meisten dieser Herren sind adlig.

Die Konfervative Fraktion des Herrenhauses, die die sofortige Durchführung der Hungerblockade stürmisch verlangte, besteht fast ausschließlich aus Latifundienbesitzern. Diese Herren sind sämtlich adlig.

Das konfervative Handbuch schreibt: „Wir finden zahlreiche Adlige als freigewählte Leiter bürgerlicher Vereine, in Bauernvereinen, in den Parlamenten vorzugsweise als Vertreter der schaffenden und erhaltenden Teile des Volkes. Hier empfindet man eben noch, wie ein tüchtiger Adel durch Heranbildung von Persönlichkeiten, deren höchstes Streben nicht Erwerbgeschicklichkeit, sondern der Besitz von aristokratischen, das ist Führereigenschaften, ist, dem Vaterlande unentgeltlich die größten Dienste leistet.“

Daselbe Handbuch klagt darüber, daß die Juden „Bucherer und Ausbeuter“ seien. Es ist aber fraglich, ob die „Selbjuden“, wenn sie in den beiden konfervativen Reichstagsfraktionen 54 Mann und nicht bloß den einen Dr. Krenndt besessen hätten, nicht ebenso durch unentgeltlichen Patriotismus gegläntzt haben würden, wie die vierundfünfzig Konfervativen Getreideverläufer.

In dem Wahlausruf der bayrischen Bauernbündler ist zu lesen:

„Während das Centrum im Interesse des Großkapitals, das heißt der norddeutschen Großgrundbesitzer die Erhöhung des Weizenzolles auf 5 $\frac{1}{2}$ M. und des Roggengoldes auf 5 M. durchsetzte, hat es die Mindestzölle für Vieh, Obst, Hopfen und Gemüse fallen lassen und damit die Interessen der süddeutschen und speziell der bayerischen Bauern förmlich preisgegeben, denn mit einem Zoll von 4 M. auf Malzgerste hat es den Bauern kaum einen Dienst geleistet, weil dann die Gerste als geringer verzollbare Futtergerste aus dem Ausland eingeführt und als Malzgerste mit einer Rückvergütung von 4 M. ausgeführt wird.“

Was hier vom Centrum gesagt wird, bezieht sich auch auf jenen Teil der Konfervativen, der für das Gerstenopfer und die mittlere Linie gestimmt hat. Und man muß zugeben, daß die Beschwerden der „geretteten“ Bauern, vom Standpunkte der Schützöllnerie betrachtet, immerhin logisch gedacht sind. Wäre die Schützöllnerie wirklich das richtige Mittel, um der Landwirtschaft auszuweichen, dann hätte sie natürlich in erster Linie nicht zum Vorteil der Großen, sondern zum Schutze der Kleinen angewendet werden müssen. Während sich die von Bauern gewählten Großgrundbesitzer selber die Minimalzölle auf Brotgetreide bewilligten, haben sie thatsächlich die Bauern um den versprochenen Deute-Anteil geprellt.

Hätte nicht der Bund der Landwirte über den Verrat an den agrarischen Grundfragen sein Meininger Geschrei rechtzeitig angestimmt, so hätten die geprellten Bauern schließlich auf die ganze Wahrheit kommen können. Am Ende hätten sie erkannt, daß man ihnen alle kommenden Geschichten vom Segen des Zollschutzes so behärdlich eingebrüllt habe, nicht, weil der Zollschutz ihnen, sondern weil er den Großgrundbesitzern nützt. Vorläufig aber sucht man die Bauern in dem Glauben zu erhalten, daß wenn die Herren gespeist hätten, sie auch an den Tisch dürfen. So kurze Weine hat die agrarische Politik.

Zu den Wahlen vom Jahre 1898 hat der von den Konfervativen verheimlichte Fürst Bis mar ck in einem zur Veröffentlichung bestimmten Gespräche seinen Anbetern folgende Empfehlung mitgegeben:

„Heutzutage hat die Strebererei alles verdrängt; der eine will Beförderung in seinem Amte (man will doch nicht immer Landrat bleiben!), der andre wünscht eine höhere Ordenskategorie zu erhalten, der Dritte erstrebt auf Wunsch seiner Frau Einladungen zu Hoffestlichkeiten, der Vierte möchte dem Avancement seines Sohnes sich förderlich erweisen und so fort. Ich will nicht sagen, daß diese Charakteristik auf alle Konfervativen im Lande zutrifft, ich habe mehr die Führer im Auge, die heute einflußreicher sind, als sie es jemals waren.“

... Die sitzen Beamte, die eigentlich gar nicht ins Parlament gehören, Deute, die Eöhne, Töchter und Entel zu versorgen haben und deshalb Rücksichten nehmen müssen... Ich habe oft das Gefühl, daß die Herren die Begriffe konfervativ und gubernamental vertauscheln, und frage mich manchmal, ob sie selbst wissen, was sie konfervieren wollen.“

Hurra, für die neue Militärvorlage!

Wahlkampf.

Manifestation der internationalen Solidarität. Brüssel, den 2. Juni. Seit vielen Wochen ist die belgische Arbeiterpartei thätig, den Wahlfonds der deutschen Socialdemokratie zu füllen. Die Pfingstfeiertage sahen im Brüsseler Maison du Peuple Feste, deren Reinertrag dem Wahlfonds der deutschen Partei bestimmt war. Angefichts dieses Zwecks hatten auch die französischen Genossen bezug. Der parteigenössliche Verein L'Art pour tous (Die Kunst für alle) seine Mitwirkung zugesagt. Das Fest am zweiten Feiertage erhielt noch eine besondere Bedeutung durch die Mitwirkung der Delegierten des Internationalen Bergarbeiter-Kongresses. Die Delegierten diverser Länder hielten Ansprachen, in denen sie die Bedeutung der Wahlen in Deutschland und die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe betonten.

Eine mißglückte Wahlstine.

Nachdem neulich die Austrägerinnen des „Vorwärts“ von den arbeitserfindlichen Parteien als Wahlagitationsmittel verwendet wurden — wir haben den Leuten durch Veröffentlichung der Thatfachen sehr empfindlich das Geschäft gestört — marschiert nun gar der ganze Vorwärtsbetrieb als Schwurzeuge wider das socialdemokratische Programm auf.

Die katholische „Germania“, die immer dabei ist, wenn es die Verbreitung eines leichtfertigen Klatsches über die Socialdemokratie gilt, drndt mit feistem Behagen den folgenden Bericht aus dem „Correspondent“ der Buchdrucker über eine Versammlung des Vereins Berliner Buchdruckmaschinenmeister ab:

Längere Zeit beschäftigte sich die Versammlung mit den Umständen bei Singer u. Co., der Druckerei des „Vorwärts“. Es haben sich dort Verhältnisse und Arbeitsmethoden herausgebildet, die selbst in bürgerlichen Geschäften nicht üblich sind und die zu duben wir am allerwenigsten in diesem Geschäft, das zu einem wesentlichsten Teile mit unfrem Geld errichtet ist, Krönung und Ursache haben. Es wurde darüber geflagt, daß selbst Drucker, die an Maschinen mit Anlage-Apparat arbeiten, noch andre Maschinen bedienen müssen, daß mehrfach Maschinenmeister zur Ausbülfe auf 1 $\frac{1}{2}$ und 2 Tage gesucht wurden, während bisher Ausbülfe unter 1 Woche nicht gebräuchlich waren, daß die Löhne so tief wie möglich gedrückt werden, daß überhaupt in allem das Bestreben zu erliden sei, in echt kapitalistischer Weise aus der Arbeitskraft eines jeden Einzelnen soviel wie möglich herauszuschlagen. Der Obermeister des Geschäfts, Kollege Hoyer, führte zur Verteidigung aus, jedes Geschäft, welches technische Neuerungen einführe, wolle damit Geld verdienen; daß damit oftmals eine Venachteiligung der Arbeiter verbunden, sei zu bedauern, aber daran könne auch eine Parteidruckerei nichts ändern, denn sie müsse mit der Konkurrenz rechnen. Von den nachfolgenden Rednern wurde die Handlungsweise der Leiter der Druckerei in Bezug auf die kritisierten Punkte fast allgemein beurteilt. Wir haben keine Antipathie gegen das Unternehmen, sondern wünschen ihm das beste Gedeihen, aber wir verlangen, daß der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis beseitigt wird, daß Mißstände, die an andern kritisiert werden, vor allen Dingen in eignen Betrieben unterbleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch der Profit etwas geschmälert wird. Die Druckerei sollte ihre Ehre darin sehen, als Musterinstitut zu gelten, und sich nicht von andern überflügeln lassen. Die Reformen, die wir verlangen, sind keine derartigen, daß sie das Gedeihen des Unternehmens in Frage stellen, sondern mit einigem guten Willen leicht durchzuführen.

Die „Germania“ fügt hinzu: „Das sind ja recht interessante Enthüllungen über die „Vorwärts“-Druckerei! Ein schöner „Musterbetrieb“! — So werden sogar bei dem Centralorgan der Socialdemokratie die Arbeiter in echt kapitalistischer Weise ausbeutet, die Löhne gedrückt u. kein Wunder, daß diese „Vorwärts“-Arbeiter durch den Widerspruch zwischen socialdemokratischer Theorie und Praxis sich erst recht empfindlich getroffen fühlen. — Für die Wahlen kommen diese Enthüllungen aus der „Vorwärts“-Druckerei gerade zur gelegenen Zeit.“

Die „Germania“ leitet ihre „Enthüllung“ mit der Bemerkung ein, daß bei uns nur Socialdemokraten beschäftigt würden. Schon diese Behauptung widerspricht den Thatfachen. In der „Vorwärts“-Druckerei ist nicht ein einziger Arbeiter oder Angestellter nach seiner politischen Meinung gefragt worden; für den Eintritt in das Geschäft giebt es nur eine Bedingung: die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation, nicht aber die zu einer politischen oder gar socialdemokratischen; für den Verbleib im Geschäft nur eine Voraussetzung: geschäftliche Tüchtigkeit und Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

Sehen wir von den im „Correspondent“ gegenüber socialdemokratischen Organisationen und Institutionen gewöhnlichen Liebenswürdigkeiten ab, so haben wir thatsächlich zu erwidern:

1. Bis zur Stunde ist von den Maschinenmeistern weder beim Arbeiter-Ausbülfe, noch bei der Geschäftsleitung irgend ein Wunsch oder eine Klage darüber erhoben worden, daß sie neben der mit Anlage-Apparat versehenen Maschine, noch andre Maschinen bedienen müßten. Vielleicht geschah es schon um deswillen nicht, weil dazu die Voraussetzung fehlte, da für 8 Maschinen 6 Maschinenmeister und 1 Lehrling engagiert sind. Nur ein Maschinenmeister hat neben der mit besonders großen Auslagen arbeitenden Maschine mit Vogenanlage-Apparat noch eine zweite Maschine zu bedienen, soweit die ihm zur Verfügung stehende Zeit das ermöglicht. Ein zweiter hat für zwei kleine Accidenzmaschinen einen Lehrling zur Hilfe.

2. Das Eintreten von Maschinenmeistern zur Ausbülfe auf zwei Tage ist zu einmal erfolgt, als infolge eines dringenden Auftrages Nacharbeit notwendig wurde; da wurde für die eine Nacht arbeitenden Maschinenmeister eine Ausbülfe für zwei Tage nötig; einer arbeitete 2 Tage, der andre 1 $\frac{1}{2}$ Tage, erhielt aber selbstverständlich den Lohn für 2 Tage bezahlt.

3. Die Behauptung, daß die Löhne so tief wie möglich gedrückt würden, ist einfach bewusste Unwahrheit. Nicht ein einziger Geber oder Maschinenmeister ist zu dem im Tarif ausbedungenen Minimallohn von 28,15 M. beschäftigt. Wie wenig die „Vorwärts“-Buchdruckerei Anlaß hat, bezüglich der von ihr gezahlten Löhne sich zu schämen, zeigt nachstehende Zusammenstellung, wobei zu beachten ist,

daß in der „Vorwärts“-Buchdruckerei der Achtstundentag eingeführt ist, während der Tarif die neunstündige Arbeitszeit bedingt, daß in der „Vorwärts“-Buchdruckerei jeder Arbeiter unter Fortsetzung des Lohnes oder entsprechender Entschädigung für Accordseher 8 Tage Ferien erhält usw.

In der Verabreichung erhalten 17 Seher je 30 M., 3 je 31, 4 je 32 und 1 32,50 M. Im Maschinenaal: Je 1 Maschinenmeister 43.— M., 40.— M., 37,50 M., 33.— M. und 2 je 32 M. Im Notationsaal: ein Maschinenmeister 55 M., der zweite 51,50 M., ein dritter, zur event. Anhilfe anlernender 36 M. — Vier Maschinenseher erhalten je 42 M. In der Stereotypie erhält der am Tage beschäftigte Stereotypseher 40 M., von dem am Abend beschäftigten Stereotypseher erhält einer 55 M., einer 45 und zwei andere je 42 M. Die Hilfsarbeiter im Notationsaal erhalten: 12 Mann je 28 M. und einer 20 Mark; im Flachmaschinenaal ein Arbeiter 25 M., 5 je 24 M. und je einer 22 und 23 M. Gegenfänger erhalten 5 je 14 M. — In der Zeitungs-Schere ist, wie in Berlin üblich, Accordarbeit. Da spielt also die persönliche Geschicklichkeit und Geschwindigkeit eine gewisse Rolle. In der Zeit vom 25. bis 30. Mai wurden Löhne ausbezahlt im Betrag von je: 38,04 M., 43,71 M., 46,08 M., 48,50 M., 51,40 M., 52,47 M., 53,40 M., 55,09 M., 55,14 M., 55,91 M., 56,23 M., 56,50 M., 57,45 M., 58,13 M., 58,23 M., 58,50 M., 59,18 M., 59,49 M., 59,71 M., 60,50 M., 60,85 M., 61,04 M., 63,65 M., 64,46 M., 69,59 M.

Für die Wahlen kommen diese Enthaltungen aus der „Vorwärts“-Druckerei gerade zu gelegener Zeit. In der That; vielfach hat der Urheber dieser Klage — ein Maschinenmeister, der nach 3 1/2 wöchentlicher Thätigkeit wieder entlassen werden mußte, da er die an seinen Posten zu stellenden technischen Voraussetzungen nicht erfüllen konnte — die Schussucht der „Germania“ vorausempfanden und vielleicht befohlen die „Germania“ diese gelegenen Dienste durch ein Engagement zu höheren Lohnsätzen, um so endlich einen katholischen Musterbetrieb zu schaffen, so daß auch die „Germania“ es wagen darf, die in ihrem Betriebe herrschenden Arbeitsverhältnisse offen zahlenmäßig darzulegen.

Auch die „Freisinnige Zeitung“ bezieht sich, für eine künftige Auflage des „Socialistenpiegels“ die unwahren Geschichten triumphierend mitzuteilen. Die Auffassung der „Freisinnigen Zeitung“ von Arbeitersfürsorge erschöpft sich in der Aufforderung Eugen Richters: „Stellen Sie doch Mädchen ein“ und in den Ausführungen seines Blattes zur Zeit des Buchdruckerstreiks (13. Dezember 1891): „Hierzu kann es für keinen Unbefangenen mehr ein Zweifel sein, daß es sich bei diesem Streik allgemein darum handelt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu vertreten gegenüber einer freischen socialdemokratischen Kriegserklärung, diejenigen Buchdrucker-Vesiger, welche unter solchen Umständen noch die Forderungen der Streikenden bewilligen, machen sich der Vergünstigung der Socialdemokratie und der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung schuldig.“

Damals verlangten die Buchdrucker nicht entfernt das, was in der „Vorwärts“-Druckerei Rechtens ist. Jene bescheidenen Forderungen denuncierte Eugen Richter als Untergrabung der Gesellschaftsordnung und heute genügen ihm nicht einmal mehr die Arbeitsverhältnisse des „Vorwärts“.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Eine notwendige Ergänzung zu der mit dem Isolierraum beabsichtigten Sicherung des Wahlgeheimnisses ist eine Anordnung über die Beschaffenheit der Wahlurnen. Bis jetzt wurden namentlich in kleineren Orten oft die unglücklichsten Geräte als Wahlurnen benutzt. Cigarettenkisten, Gutfachlein, Hölzer, Biergläser, ja selbst Zeller sollten sich gefallen lassen, am Wahltag Wahlurne zu spielen. Die Wahlprüfungskommission hat das wiederholt als unzulässig bezeichnet, aber ohne ausführliche Anweisungen der Oberbehörden kann der Anflug nicht ganz beseitigt werden. Diese Anweisungen fehlen bisher. Es ist daher mit Genugthuung zu begrüßen, daß das badische Ministerium des Innern jetzt bestimmt hat, daß die bei der Reichstagswahl künftig in Gebrauch kommenden Wahlurnen so hergestellt sein sollen, daß die Stimmzettel durch eine Oeffnung (Spalt) im Deckel des Wahlgefäßes zu stecken sind, der Deckel selbst jedoch bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen gehalten wird. Es wäre sehr erwünscht, daß diese Anweisung auch in den andern Bundesstaaten nachahmungsfähig sei. In Preußen scheint man dagegen sogar den Isolierraum durch zweekentsprechende Anlegung wieder beiseitigen zu wollen. So druckt die „Vossische Zeitung“ eine Bekanntmachung des Landrates von Sorau in Nr. 22 des „Sorauer Kreisblattes“ vom 28. Mai ab, in der es über den Isolierraum heißt:

„Es braucht nicht durchaus ein besonderes Nebenzimmer dazu genommen zu werden, sondern es genügt schon, wenn — und zwar derartig, daß der Wahlvorstand die Einrichtung vor sich hat und übersehen kann — ein kleiner Tisch seitwärts oder in einen Winkel des Wahllokals hingestellt und davor ein Bettschirm oder Ofenschirm oder eine Kollwand aufgestellt, oder in Manneshöhe an einer Schür ein Vorhang gezogen wird, jedoch so, daß der Zutritt zum Tische frei bleibt. Oder es ist (ohne Anbringung eines Vorhangs) auf einem kleinen Tische eine Kiste ohne Deckel von etwa 1/2 bis 1 Meter Höhe umgekippt so aufzustellen, daß der Boden derselben dem Wahlvorstand zugekehrt ist und der Wähler, so vor der offenen Kiste stehend, das Gesicht dem Wahlvorstand zugewandt, innerhalb des Kistenraumes den Wahlzettel unbeobachtet in den Wahlumschlag legen kann.“

Reichstagswahlen vor fünfundsanzig Jahren.

III. (Schluß.)

Wollte man annehmen, daß die innere Politik des Fürsten Bismarck einzig und allein auf die Vernichtung der Socialdemokratie abgezielt hätte, so wäre damit allerdings die vollkommene Ungeschicklichkeit des gerühmten Staatsmannes bewiesen. Inbes stückte in Bismarcks Plan auch ein mächtiges Stück Bauernschlaueit oder — wenn man so will — ein Zug diabolischer Größe. Ihm gelang es, dem liberalen Bürgertum alle Verantwortungslasten einer herrschenden Klasse aufzuladen, ohne ihr die Vorteile der Herrschaft zuzulassen zu lassen. Nachdem sie einmal der schonungslosen Unterdrückung einer aufstrebenden Klasse zugestimmt hatte, ohne selbst sichere Schutzmittel gegen ihre eigne Unterdrückung in der Hand zu haben, war sie der Junkerklasse und ihrem Führer fast wehr- und waffenlos in die Hand gegeben.

Man kann sich darum des Gefühls der Schadenfreude nicht erwehren, wenn man nach den Wahlen am 6. August 1878 in der nationalliberalen Presse folgende Notiz findet:

Die Verluste der nationalliberalen Partei, welche dieselbe bisher in den diesmaligen Reichstagswahlen erlitten hat, beschränken sich im wesentlichen auf diejenigen Gegenden, in welchen der amtliche Vereinfassungsapparat am wirksamsten fungierte. Das Material für die Proteste ist demnach ein recht ansehnliches. ... Amtliche Bekanntmachung der konservativen Kandidaten, Zettelanstreuen durch Gendarmen, Polizeidiener, Kreissekretäre, Zettelanstreuen in der Kirche, Empfehlung von Kandidaten von der Kanzel herab: alles dieses ist geradezu epidemisch betrieben worden.

Es waren Wahlen, wie man sie heute kaum mehr in Galizien oder in Serbien machen kann. Hatte Graf Posadowsky seine — freilich auch für heutige Verhältnisse noch recht scheinheilige — Rede über die „sittliche, die ethische Pflicht der Regierung“ damals gehalten, so hätte man gewiß von ihm behauptet, daß er mit den Königsmördern und Attentätern im Komplott stünde.

Aus der Reihe der amtlichen Publikationen, die knapp vor dem Wahltag erschienen, sei nur eine angeführt, nicht als wahlgeschichtliches Kuriosum, sondern vielmehr um die ganze Art der damaligen Wahlmacherei zu kennzeichnen. Das Schriftstück stammt aus Scharbrücken und lautet:

Die umgekippte Kiste, die vielschicht auch noch nach Käse riechen darf, da das ja nicht ausdrücklich verboten ist, ist wieder ein Symbol preussischer Zustände. Bundesrat und Reichstag befinden einmütig, daß sie die vollste Sicherung des Wahlgeheimnisses wünschen und preussische Behörden führen das so an, daß man fast an eine Verhöhnung der Beschlässe der Gesetzgebungsorgane zu glauben geneigt wird. Die umgekippte Kiste von 50 Centimetern Höhe ist gänzlich ungeeignet, dem Wähler vor Beobachtung zu schützen. Wenn ihm z. B. an der Thür ein Wahlzettel in die Hand gedrückt wird, so ist er ganz außer Stande, statt dessen etwa unbeobachtet einen andern aus der Tasche zu nehmen, um ihn in das Wahlcover zu stecken, da die Kiste keine Bewegung seiner Hände oder Arme verdeckt. Wenn außerdem angeordnet wird, die Kiste müsse so aufgestellt sein, daß der Wähler dem Wahlvorstande des Gesicht zulehrt, so mühte er in den meisten Fällen, da in der Regel der Wahlvorstand mit dem Gesicht gegen die Thür sitzt, gerade der Thür, das heißt also den Beobachtern an der Thür, den Rücken oder doch die Seite zulehnen, so daß er also jeder Beobachtung frei zugänglich wäre. Eine solche Art der Ausführung des Wahlreglements muß den Wähler ohne weiteres ungünstig machen.

Wieder mit Kröhner als mit Barth. Diese Lösung des vorkommlichen Abgeordneten Fischbein haben die Volksparteier in Dessau getreulich befolgt. Dort haben sie mit den Nationalliberalen gegen den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung Köstke einen zollwunderrischen Rischmatsch-Standarden, einen Dr. Rhode aufgestellt. Die „Volkspartei“ firmiert hier im Verein mit den Reaktionsären als „Wahlverein des reichstreuen Bürgertums“.

Mit der Frage der Wahlberechtigung der Heilstätten-Inassen befahte sich, wie wir aus dem „Sächsischen Volksblatt“ erfahren, aus Anlaß von Klagen der Patienten in Dorka an der Elm der Ausschuss der Thüringischen Versicherungsanstalt. Bei dieser Gelegenheit teilte der Vorsitzende dieser Anstalt, Geh. Reg.-Rat Elle, mit, daß jüngst eine Anzahl Vorsitzender von Versicherungsanstalten auf einer Konferenz in Berlin sich einmütig dahin ausgesprochen haben, daß der Aufenthalt in einer Heilstätte keinen Wohnsitz im Aufenthaltsorte begründe. Als Resultat dieser Besprechung ist also der Bescheid des Vorstandes der Thüringischen Versicherungsanstalt anzusehen, den wir gestern mitteilten.

Mit Recht machte der Arbeitervertreter Kustel aus Greiz darauf aufmerksam, daß die Vorstände der Versicherungsanstalten sich da gar nicht hineinmischen hätten. Wir haben gestern schon darauf hingewiesen und wiederholen es heute, daß wir es für ungebührig halten, wenn die Vorstände der Versicherungsanstalten, die den Patienten gegenüber mit einer gewissen Autorität umkleidet sind, sich in dieser Weise in die Wahlgeschäfte einmischen. Es ist einzig und allein Sache der Wahlbehörde und am letzten Ende Sache des Reichstags, zu entscheiden, ob Heilstätten-Inassen am Orte der Heilstätte als wahlberechtigt nach § 7 des Wahlgesetzes anzusehen sind.

Eine neue Lesart von der Rede des Abg. Jwid zum Wahlrecht wird jetzt in der „Freisinnigen Zeitung“ gegeben. Danach soll Jwid das Verhalten der Socialdemokraten in freisinnigen Versammlungen geschildert und bei dieser Gelegenheit geäußert haben, man dürfe es nicht aufkommen lassen, daß die rohe Faust die politischen Rechte vergewaltige. Nach dem übereinstimmenden Zeugnis einer ganzen Anzahl Zuhörer in jener Versammlung hat Jwid nicht ein Wort von dem Verhalten der Socialdemokraten in freisinnigen Versammlungen gesagt. Die ganze Notiz der Freisinnigen ist blanke Erfindung.

Gewalttätige Versammlungsförderung unter Führung von Amtsvorstehern. Ein arges Quodlibet ist in unserer geistigen Notiz „Eine unglücklich verlaufene Arbeiter-Wahlversammlung“ entstanden. Es handelt sich nämlich gar nicht um eine von unsren Gegnern veranstaltete, sondern um eine socialdemokratische, von unsren Genossen veranstaltete Versammlung, für die Stadthagen als Referent bestellt war und die nur durch die mit Absicht der Sprengung zahlreich erschienenen Krieger und Bewaffneten einen kriegerischen Charakter angenommen hatte. Wir geben deshalb noch einen ausführlichen Bericht über die interessante Versammlung.

Unter Führung der Amtsvorsteher Seeger aus Jerpensichleuse und Springer aus dem Lanter Bezirk waren auf Krenfern und zu Fuß aus der weitesten Umgegend die Kriegervereiner herbeigeführt und zu ihnen hatten sich eine Anzahl Forstleute in Wehr und Waffen gestellt.

Als der Vorsitzende, Genosse Helbig, die Versammlung eröffnet hatte, riefen konservativ im Takt „Bureauwahl“. Genosse Helbig erfuhr die Derten, sich etwas zu beruhigen: in einer von Socialdemokraten einberufenen öffentlichen Versammlung sei selbstverständlich Bureauwahl. Es wurden namentlich von der einen Seite drei Socialdemokraten, von der andern Seite Amtsvorsteher Seeger und zwei konservativ als Bureau vorgeschlagen. Die Mehrheit stimmte für das socialdemokratische Bureau. Darauf kam es zu den konservativen, Rufe: „Die Mehrheit war für uns“. Genosse Helbig erklärte sehr unparteiisch und entgegenkommend: „Meine Herren, wahren Sie nur die Ruhe. Da Zweifel erhoben sind, so ernennen Sie von beiden Seiten Zähler.“ Jede Seite ernannte einen Zähler. Nach manchem Hin und Her, bei dem der Forstrevier-Verwalter Finsterwalde seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß auch Frauen stimmen können, konstatierten beide

Bekanntmachung!

Bezugnehmend auf den Wahlaufruf der reichstreuen Partei, wozu Herr Geheimer Oberbergrat Stähler als Wahlkandidat aufgestellt ist, habe ich an die Herren Beamten und Arbeiter meines Dienstkreises folgende Worte zu richten: Das Resultat der bevorstehenden Wahlen wird zeigen, wer zu Kaiser und Reich hält, oder wer in unpatriotischer Verblendung auf Seiten reichsfeindlicher Unzufriedener, wahnwitziger Socialdemokraten und verruchter Attentäter steht. Es ist heute unerlässliche Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, denn wer nicht für die Regierung ist, ist gegen sie, und ist nicht wert, deren Vrot zu essen. Wer nicht an der Wahlurne erscheint, kann dies nicht verheimlichen und werde ich die zweifelhaften Ehre, Vorgesetzter solcher Individuen zu sein, sehr bald abzuschütteln wissen.

Königl. Eisenbahn-Werkstätte Soarbrücken.
(gez.) K e p p l i n, Maschinenmeister.

Wie weit die Verblödung der bürgerlichen Parteien unter der Attentatschelte gediehen war, zeigt der Umstand, daß sie zunächst nichts Besseres zu thun wußten, als sich gegenseitig die Vaterchaft der Socialdemokratie zuzuschreiben. Hartnäckig behauptete jede Partei, daß alle andern zusammengenommen an dem Anwachsen der Socialdemokratie Schuld trügen und daß sie die einzige wäre, die die richtige Salbe gegen diese „Eiterbeule am Leibe des deutschen Volkes“ befähigt. Bald brachte auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heftige Artikel gegen die Nationalliberalen. Da aber diese sofort erklärt hatten, für das Ausnahmegesetz stimmen zu wollen, hatten sie ihren einzigen Trunps an der Hand gegeben.

Endlich kam der 30. Juli. Nachdem schon bei früheren Wahlen der Artikel 20 der Reichsverfassung, welcher geheime Abstimmungen der Wähler verbietet, verletzt worden war, hatte bei dieser Wahl das Wahlgeheimnis zu existieren faktisch aufgehört. Der Leipziger „Vorwärts“ übertrieb nicht, wenn er sagte, daß etwa die Hälfte der socialdemokratischen Wähler durch ihr Eintreten für ihre Heberzeugung ihre Existenz unmittelbar gefährdet hätten. Da waren Unterschriften abgepreßt worden, durch die man sich verpflichtet hatte, gegen die Socialdemokraten zu wählen. Dann kamen die Säuleper, die dem Wähler einen Zettel in die Hand drückten und ihn nicht aus den Augen ließen, so lange er nicht diesen Zettel abgegeben hatte. Ferner wurden die Bestimmungen des Reichstagswahl-Gesetzes, welche gegen die Kennzeichnung der Stimmzettel gerichtet sind, geradezu schamlos beiseite gesetzt. In einzelnen Wahlbezirken, so erzählt der „Vorwärts“, wurden unmittelbar vor der Wahl (damit die Socialdemokraten nicht Zeit haben sollten, ahnungslos Zettel

Zähler übereinstimmend: 81 Stimmen für den socialdemokratischen Bureauvorschlagn, 74 für den konservativen. Stadthagen erhielt das Wort. Er betonte zunächst, daß selbstverständlich die Gegner in der Diskussion volle Redefreiheit haben würden, und begann die Wichtigkeit des Posttarifs zu schildern. Unter den Konservativen ein Bispem und Tuscheln: „ein Hoch“. „Ja, wer soll es ausbringen?“ „Blödsinn erhebt sich der Amtsvorsteher Seeger und unterbricht das Referat durch ein Kaiserhoch. Konservativ stimmen ein und beginnen zu singen und zu toben. Vergessliche Mahnungen um Ruhe. Herr Seeger wird wiederholt unter Hinweis auf den Hausfriedensbruch-Paragrafen aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Hochs auf die Socialdemokratie und die Reichsliste erschallen als Antwort auf Hochs und Singveruche der von Herrn Seeger geleiteten Konservativen. Der Gendarm löste die Versammlung auf.

Unmittelbar nach der Versammlung schienen einige konservativ ihren Rührern vorzuhalten, daß Gewalt doch keine geistigen Waffen sind. Die Konservativen versammelten sich dann in einem andern Lokal und ließen sich vom Wirt, Herrn Stodmann (Restaurant Waldschloß in Lanke) die Votschaft entbieten, die Kriegervereiner würden bei ihm laut foeben gefohtem Beschluß nicht mehr verkehren; die Parteigenossen werden erst recht wissen, wo sie in Lanke zu verkehren haben.

Gegen die Amtsvorsteher Seeger und Springer und die bewaffneten Forstleute ist Strafantrag gestellt. Die Strafanzeige legt dar, daß in dem Einbringen in eine Versammlung zwecks Störung derselben ebenso wie in dem Nichtbefolgen der Hinanweisung gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch liegt. Die bewaffnet in die Versammlung eingedrungenen Forstleute haben überdies gegen §§ 7 und 18 des Vereinsgesetzes gefrevelt.

Lanke Einwohner versicherten unsern Genossen, daß das Auftreten der Konservativen ihnen bewiesen habe, daß diese Herren sich vor der Mehrheit und vor einer Diskussion mit dem Gegner scheuen.

Erpressung von Unterschriften.

Slandalöse Mißhandlungen verübt das Unternehmertum wieder an den Arbeitern, um die Wahlfreiheit aufzuheben. Ein Beispiel davon bietet eine Zuschrift an unser Parteiblatt in Forst i. L. aus Annahütte im Senftenberger Kohlenrevier, die wir unbedeutend abdrucken.

Einliegend sende ich Euch eine Gewaltthat über die hiesigen Glas- und Grubenarbeiter der Firma J. E. Th. Heye. Eine derartige Einladung nebst Postkarte zur Antwort (auf welcher vorgegedruckt ist): „Ich nehme an und gestatte es, daß mein Name unter den Wahlauftrag gesetzt wird“ (Name), ist einer ganzen Reihe Arbeiter hier zugehändelt worden, selbstverständlich muß jeder unterschreiben, sonst fliegt er raus. Bei jeder Wahl sind hier schon Leute gemahregelt worden. Die Zahlstelle des Bergarbeiter-Verbandes, die hier seit 17 Monaten besteht, hat schon 19 Gewahregelte zu verzeichnen, meist Familienväter. Für jedes vertratene Verbandsmitglied zahlt man den Spitzeln 3 Mark. Zu Versammlungen werden Spitzel geschickt, die dafür zwei Schidten und Reisegeld erhalten, und wenn es bis Notbus ist. Mich haben nun verschiedene Genossen, unser Partei-Organ möge eine Erklärung aufnehmen, daß das eine Gewaltthat ist und sie es nur wegen der Gefahr der Protollosigkeit unterschrieben haben; wenn sie freie Arbeiter wären, würden sie Derartiges mit Entschlossenheit zurückweisen. Durch die bezahlte Spitzelei sind schon drei Mann rausgeflogen, die gar nicht organisiert waren, nur mit mir ein paar Worte gewechselt haben, darunter einer, der schon 14 Jahre auf dem Werke arbeitete. Eine Parteizeitung zu halten, ist gar nicht möglich. Es werden sogar die freisinnigen Blätter verboten, z. B. „Berl. Morg.-Ztg.“

Wir können den Mißhandlungen nur raten, sich den Erpressern nicht ans Messer zu liefern. Wenn die Unternehmer ihre wirtschaftliche Hebermacht mißbrauchen, um den Arbeitern Unterschriften abzugewinnen, so möge jeder Arbeiter ruhig dem Zwange weichen. Eine Unterschrift, die erpreßt ist unter Anwendung der Drohung mit der Hungerpeitsche, verpflichtet zu nichts. Die Wahl ist geheim und keine erzwungene Unterschrift hindert den Arbeiter, nach seiner Heberzeugung zu wählen.

Der Polizist als Wahlagitator. In voller Uniform verteilte der Orts-Polizeidiener in Alt-Geltow bei Potsdam eine Subelbroschüre gegen die Socialdemokratie mit einem Aufruf, der zur Wahl Paulus auffordert. Unterzeichnet ist der Aufruf vom Vorstande des neuen Wahlvereins für Osthavelland.

Eine neue freisinnige Wahlplage wird von der „Freisinnigen Zeitung“ verbreitet. Das Blatt berichtet auf Grund eines Leitartikels des Organs der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine über angebliche Insulten von Socialdemokraten gegen die als Zettelverteiler thätigen Hirsch-Dunderschen bei der Gewerksgerichtswahl in Nürnberg. In den Schudert-Werken habe man ein Mitglied, das sich als Gewerksvereiner bekannte, in sultiert und ihm ins Gesicht gespuht. Wir haben auch hier Erkundigungen an Ort und Stelle eingezogen und stellen fest, daß auch diese Geschichte ebenso erlogen ist, wie alle socialdemokratischen Morithaten freisinniger Herkunft. Die Gewerksgerichtswahl in Nürnberg fand am 11. Mai, also vor mehr als drei Wochen, statt. Die Hirsch-Dunderschen schnitten dabei sehr schlecht ab und der Orts-Verbandsauschuss suchte in einer öffentlichen Erklärung

anfertigen zu lassen) an verschiedenen Orten verschiedene Sorten Stimmzettel, die einen sehr klein, die andern sehr groß, die einen auf dünnes Postpapier, die andern auf Pappdeckel gedruckt. Besonders praktisch war das dünne Papier, auf welches man dann den Namen des Ordnungskandidaten so aufdruckte, daß er durchschlag und immer hervorgucken mußte, wie immer man den Zettel auch falten mochte.

Besonders lustig ging es in Reichenbach-Neurode zu, wo der Minister Friedenthal gegen den Genossen Kapell kandidierte. In den meisten Wahllokalen bildeten die bedeutendsten Fabrikanten des Ortes das Wahlbureau und nahmen die von ihnen selbst ausgetheilten Stimmzettel von den Arbeitern wieder entgegen. Widerspenstige Wähler wurden per Wagen zum Wahllokal geführt, dort von Fabrikanten oder Fabrikangestellten in die Rütze genommen und mit dem friedenthalschen Wahlzettel in der Hand bis zur Urne geleitet. Für die ausgehandene Angst wurde dann der Wähler mit einem Glas Sänaps oder mit einem 5 Pfennig-Nidelstück (manchmal soll es sogar auch ein Groschen gewesen sein) entschädigt. Schon im aufgelösten Reichstage hatten die Socialdemokraten einen Antrag auf bessere Sicherung der Wahlfreiheit namentlich durch Einführung von Stimmzettel-Couvertis eingebracht. Es hat mehr als fünfundsanzig Jahre gedauert, ehe sich diese bescheidene Forderung zur Anerkennung durchrang.

Surz und gut: es ist bei keiner Wahl das Wahlglück so schamlos fortrigiert worden, wie im Jahre 1878. Aber so sehr man auch auf das Resultat dieser sonderbarsten aller Wahlen auf allen Seiten gespannt sein mochte, dauerte es doch mehrere Tage, bevor man ein einigermaßen klares Bild gewann.

Zuerst herrschte in der nationalliberalen Presse toller Siegesjubel. Denn während die Socialdemokratie im alten Reichstage zwölf Sitze innegehabt hatte, waren in den Hauptwahlen nur zwei Socialdemokraten gewählt worden. Diesmal wurden im ersten Rennen nur zwei sächsische Sitze, die von Stolberg-Schneeberg und Glanau-Meerane gewonnen. Verloren gingen Chemnitz, Leipzig-Land, Jwidau, Berlin VI, Reuß ä. L. und Reichenbach-Neurode. Ferner war die Partei an sechzehn Stichwahlen beteiligt, drei davon (Sollingen, Dresden-Alstadt und Berlin IV) waren im alten Reichstage von Socialdemokraten vertreten worden.

Aber als die Wahlergebnisse von Berlin genauer bekannt wurden, fiel in den überschäumenden Becher bürgerlicher Siegesfreudigkeit der erste Bernmütsstropfen. Denn die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von Berlin war binnen einem Jahre um fast 2000 gewachsen! Es waren in Berlin abgegeben worden: im ersten Wahl-

Die Gründe für den kläglichen Reifall dazukommen; in dieser Erklärung wurde die Behauptung von den Anzügen und dem Ingeheißspuden aufgestellt. Die „Frankische Tagespost“ ging der Sache sofort auf den Grund und stellte fest, daß alles erlogen war. Zwei Arbeiter, die Freunde sind, von denen aber der eine Anhänger der freien Gewerkschaften ist, während der andre der Hirsch-Dunderschen Richtung angehört, verließen am Wahltage mittags zusammen die Schneiderische Fabrik, um gemeinsam den Heimweg anzutreten. Vor dem Tore wurden gerade Flugblätter verteilt, in dem die Wähler vor einem Wahlmandat der Hirsch-Dunderscher gewarnt wurden, die erst im letzten Augenblick vor der Wahl mit ihrer Liste hervorgetreten waren und darauf die Namen einer Anzahl bekannter Gewerkschaftsführer gesetzt hatten, um die Wähler irre zu führen. Der Gewerkschaftler hielt nun seinem Freunde ein solches Flugblatt vor die Nase und sagte: „Siehst Du, da hast Du Deinen Wahlschein in der Hand.“ Der Angeredete war über diese Krügerung sehr erbozt und erzählte sie nachmittags dem Vorarbeiter Driehlein, der Vorsitzender des Eigenvereins der Schlosser und Maschinenbauer ist, wobei er aus Eigentum noch hinzufügte, der Arbeiter habe auch gesagt: „Euch gehört ins Gesicht gespuht.“ Der Vorarbeiter erklärte, ohne sich erst weiter zu informieren: „Das kommt in die Zeitung.“ So kam die Behauptung in die Erklärung des Orts-Verbandsauschusses. Als die Geschichte öffentlich besprochen wurde, bekam der angeblich Inzultierte Angst, er ging zu Herrn Driehlein und erklärte, daß er weder angepöbel worden, noch daß irgend eine Andeutung vom Anspucken gefallen sei. Genau so schwindelhaft sind die andern Behauptungen über Verletzungen bei den Wahllokalen. Es war überall Schutzmannschaft vertreten, die nicht einmal in einem einzigen Fall Anlaß fand, einzufahren. Nach den Beispielen, die wir bis jetzt von der Wachstigkeit der „Freisinnigen Zeitung“ und ihrer Quellen gegeben haben, wird wohl jedermann die aus diesem Lager stammenden Behauptungen von vornherein stets mit den stärksten Zweifeln aufnehmen dürfen. Wir werden es uns aber trotzdem nicht verdrücken lassen, auch den zu erwartenden neuen Lügen der „Freisinnigen“ auf den Grund zu gehen.

Was der Herr Amtsvorsteher nicht wünscht. In Creppin (Veltysch) Bitterfeld wollten unsere Parteigenossen kürzlich eine Wählerversammlung für die in dortiger Gegend wohnenden polnischen Arbeiter veranstalten. Die Bescheinigung des Amtsvorstehers über die erfolgte Anmeldung sah so aus:

Infolge Ihrer Anmeldung vom 15. Mai 1903 bescheinige ich Ihnen hierdurch, daß Sie für Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung angemeldet haben, welche im Lokale der Frau Witwe Keller hier selbst abgehalten werden soll.

Ich mache Sie jedoch darauf aufmerksam, daß ich das Reden in polnischer Sprache nicht für erforderlich halte, da die hier wohnhaften Polen mit wenigen Ausnahmen der deutschen Sprache mächtig sind und aus deren Kreisen von verschiedenen Seiten nicht gewünscht wird, daß hier öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache abgehalten werden.

Der Amtsvorsteher.
Lejus.

Trotz der ganz unbedingten geäußerten Wünsche des Herrn Amtsvorstehers hat die Versammlung stattgefunden.

Sündenvergebung für Centrumswähler. Nach der Neuen Pommerschen Landeszeitung“ sagte im Oshenfurter Gau ein Pfarrer in seiner Predigt bei einer Prozession:

„Es ist ganz und gar unmöglich, daß einer in den Himmel kommt, wenn er nicht am Wahltage mit dem Wahlzettel des Centrumskandidaten in der einen, mit dem Rosenkranz in der andern Hand zum Wahllokale geht.“

Ob das die „Germania“ wohl für Gotteslästerung hält?

Das Ende des säklichen Mannes. Die Post des säklichen Mannes aus der Werkstatt, des polnischen Centrum-Bergarbeiters Krolik ist zu Ende. Erst hat das Centrum den armen säklichen Mann von Wahlkreis zu Wahlkreis geholt. Ueberall kandidierte er bloß, um alsbald abgehoben zu werden. Schließlich landete er in Neuthen-Tarnowitz. Aber auch dort bedrängte ihn die vornehme Centrumsgesellschaft. Die Partei erklärte sich offiziell und nachdrücklich für seine Kandidatur. Krolik mußte schließlich alle möglichen Verpflichtungen eingehen. Aber auch das half nichts. Der Widerstand blieb und wuchs. Und so hat der säkliche Mann seine Kandidatur schließlich zurückgezogen und statt seiner wird sich das Centrum wohl für den Amtsgerichtsrat Antkeß entscheiden.

Zentrumskandidaten gegen socialdemokratische Zettelverteiler. Unserm Königsberger Parteiblatt werden aus Danzig Mitteilungen über unerhörte Mißhandlungen socialdemokratischer Flugblattverteiler durch fanatisierte Centrumsanhänger gemacht. Man schreibt dem Blatte:

Als Antwort auf die jesuitischen Lügenblätter gegen die Socialdemokratie, welche massenhaft in und vor den hiesigen katholischen Kirchen verteilt wurden, beschloßen unsere Genossen, um die Entgegnung in die gleichen Hände gelangen zu lassen, ein gegen das Centrum gerichtetes Flugblatt am Sonntag nach Schluß des Gottesdienstes, in der Nähe der katholischen Kirchen, zu verteilen. In der zehn Minuten von Danzig entfernten Vorstadt Alt-Schottland hatten drei Genossen sich in angemessener Entfernung vor der Kirche postiert. Bald nach Beginn der Verteilung wurde der aus der Kirche kommende Maurer Czoch, der Vorsitzende des christlichen

Kreis 1877: 1173, 1878: 2141 Stimmen; im zweiten 1877: 3988, 1878: 7538; im dritten 1877: 3991, 1878: 7060; im vierten 1877: 10 769, 1878: 20 225; im fünften 1877: 2032, 1878: 3987; im sechsten 1877: 9509, 1878: 15 600. Insgesamt in Berlin 1877: 31 522, 1878: 56 336 Stimmen! Und 11 Jahre zuvor waren in ganz Berlin — 67, sage und schreibe siebenundsechzig Stimmen für die Socialdemokratie abgegeben worden.

Die erste Hälfte des August war durch Stichwahlkämpfe ausgefüllt. Und nun traf für die arme Berliner „National-Zeitung“ eine „Gloßpost“ nach der andern ein. Es zeigte sich, daß die Socialdemokratie nur verhältnismäßig kleine Einbußen erlitt und als moralischer Sieger aus dem Kampfe hervorging, während die Nationalliberalen die Besse bezahlen mußten.

Von 16 Wahlkreisen, in denen die Kandidaten unserer Partei in der Stichwahl standen, wurden 7 erobert. Keine Partei hatte verhältnismäßig gleiche Stichwählerfolge aufzuweisen.

Die Socialdemokratie hatte von ihrem seit den 77er Wahlen innegehabten Bestande nur 4 Wahlkreise (Berlin IV, Glauchau-Meerane, Stolberg-Schneeberg, Dresden) behauptet. Neu gewonnen wurden 2 Kreise: Breslau-Ost und Pischowau, wiedergewonnen wurden 3 im Jahre 1877 verloren gegangene Kreise (Warmen-Eberfeld, Freiberg, Wittweida). Einige offizielle Wahlkreise gingen nur mit ganz geringen Minoritäten (50—400 Stimmen) verloren, so Altona, Meideneck-Auerbach, Dresden-Neustadt.

So daß also die Partei mit neun statt bisher zwölf Abgeordneten in den neuen Reichstag. Es waren vertreten Berlin IV durch Frische, Stolberg-Schneeberg durch Liebknecht, Dresden-Alstadt durch Bebel, Glauchau-Meerane durch Prade, Wittweida durch Waltheiß, Freiberg-Deberan durch Kaiser, Pischowau durch Biemer, Breslau-Ost durch Reinders, Warmen-Eberfeld durch Haffelmann.

In den 20 offiziellen Wahlkreisen stieg unsere Stimmzahl von 220 000 auf 240 000, in den andren freilich zeigte sich ein gewisser Rückgang, so daß unsere Stimmzahl jetzt nicht mehr 493,8, sondern nur mehr 437,1 Tausende betrug.

Die nationalliberale Partei aber verlor 140 000 Stimmen und neun Mandate, die Fortschrittspartei 82 000 Stimmen und neun Mandate.

Deutschland war reif für die gefehliche Socialistenhölle und den Bismarckschen Zollwucher! Ueber das verkommene Bürgertum und die vermorrhende Kraft der Junkerwirtschaft aber erhob sich das Proletariat als der eigentliche Sieger.

Maurerverbandes, ein baumlanger starker Mensch, auf die Genossen aufmerksam. Er sammelte eine Kette frommer Bestimmungsgenossen um sich, gemeinschaftlich drangen sie auf den ersten Genossen ein und umzingelten ihn. Czoch schrie dem Genossen zu, er dürfe hier nicht verteilen; dann schrie er seinen Kumpanen zu: „Nehmt ihm die Blätter weg und schmeißt sie in die Radaune! Schmeißt den Hund selbst in die Radaune! (So heißt der Fluß, der dort fließt.) Während nun die andren Nowdies nach dem Befehle mit Häuten stießen, packte Czoch das Flugblattpalet und wollte es gewaltsam fortweisen. Als der Genosse sich gegen diesen Straßentraub wehrte, schlug ihn ein Mensch, namens Genß, mit einem schweren Stock so heftig über den Kopf, daß der arme fast betäubt zusammenbrach. Dazu schrie einer: „So ist's gut! Glücklicherweise erholte sich der Betroffene und konnte durch schleunigen Rückzug sein Leben retten. Nun stürzt sich die fanatische Horde auf den zweiten Genossen, den sie ebenfalls schon umzingelt hatte. Czoch schlug den kleinen nicht sonderlich kräftigen Genossen so mächtig mit seiner schweren Faust gegen den rechten Unterliefer, daß das Blut heraussprang. In dem Moment sprang ein Mann, der auch aus der Kirche kam, vor den so brutal Gemißhandelten. Er wehrte die andrängenden Centrumskumpanen ab und rief ihnen zu: „Eben kommt Ihr aus der Kirche und schlagt gleich einem Menschen tot?“ Die Kumpane des Czoch schämten sich auch nicht der widerlichen Gemeinheit, unfrem Genossen direkt ins Gesicht zu spucken!!! Nach etwa zehn Minuten, als die Zeugen des rohen Ueberfalles bereits fort waren, trafen unsere Genossen auf der andren Seite — des Radaunedammes auf einen Schutzmann. Dieser erklärte, er müsse ihre Namen notieren, da sie öffentlich keine Flugblätter verteilen dürften!! Auf die Entgegnung, daß die öffentliche Verbreitung zweifellos erlaubt sei, erwiderte der Polizist: er müsse sie dann aber notieren, weil sie einen Volksauflauf verurursacht hätten!!

Es scheint übrigens, als ob die Danziger Polizei jede öffentliche Flugblattverbreitung als Volksauflauf zu bestrafen gewillt ist. Denn auch sämtliche andren Flugblattverteiler sind aus diesem Grunde sistiert. Ähnlich wie in Alt-Schottland erhielt auch der Genosse, der in der Nähe der königlichen Kapelle die Flugblätter aussteilte, „schlagende“ Beweise christlicher Nächstenliebe. Als er einige Zeit unbelästigt verteilt hatte, sammelte ebenfalls ein fanatischer „Christ“ eine Horde Bestimmungsgenossen um sich, erklärte diesen, daß die Zettelverteiler an der Risolalstraße bereits von der Polizei vertrieben seien, und dann drang auch diese Horde auf den einzelnen Genossen ein, der sich darauf bis zur nächsten Straßenecke zurückzog. Die fanatischen „Christen“ stießen jedoch nicht von ihm ab, stießen ihn mit den Häuten, schimpften in der rohesten Art und spuckten ihm sogar ins Gesicht. Darauf holten einige von der Bande zwei Schutzleute. Der erste verbot dem Genossen wieder die Flugblattverbreitung und fragte ihn, wer ihm die Erlaubnis dazu erteilt habe. Auf die Antwort, daß das Gesetz die öffentliche Verbreitung erlaube, verbot der Schutzmann, zu dem sich inzwischen noch ein Kollege gestellt hatte, direkt die weitere Verbreitung. Als der Genosse dieses ungeschickliche Verbot nicht beachtete, packte ihn der Schutzmann am Arm und forderte ihn auf, zur Wache zu kommen.

Ein Genosse, der in der Nähe der Brigittenkirche die Flugblätter aussteilte, mußte auch recht sonderbare Erfahrungen machen, die leider beweisen, daß der § 43 der Gewerbe-Ordnung selbst in der westpreussischen Provinzialhauptstadt völlig unbedarft zu sein scheint. Dem Genossen erklärte ebenfalls ein Schutzmann, er müsse sich entfernen. Im Ungelassenheiten aus dem Wege zu gehen, befolgte der Genosse den gänglich unberechtigten Befehl und begab sich an eine Quergasse. Dort kam jedoch bald ein zweiter Schutzmann hinzu und verhaftete ihn ohne weiteres und ohne Angabe irgend welcher Gründe!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juni.

Hilfstruppen für Kardorff.

Um eine klare Stellungnahme zur Handelsvertragsfrage zu vermeiden, spielt sich die demokratische „Frankfurter Zeitung“ in ihrer bekannten späßhaften Manier als wohlwollend gömmerhafte Beraterin der schlecht beratenden Socialdemokratie und des leichtsinnigen „Vorwärts“ auf. Sie widerlegt durch diese uneigennütige Erteilung von Rat und Hilfe in diskreten Fällen die bisher herrschende Auffassung ihre Einwirkung auf diese Wahlen beschränken sich auf die sportmäßige Beurteilung und die Veröffentlichung von „Tipp“ für Wahlwetten. Hatte sie doch neulich ausgerechnet, daß die Socialdemokratie in Preußen 14 von 22 Sitzen behaupten und höchstens 10 Mandate gewinnen werde (also + 2!), während die freisinnigen Parteien von 29 Sitzen 22 behaupten und 30 neue gewinnen können (+ 23!).

Jetzt aber entwickelt sie den neuen Ehrgeiz, im Wettkampf mit den Kardorff-Leuten die Führerschaft im Kampf um höhere Zölle zu übernehmen, gleich als ob die sechs waderen demokratischen Schwaben, die seiner Zeit für höhere Getreidezölle eingetreten sind, die Redaktion des Blattes abernommen hätten.

In dieser Absicht sprudelt das Blatt wie folgt geistige und diplomatische Ueberlegenheit:

„Die Socialdemokratie ist ärgerlich, weil die übrige Linke ihrem Beispiel nicht folgt. Sie hat geglaubt, an den von Bebel so voreilig angefügten 700 namentlichen Abstimmmungen müsse der Zolltarif zerbrechen und ebenso tröstet sie sich jetzt damit, daß der Antrag Kardorff „eine ungefährliche Karikatur“ sei, die „niemals in Kraft tritt“. Diese leichte Auffassung der Dinge ist uns nicht zu eigen, wir wissen nur zu gut, daß der Antrag Kardorff ein stweilen geltendes Recht von sehr bedenklicher und gefährlicher Natur ist. Deshalb ist unser Streben darauf gerichtet, die Kräfte zu stärken, von denen eine Aenderung unserer Wirtschaftspolitik ausgehen könnte, aus deren konzentrischer Anstrengung wir die Ueberwindung des Agrarierthums und der rückwärtsigen Richtung erwarten können. Wenn nun die Parteien ihr spezielles Interesse allem andren voranstellen, wie es die Socialdemokratie thut, dann rückt die Erreichung dieses Zieles in weite Ferne. Ein etwaiger Erfolg der Socialdemokratie bei den Wahlen ändert daran nichts, er kann unter Umständen sogar die Gefahr verstärken. Denn wenn es der Socialdemokratie gelingt, die bürgerliche Linke zu schwächen, so unterminiert sie das kräftigste Bollwerk, das bisher noch zwischen ihr und der Reaktion vorhanden ist; haben die Parteien der Rechten nicht mehr zuerst den Widerstand der bürgerlichen Opposition zu überwinden, dann können wir im Reich dieselbe Entwicklung durchmachen wie in Sachsen, wo die Ausschaltung der Volkspartei durch die Socialdemokratie von den Kartellisten mit der Wahlentziehung beantwortet wurde.“

Nach dieser bereits des öfteren gewürdigten, von Wassermann entlehnten Drohung heißt es weiter:

„Wenn aber jetzt der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei die Lösung bestrebt, auch in der Stichwahl den freisinnigen Kandidaten die Wahlhilfe zu verweigern, so schneidet sich die Socialdemokratie in das eigne Fleisch. Sie hat bisher die freisinnigen Kandidaten nicht um ihrer schönen Augen willen gewählt, sondern aus nachsichtigen politischen Erwägungen, weil ihr diese die beste Gewähr für kritische Zeiten, die alle Augenblicke kommen können, bieten. Ihr jetziges Verhalten wäre alsdann so, daß sie durch eigene Kandidaturen die freisinnigen aus der Stichwahl zu drängen sucht, daß sie aber, wenn der Freisinnige doch in die Stichwahl gelangt, ihn erbarmungslos hängen läßt. Natürlich würde man auf der andren Seite, wo die Wähler eben anfangen, in der Stichwahlfrage vernünftiger zu denken, sich rebanchieren und die Reaktionsäre hätten gute Zeit: bald verhilft ihnen der Socialdemokrat, bald der Freisinnige zum Siege. Ein solches Verhalten ist der helle Wahnsinn, es wäre ein frivoles Spiel mit der politischen Verantwortung, eine Taktik für politische Kinder und Karren. Dem „Vorwärts“ ist ja schon öfter die Feder ausgerollt, aber noch nie so bedenklich wie bei dieser Drohung. Es wird aber gut sein,

wenn die Socialdemokratie hierüber Klarheit schafft, da eine derartige Stellungnahme selbstverständlich die Wahlen beeinflussen müßte.“

Daß die bürgerlichen Parteien anfangen, in der Stichwahlfrage vernünftiger zu denken, ist ausschließlich eine Entdeckung der „Frankf. Zeitung“. Sehende Politiker beobachten das Gegenteil. Allenfalls — so neuerdings erst in Sorau-Forst und Dessau — gehen die freisinnigen Volksparteiler gleich in der Hauptwahl mit den Kardorff-Leuten zusammen. Im übrigen haben wir bisher unsere Entschlüsse über die Stichwahlstaktik niemals von der Schabigkeit und Borniertheit unserer „freisinnigen“ Feinde abhängig und die gegenseitige Stichwahlhilfe nicht zur Bedingung gemacht, sondern lediglich bestimmte sachliche Verpflichtungen verlangt, wie sie auch diesmal in München zwingend festgelegt worden sind.

Daß die Regierung den Antrag Kardorff ohne weiteres in Kraft setzen könnte, glaubt außer der „Frankfurter Zeitung“ niemand. Der Popanz ist nur erfunden, um die volksparteilichen Zolltreiberen zu beschönigen. Wenn die „Frankf. Ztg.“ es nicht selbst einseht und uns nicht glaubt, so mag sie bei den ihr näher stehenden Nationalliberalen, dem Herrn Wuech oder auch dem Grafen Poldowski anfragen.

Worin besteht nun die Gefahr? Daß die Regierung noch mehr nach rechts gedrängt werden könnte, ist ausgeschlossen. Mit den Hahn und Wangenheim lassen sich keine Handelsverträge schließen. Die Gefahr besteht ausschließlich in dem Zollwucher mittlerer Linie, in solchen Handelsverträgen, deren Kosten die Arbeiterschaft zu tragen hat.

In der Regierung kämpfen zwei widerstreitende Tendenzen. Einmal ist es ihr erwünscht, die bisherige Handelsvertragspolitik fortzusetzen. Gute Handelsverträge kann sie überhaupt nur abschließen, wenn sie schutzzöllnerisch abrüstet und sich auf die Socialdemokratie stützt. Es ist fraglich, ob es ihr überhaupt gelingt, mit höheren Zöllen Handelsverträge zu stande zu bringen. Die Socialdemokratie vertritt auch auf diesem Gebiete den Fortschritt der Entwicklung, und wenn die Regierung so könnte wie sie wollte und müßte, so würde ihr ein Abschluß von Handelsverträgen nach socialdemokratischen Grundsätzen äußerst angenehm sein. Auf der andren Seite aber bedeutet eine solche Handelspolitik einen vollständigen Bruch mit der konservativen Tradition und der herrschenden Junkerlaste. Und diese bittere Notwendigkeit, dem Junkertum Tribut zu zahlen, wird verführt durch den fiskalischen Zwang, durch Erhöhung der Zölle neue Einnahmequellen zu schaffen. Aus diesem Grunde wird die Regierung, wenn es sich von dem Auslande erreichen läßt, danach streben, mit der alten Kardorff-Mehrheit Handelsverträge abzuschließen. Und wenn ihr seitens der Linken die Bereitwilligkeit erklärt wird, Handelsverträge um jeden Preis zu bewilligen, so ist sie sicher, von dieser Seite nicht gestört zu werden, auch wenn die Linke aus den Wahlen so gestärkt hervorgehen sollte, daß die Mehrheitsbildung schwanend wird. Die volksparteiliche „Taktik“ bedeutet also nichts weiter wie die Aufforderung der Linken an die Regierung, Kardorff-Spahn-Wassermannsche Handelsverträge zu schließen. Die Volksparteiler sind nichts weiter wie die Hüftstrappen des Herrn v. Kardorff, Schrittmacher des Zollwuchers. Es ist klar, daß die Socialdemokratie kein Interesse daran hat, die Kardorff-Mehrheit noch zu verstärken.

Eine vernünftige Handelsvertrags-Politik wäre nur möglich, wenn die Linke entschieden solche Handelsverträge, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeuteten, verteidigte, wenn sie statt der zolltreibenden Lösung „Handelsverträge um jeden Preis“ derartige Handelsverträge um keinen Preis acceptieren würde. Dann könnte die Regierung zur Vernunft gezwungen werden und sie würde, um überhaupt die wirtschaftliche Situation zu retten, sich zum Bruch mit der Rechten entschließen müssen.

Die „Freisinnigen“ ziehen es vor, die Regierung vor diesem Konflikt zu bewahren und ihrem Anshandel mit den Kardorff-Leuten nachzuhelfen. Das wird die Socialdemokratie um so mehr in ihrem Kampf für die Fortsetzung der bisherigen Handelsvertrags-Politik befürworten, sie wird streben, allein so stark zu sein, um der Regierung die Notwendigkeit klar zu machen, daß Handelsverträge nach dem Herzen der Kardorff und Spahn unerreichtbar sind. Die Freisinnigen aber haben wir rechtzeitig gewarnt, ihre unglaublich trottelhafte oder — böswillig-verrätherische Taktik zu revidieren! —

Deutsches Reich.

Singer und Vollmar.

Die grenzenlose Zersplittertheit aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Zollfrage ist nachgerade so groß geworden, daß die Armen, neidisch auf die principielle Festigkeit der Socialdemokratie, wenigstens in der Vorspiegelung einen Trost suchen, auch in unserer Partei sei man uneinig und unschlüssig.

Das Neueste ist, daß man Vollmar gegen Singer ausspielt und zweierlei socialdemokratische Taktik entbedt. Singer soll in Kotibus gesagt haben:

„Ich bin ermüdet, heute im Namen der gesamten Fraktion zu erklären, daß wir keinem Handelsvertrag zustimmen werden, der eine Erhöhung der Lebensmittelzölle oder Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit des Volkes im Gefolge haben würde.“

Dagegen soll Genosse Vollmar am letzten Sonnabend in Darmstadt gesagt haben:

„Ich habe schon in München öffentlich erklärt, die Worte Singers können unmöglich so gedeutet haben. Unser ganzes Bestreben wird und muß auch naturgemäß dahin gerichtet sein, gute Handelsverträge zu stande zu bringen, jede Verschlechterung der bisherigen zu bekämpfen und zu sorgen, daß von den im Zolltarif enthaltenen Verschlechterungen möglichst wenig in die künftigen Handelsverträge übergehe. Die entgeltliche Stellungnahme müsse dementsprechend vorenthalten bleiben.“

Ueber die Aeußerung Vollmars liegt uns bisher kein beglaubigter Bericht vor. Genosse Singer aber schreibt uns von einer Agitations-tour:

Die liberal-bürgerliche Presse verbreitet eine Notiz, in der behauptet wird, ich hätte in einer Versammlung in Kotibus namens der socialdemokratischen Fraktion erklärt, die Fraktion werde keinen Handelsvertrag zustimmen, die auf Grund des neuen Zolltarif-Befehles vereinbart seien.

Diese Mitteilung ist insofern irrig, als ich bei dieser Aeußerung nicht nur von Handelsverträgen, die auf Grund des neuen Zolltarif-Befehles abgeschlossen werden sollen, gesprochen — sondern ausgeführt habe:

„daß nach meinem Dafürhalten die Fraktion keinem Handelsvertrage zustimmen könne, durch den Lebenshaltung sowie Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterklasse verschlechtert und verringert wird.“

Paul Singer.

Diese Erklärung Singers stimmt überein mit der Auffassung der ganzen Fraktion und auch Genosse Vollmar kann nichts anderes gesagt haben. Ueber die Frage herrscht überhaupt gar kein Streit

und gar keine Dunkelheit. Unsere Stellungnahme ist gekennzeichnet durch den einstimmig von der Fraktion angenommenen Passus des sozialdemokratischen Wahlausfalls:

Dieser neue Zolltarif ist in unseren Augen ein Produkt der Ungeheuerlichkeit und der Barbarei. Ungeheuerlich durch die Formen, unter denen er zu stande kam, barbarisch durch die Zollsätze, die er insbesondere für die notwendigsten Lebensmittel enthält, die eine Milderung und Ausdehnung der großen Mehrheit der Nation zum Vorteil einer begünstigten Minderheit bedeuten.

Auf Grund dieses neuen Tarifs günstige Handelsverträge für Deutschlands Industrie und für die auf den Kauf von Agrarprodukten angewiesene ungeheure Volksmehrheit zu erhoffen, ist ausgeschlossen.

Als entschiedene Anhänger einer Handelsvertragspolitik, die den Austausch von Waren und Kulturmitteln mit allen Völkern der Erde nach Möglichkeit erleichtert, müssen wir aber Handelsverträge, welche auf Grund des neuen Zolltarifs abgeschlossen, unsere Handelsbeziehungen mit dem Ausland und die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung verschlechtern, aufs entschiedenste bekämpfen.

Diese unabweidliche Stellungnahme unterscheidet uns scharf von dem gemeingefährlichen vollsparteilichen Zollstreben, die „Handelsverträge um jeden Preis“ zu acceptieren. Niemand in der Partei besteht ein Anlaß, diese Haltung aufzugeben.

Luzzatti über Handelsverträge. Die „National-Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem früheren italienischen Schatzsekretär Luzzatti. Der Staatsmann und Gelehrte äußerte sich sehr melancholisch über die handelspolitische Situation:

„Wer hätte geglaubt, daß der auf dem Freihandel beruhende Austausch der Güter, der überall in den internationalen Beziehungen feste Wurzeln gefaßt zu haben schien, so heftig angegriffen werden würde, daß wir, die überlebenden Unterhändler der Handelsverträge, uns fragen müssen, ob unsere Kunst nunmehr nicht völlig überflüssig gemacht worden ist.“

An einer andern Stelle meinte Luzzatti:

Sicher ist, daß die Regierungen in diesen jüngsten Zeiten sich von gewissen Interessenkategorien hinreißen lassen und nicht von Anfang an, als es leichter war, Widerstand geleistet haben. Sollten die Regierungen aber die letzten konstitutionellen Nachbefugnisse, die sie noch nicht wegwerfen haben, unverfehrt in Händen, indem sie die alten Verträge so lange nicht kündigen, als die neuen nicht in Kraft gesetzt sind (nicht bloß vereinbart, sondern in Kraft gesetzt, betonte Luzzatti nochmals), so habe ich die Hoffnung nicht verloren, daß die Morgenröte des neuen Jahrhunderts nicht das traurige Schauspiel der Zollrepräsentation zwischen den Völkern beleuchten wird.“

„Ehe ich jedoch schliefte,“ fügte Luzzatti hinzu, „will ich noch einem Wunsche Ausdruck geben: Wie ich den Völkern wünsche, sie mögen vor der Herrschaft der Theologen bewahrt bleiben, so wünsche ich ihnen auch, daß sie vor der Weisheit der Politiker bewahrt bleiben, die die Theologen der Volkswirtschaft sind und den Mut haben, einen Tarif durch tausend Bestimmungen zu verwickeln, während er früher nur die Hälfte enthielt, was sie „Vervollkommenung“ heißen.“

Ob Italien und Deutschland sich über den neuen Handelsvertrag verständigen werden? Ja, sie werden sich verständigen, weil die beiden Völker und die beiden Regierungen das gute Einvernehmen wünschen, um vor den Theologen bewahrt zu bleiben. Die große Gefahr liegt immer in den Theologen, wenn sie nicht vom politischen Sinne für Willigkeit befreit werden.“

Die Erfüllung der Hoffnung Luzzattis liegt in der Verstärkung der deutschen Sozialdemokratie!

Militärische Wahlrechtsberaubung. Aus Freientwale a. D. wird uns berichtet, daß am 2. Juni die Reservisten zu einer 14tägigen Übung einberufen worden sind.

Hier liegt also der Fall vor, daß die Wahlrechtsberaubung bereits vollzogen ist.

Auch am 19. Juni werden in Freientwale abermals Reservisten eingezogen.

Zur Kennzeichnung der Unmacht des Militarismus wird uns dieses Verfahren der Militärbehörden in der Wahlagitator vorzügliche Dienste leisten.

Das Enthüllungsspiel zwischen Lorenz und der „Post“ geht seinen Gang. Lorenz druckt in der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ ab, was er in der „Post“ schreibt, und die „Post“ druckt ab, was Lorenz unter seinem Namen in der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ schreibt. So haben beide Blätter jetzt jeden Tag zwei schöne große Artikel, die sie als Ersatz für die bisher mangelnde allgemeine Wahlparole zu betrachten scheinen. Dabei bereitet es ihnen nur Schmerz, daß die übrige bürgerliche Presse nicht dumme genug ist, auf diesen faulen Köder anzubissen in der berechtigten Annahme, daß wir wahrlich schon ausreichende Agitationsmittel in Händen haben. So ein allgemeiner Geheimbundprozess für den die edlen „Post“-Helden scharf zu machen suchen, fehlt uns bloß noch. Mit einer unglaublichen komisch wirkenden Enttäuschung fällt Lorenz die „Frankfurter Zeitung“ an, daß sie eigentlich schuld sei an dem Unheil der sozialdemokratischen Geheimorganisation. Sie soll sogar schuld sein, daß Lorenz uns bestrafen lassen wird; weil sie ihm nicht glaubt.

Und die „Post“ schreibt:

„Wir unterreits stehen gar nicht an, zu behaupten, daß uns eine strafrechtliche Erledigung des Falles nicht nur unerlässlich scheint, um der Wahrheit endlich zum Siege zu verhelfen, die ja vor Gericht durch eblische Vernehmung zweifellos festgestellt werden kann als durch Preherörterungen, sondern auch erwünscht, um den fortgesetzten Lügen, welche der „Vorwärts“ über die Quelle unserer Informationen zu verbreiten sucht, gründlich ein Ende zu machen. Das ist einmal dringend nötig. Der „Vorwärts“ mag so ungläubliches Zeug zusammenhängender, wie er will, er findet immer bei der Manierungspreffe Gläubigen oder mindestens sehr wohlwollende Beurteilung, während sich jeder der größten Schmähungen von dieser Sorte „bürgerlicher Blätter“ zu versehen hat, der es wagt, ein Wort gegen die Sozialdemokratie zu sagen. Wieviel dränge eine volle Stärkung der Geheimorganisations-Angelegenheit auch in dieser Beziehung endlich einmal einen grundsätzlichen Wandel zum Besseren herbei.“

Wir unterreits stehen gar nicht an, zu sagen, daß wir der „Post“ sehr gern glauben, daß ihr der ganze Karm nur als Wahlparole dienen soll und daß wir deshalb ihren Kerger über die größere Intelligenz anderer Blätter sehr begreiflich finden. Nicht auf unsere Erklärungen hat es die „Post“ abgesehen, sondern darauf, daß die gesamte bürgerliche Presse über den mageren Knochen herfallen sollte. Wenn ihr „strafrechtliche Erledigung des Falles“ so unerlässlich erscheint, wozu verhielt sie denn dann so unruhig viel Papier zu dem angeblichen Jwede, und zu Erklärungen zu nötigen? Diese Aufforderungen stehen in recht merkwürdigem Gegensatz zu der gerade jetzt wieder hervorgeholten Verschuldung, daß wir den Meines verteidigten. Einmal beschuldigt man uns mit dem Aufwand der höchsten Fälschungskünste der Verteidigung des Meines und im nächsten Augenblick fordert man uns ein Ehrenwort ab. Ein lächerliches Treiben.

Zu den neuen ganz einzelnen Einzelheiten, die heut über die „Anterne“ aus Dresden erzählt werden, ohne daß man erklärt, was sie eigentlich thun, beruft man sich auf Freide. Wir möchten dazu wiederholt darauf aufmerksam machen, daß Freide gerichtlich überführt ist, daß er sich als Gerichtsreporter hat bestechen lassen und daß er falsche Anschuldigungen erhoben hat. Deswegen sollte er aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden, ist aber diesem Ausschluß durch eiligen Austritt zuvorgekommen.

Ausland. Frankreich.

Zum Ueberfall bei Fijig. Einige französische Blätter melden aus Oran, daß der Generalgouverneur Jomart sich geweigert habe, den Chef der marokkanischen Mission zu empfangen, der nach Oran gekommen sei, um ihm das Verhalten über den Ueberfall bei Fijig auszusprechen. Es heißt, die Militärbehörde werde dem marokkanischen Vertreter die Fortsetzung seiner Reise nach den Militärposten im äußersten Süden Algeriens nicht gestatten. Auf die Militärposten des Forts von Beni Uuis wurden in der vergangenen Nacht zahlreiche Gewehrpatronen abgesetzt, die von der Besatzung erwidert wurden.

Die Meldung deutet darauf hin, daß die französische Regierung gekommen ist, den Angriff auf den Generalgouverneur in ihrem Interesse auszunutzen und als Sühne vielleicht Ansprüche auf die nächst der Grenze gelegenen marokkanischen Gebiete zu erheben. Bestätigt wird diese Auffassung durch die Haltung gewisser Pariser Blätter, die nach einem heroldschen Telegramm bereits zu melden wissen, daß die englische Regierung die französische in Kenntnis gesetzt habe, sie hätte nichts dagegen einzuwenden, daß Frankreich das Gebiet von Fijig im Hinterlande Algeriens annektiere.

Andererseits verlautet, die französische Regierung werde die Wirren dazu benutzen, um den Sultan von Marokko zu bewegen, das Protektorat Frankreichs über Marokko zu acceptieren.

Paris, 3. Juni. Die Kolonialgruppe des Senats besprach heute mit dem Ministerpräsidenten Combes die Ereignisse in Süddoran. Combes erklärte, die Regierung habe alle nötigen Maßnahmen ergriffen. Drei Kolonnen seien gebildet worden, um von drei verschiedenen Seiten vorzugehen und eine energische Unterdrückung zu sichern. Im Bedarfsfälle würde man die Streitkräfte in Süddoran noch verstärken und neue Militärposten errichten. Die Regierung beabsichtige, in keiner Form neue Gebietsteile zu gewinnen (?), aber sie sei gewillt, den status quo und die Sicherheit der französischen Besitzungen in Algerien zu erhalten.

Belgien.

Klassengegensätze in der kerikalen Partei. Brüssel, den 31. Mai. (Sig. Ver.) Seit einigen Tagen braust ein Sturm durch den kerikalen Tempel. Die kerikale Presse wendet sich gegen einen Teil ihrer Anhänger mit größter Schärfe und mit Ausdrücken, die nichts weniger denn christlich sind. Der Kampf gilt der Föderation démocratique, der Organisation der christlichen Arbeiter des Brüsseler Arrondissements.

Merke! Vorfälle in der Kammer wie einzelne Auslassungen der kerikalen Presse liegen schon in letzter Zeit erkennen, daß die bisherige Einigkeit in der schwarzen Partei einen Stoß erlitten habe. Bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes in den Maisons ouvrières (Vereinshäuser der katholischen Arbeiter) plagten die Gegensätze scharf aufeinander. Nach außen hin kam dies allerdings nur selten zum Ausdruck. Die „Spirten“ wachten so scharf, damit kein Mißlaut aus den Vereinshäusern in die Öffentlichkeit dringe. Erst die vorgestrige Verammlung der „Association conservatrice“ in Brüssel zeigte die Größe der Unzufriedenheit und der Gegenläge.

Jene Association ist der hohe Rat der kerikalen Partei. Sie fällt die wichtigsten Entscheidungen, berät das Programm, stellt die Kandidaten für die Wahlen auf, schließt Allianzen usw. In ihr hat man früher den Vertretern der katholischen Arbeiter quädelig Sitz und Stimme eingeräumt, ist ihrer aber jetzt überdrüssig und sucht sie abzuhängen. Der Dinauswurf sollte sich in der milden Form der Statutenänderung vollziehen. Es sollte künftig derjenige, der einer andern Organisation angehört, in der Association keinen Zutritt mehr haben. Diese scheinbar unwichtige Änderung bedeutet für die Föderation démocratique bzw. für die katholischen Arbeiter die Aufhebung ihres Einflusses, und läuft für ihre Vertrauensmänner auf den Verlust ihrer Abgeordnetenmandate hinaus. Wir lassen es dahingestellt, ob das Verschwinden einiger streberischer Abgeordneten, die hier und da einmal arbeiterfreundlich lächeln, einen Verlust bedeutet; immerhin waren die christlichen Arbeiter auf diese ihre Deputierten stolz. Das drohende Verbot des Zutrittes zur Association veranlaßte sie daher, kampfmütig in die Associations-Verammlung zu gehen, um für die Weitergewährung der Gnade zu streiten. Dort kam es alsbald zu Tumulten. Der kerikale „Patriot“ schreibt darüber: Die Verammlung der Association conservatrice hat gestern schmachvolle Zwischenfälle gesehen. Niemals vorher machten sich solche Gewohnheiten in dieser respektablen Association breit. Man hatte das alles in dem Klub, genannt Föderation démocratique, angezettelt und von diesem ist diese Pest gekommen. Brüllen, Beschimpfung der Gegenredner, Einschüchterung der Widerstrebenden durch Gewalt und Gemeinheit: das alles ist passiert.“

Zum vollständigen Ausbruch des Konfliktes ist es nicht gekommen. Die Fortsetzung wird nächstens stattfinden.

Türkei.

Die Verhaftungen verdächtiger Bulgaren werden seitens der türkischen Behörden noch immer fortgesetzt. Nach Angabe der Pforte wurden in Salonik bisher ungefähr 400 verhaftete Bulgaren entlassen; 26, deren Schuld erwiesen, befinden sich noch in Haft.

Rom, 3. Juni. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Infolge neuer Anzeichen, daß die Lage im Vilajet Monastir wenig beruhigend ist, haben die Vorkämpfer Großbritanniens und Italiens in den letzten Tagen ersucht bei der Pforte darauf gedrungen, daß sie energische Vorkehrungen für die Sicherheit im Vilajet Monastir treffe. Der Minister des Äußern Tewfik Pascha hat versprochen, daß den Behörden im Vilajet Monastir neue und bestimmtere Instruktionen zugehen werden.

Aus Industrie und Handel.

Die größten Schiffsfahrts-Gesellschaften der Welt. In der Reihenfolge der größten Schiffsfahrts-Gesellschaften der Welt ist mit dem 1. Januar d. J. infolgedessen eine Aenderung eingetreten, als in Amerika die International Mercantile Marine Company (der Morgantrust) ihren Betrieb ausgenommen und die American and Red Star Line, Atlantic Transport Line, Leyland Line, White Star Line und Dominion Line sich eingeleidet hat. Die Tonnage des Trusts wird amerikanischerseits annähernd auf 1 035 000 Registertons angegeben. Mit ihm können nur die beiden großen, eng verbündeten deutschen Reedereien sich an Umfang messen. Von ihnen bezeichnet im letzten Jahresbericht die Hamburg-Amerika-Linie 651 000 Registertons und der Norddeutsche Lloyd 583 000 Tons. Ihnen folgen der Größe nach die British India Steam Nav. Co. mit 449 000, die Firma Elder, Dempster & Co. mit 397 000, die Peninsular and Oriental Co. mit 320 000 Tons.

Die nächste größte Gesellschaft ist in England jetzt, nach ihrer neuesten Zunahme, die Union Castle Line mit 314 000 Tons, sodann die Firma Ellermann, die ursprünglich mit abgetrennten Teilen der Leyland Line begründet wurde, mit 217 440 Tons. Außerdem gibt es in England 13 Reedereien mit einer Tonnage zwischen 200 000 und 100 000.

In Deutschland sind außer den beiden oben genannten Reedereien mit über 100 000 Tonnen noch zu nennen die Bremer Gesellschaft Hanfa mit 151 000 Tonnen, die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffsahrts-Gesellschaft mit 138 000 Tonnen, die Hamburger Rosmoelnie mit 107 000 und die Deutsch-Australische Dampfschiffs-Gesellschaft mit 102 000 Tonnen.

In gleichen Range ihrer Tonnage noch kommen außer den genannten englischen, deutschen und amerikanischen Gesellschaften nur noch vereinzelte Betriebe anderer Staaten in Betracht. Frankreich stellt zu den großen Reedereien die Compagnie des Messageries Maritimes mit 241 000 Tonnen, die Compagnie Générale Transatlantique mit 163 000 Tonnen und die Chargeurs Réunis mit 115 000 Tonnen. In Italien erreicht die Navigazione Generale einen Umfang von 189 000 Tonnen. Dänemark schließt

sich mit der Forenode Dampskibs Selakap und ihren 120 000 Tonnen an. In Rußland hat die Russische Schiffsahrts- und Handels-Gesellschaft den Umfang von 190 000 Tonnen erreicht, ferner die Freiwillige Flotte von 130 000, und in Oestreich erreicht der Oestreichische Lloyd eine Tonnage von 107 000. In Asien stellt Japan die Flotte der Nippon Yusen Kaisha mit 225 000 Tonnen zu der Liste. Die Holland-Amerika-Linie, die leythin ebenfalls unter den großen transatlantischen Gesellschaften viel genannt wurde, hat nur 82 000 Tonnen.

Transvaalbahn-Obligationen. Wie die „London Gazette“ meldet, wird die englische Regierung am 1. September die Debetures der Transvaalbahn mit angefügten Coupons vom 1. Juni 1900 ab zu folgenden Sätzen erwerben: Die fünfprozentigen Debetures zu 115 Pfund Sterling, die vierprozentigen zu 112 Pfund Sterling. Die Obligationenhaber, welche dies Anerbieten nicht annehmen und ihre Bonds nicht am 1. September oder einem späteren Termin, der in besonderen Fällen gerührt werden kann, einreichen, werden weiterhin weder von der englischen noch von der Transvaal-Regierung Berücksichtigung finden.

Deutsch-Oestreichische Eisenindustrie. Wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, haben heute zwischen Vertretern der oesterschleischen und der oestreichischen Eisenindustrie Verhandlungen begonnen wegen Einschränkung der beiderseitigen Konkurrenz. Es handelt sich darum, einen Modus gegenseitiger Verständigung zu finden, der verhindert, daß die oestreichische Eisenindustrie nach Deutschland und die oesterschleische Eisenindustrie nach Oestreich Konkurrenz macht. Die Verhandlungen betreffen das Geschäft in Stabeisen und Blechen.

Soziale Rechtspflege.

Das gemeinsame Bett für Wirtschafts-Dienstboten. Das Gewerbegericht in Karlsruhe hatte sich nach dem „Gewerbegericht“, der Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbeurichte, mit der interessanten Frage zu beschäftigen:

Kann ein Wirtschaftsdienstbote den Dienst verlassen, wenn ihm zugemutet wird, mit einem andern Dienstboten ein gemeinsames Bett zu benutzen?

Beklagte war beim Kläger in dessen Wirtschaft in Dienst gegen einen Vierteljahreslohn von 40 M. nebst freier Verpflegung; am 37. v. M. früh morgens verließ die W. ihren Dienst ohne vorherige Abkündigung. K. verlangt deshalb eine Entschädigung von 30 M.

Beklagte erwidert, der Kläger habe ihr kein eigenes Bett zur Verfügung gestellt, sondern ihr zugemutet, mit einer andern Bediensteten in einem Bett zu schlafen. Sie hätten beide in einer Kammer schlafen müssen, welche nicht mit einem eigentlichen Fenster, sondern mit einer allerdings mit Glas versehenen Klappe verschlossen gewesen sei, so daß Wasser in die Kammer eingedrungen sei; außerdem hätten sie auch keinerlei Waschanstalten zur Verfügung gestellt erhalten. Die Beklagte habe mehrfach von der Ehefrau des Klägers verlangt, daß sie ein besonderes Bett erhalte; denn es könne ihr nicht zugemutet werden, sich eventuell der Gefahr der Uebertragung einer Infektion auszusetzen.

Die Klage ist abgewiesen. — Die gemeinsame Benutzung eines Bettes bringt ganz zweifellos gesundheitliche Gefahren mit sich, welche hauptsächlich in der Uebertragung ansteckender Krankheiten jeder Art bestehen. Man könnte nun allerdings einwenden, daß die Beklagte nicht behauptet hat, daß die Person, mit welcher sie gemeinschaftlich ein Bett benutzen mußte, mit einer ansteckenden Krankheit behaftet war; allein einerseits sind ansteckende Krankheiten nicht immer sofort und ohne weiteres und auch nicht von jedermann zu erkennen, andererseits findet in Wirtschaften vorkommender Art notorisch ein häufiger Personenwechsel statt, so daß Beklagte nicht wissen kann, wann ein Befehl in der Person ihrer Vorgesetzten eintreten kann. Hiernach war für die Beklagte der Fall einer eventuellen Gefahr für ihre Gesundheit gegeben, welche sie um so mehr zum Verlassen der Arbeit berechtigen mußte, als sie vergeblich von der Ehefrau des K. die Unterlassung eines eignen Bettes verlangte von der Ehefrau des K. die Ueberlassung eines eignen Bettes verlangt hat.

Gerichts-Zeitung.

Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und das Postgeheimverbreiten. Ein Heilkundiger Hlsh in Posen hatte in einem Inserat die Erfolge der von ihm angewandten Heilmethode gerühmt und einen Heilerfolg seines Truders in einer Weise etwähnt, als sei er selber der erfolgreiche Heilkünstler. Dadurch sollte er eine Regierungs-Polizeiverordnung übertreten haben, welche bestimmt: „Oeffentliche Anzeigen von nicht approbierten Ärzten, welche die Heilkunde gewerbsmäßig ausüben, sind verboten, sofern sie über Vorbildung beziehungsweise Erfolge dieser Personen zu täuschen geeignet sind oder präherliche Verordnungen enthalten.“ U. wurde in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte er Revision ein. Sein Anwalt bestritt vor allem die Gültigkeit der Polizeiverordnung, indem er geltend machte, es handle sich dabei um die Materie des unlauteren Wettbewerbs, und diese sei erschöpfend im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb geregelt worden. Auf dem fraglichen Rechtsgebiet könne nicht durch Polizeiverordnungsrecht eingegriffen werden.

Der Strafenrat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Die angezogene Polizeiverordnung sei durchaus rechtmäßig. Sie werde vom Reichsgesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht berührt, denn sie betreffe eine andre Materie als die des unlauteren Wettbewerbs. Das genannte Gesetz wolle als die Gewerbetreibende gleicher Art gegen unlautere Anzeigen, Bekanntmachungen usw. schützen, während die Polizeiverordnung, wenn sie sich gegen die marktgerichtlichen Anzeigen der Heilkundigen wende, lediglich den Schutz des Publikums bezwecke. Zum Erlaß einer solchen Verordnung habe die Polizei ein Recht auf Grund des Polizeiverordnungs-Gesetzes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Internationale Zuckerkommission.

Brüssel, 3. Juni. (W. T. V.) Die permanente internationale Zuckerkommission beschloß in ihrer heutigen Sitzung, zunächst die Besetzung derjenigen Staaten in Beratung zu ziehen, welche der Zuckerkonvention nicht beigetreten sind. Die Kommission unterzog dann die Gesetzgebung Japans und Rumaniens einer Prüfung, doch wurde die Beschlußfassung einstweilen aufgeschoben, weil gewisse Schriftstücke noch nicht eingegangen sind. Der Rest der Sitzung wurde der vorbereitenden Untersuchung von zwei Fragen gewidmet, welche auf der morgigen Tagesordnung stehen, nämlich die Liquidation der Vorräte und die Mahregeln, welche zu ergreifen sind, um zu verhindern, daß Prämienrüder bei der Durchfuhr durch Staaten, welche Unterszeichner der Zuckerkonvention sind, der Zahlung der Kompensationsabgaben entgehen. Die Kommission beschloß, die Beratungen geheim zu halten. — Man nimmt hier an, daß die Verhandlungen der Kommission einen Monat dauern werden.

Russen-Ausbruch.

London, 3. Juni. (W. T. V.) Der Kapitän eines in Grimsby aus Island eingetroffenen Dampfers berichtet, daß er Augenzeuge eines Ausbruchs des Vulkanes Hella gewesen sei. Drei Stunden lang sei sein Schiff von Schwefeldämpfen umgeben gewesen und sei vollständig mit Asche bedeckt worden. Das Meer habe auf 30 Meilen Entfernung eine graue Farbe angenommen.

Ueberschwemmung durch den Mississippi.

New York, 3. Juni. (W. T. V.) Nach Berichten aus St. Louis läuft die Stadt Gefahr, durch den Mississippi überflutet zu werden. Die Bewohner der niedrig gelegenen Stadtviertel treffen bereits Sicherheitsvorkehrungen.

Zollfreie „Lederbissen“.

Sekt, Champignons, Hirsche, Rehe, Hasen, Hummer, Kaviar, Austern über — das böse Gewissen? — lassen die Centrumsleute und ihre Handlanger der freisinnigen Volkspartei nicht zur Ruhe kommen. Krampfhaft bemühen sich Centrumsorgane mit zeitweiser Unterstützung der „Freisinnigen Zeitung“ und des „Socialisten-Spiegels“ die Wahrheit zu verwickeln, um insbesondere den katholischen Arbeitern die Wucherpolitik des Centrums zu verschleiern, aberne Schwindeln aufzutischen und dann etwas unredigiert, aber stets unter Verschweigung des wahren Sachverhalts von Zeit zu Zeit zu wiederholen. Es ist des öfteren öffentlich im Reichstage und von uns diese krankhafte Reizung der Wucherfreunde, bei Unwahrheiten zu beharren, festgenagelt. Wenn wir nochmals im Zusammenhang auf das Märchen, die Socialdemokratie habe Zollfreiheit aller möglichen Luxusartikel beantragt, eingehen, so geschieht es deswegen, weil wiederum — beinahe unter demselben Datum — eine Reihe Centrumsblätter, so die „Kölnische Volkszeitung“, die „Märkische Volkszeitung“ — diese unter Berufung auf „die Centralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland“ — und die „Freisinnige Zeitung“ drei Fabeln wiederholen und gar sich erdreisten, daraus, daß wir diese Fabeln nicht abermals zurückwiesen, den albernsten Schluß nahe zu legen, ihr Ungemengelage entspreche der Wahrheit. Aus der altentwägigen Darstellung des Sachverhalts folgt zur Evidenz, daß die genannten Organe die alte Diebestatistik „haltet den Dieb!“ beharrlich befolgen, um den Zollwucher-Gelüsten freie Bahn zu schaffen. Hundsticht zum

Sekt.

Für Sekt, behaupteten die rheinische Märchenbante und ihre märkische Schwester, haben die Socialdemokraten Zollfreiheit beantragt. Wir legten dar, daß weder in der Kommission, noch im Plenum solcher Antrag gestellt ist. Das geben beide Tanten jetzt zu, aber die „Kölnische“ meint: an ihrem Irrtum seien die III Soeds selbst schuld, denn — Sachem, der Legendenheilige, habe das schon im Reichstag behauptet, die Socialdemokraten hätten nichts dagegen gesagt. Ob Sachem auch Vater des Sektmärchens ist, wissen wir nicht: alle seine Reden durchlesen wäre eine zu harte Strafe für die Glibigkeit der rheinischen Centrumsleute; aber daraus, daß man einem Vadem nicht mehr antwortete, zu schreien, man gebe keine Bekanntschaften zu, ist doch ein gar starkes Zeug.

Die „Märkische Volkszeitung“ hat versucht, sich in anderer Weise herauszuwickeln. Sie beruft sich auf Auskunft der „Centralstelle für das katholische Deutschland“. Diese Stelle habe allerdings behauptet, daß die Socialdemokraten Zollfreiheit nicht beantragt haben. Aber, wird nun in längeren Worten dargelegt, eigentlich hätten die Socialdemokraten das beantragen müssen, denn — gegen die Schaumweinsteuer hatten sie sich ja vor Jahren erklärt. Es ist das das alte Fächerhustisch des bösen Gewissens, statt anständig, ehelich, rund und nett eine Lüge zurückzunehmen, die alte Lüge fallen zu lassen und auf neuen Irrewegen von der Wahrheit abzulenken, um dadurch den Gegner zu täuschen. Wir folgen dem Irreweg der katholischen Centralstelle nicht; die Socialdemokraten haben aus den öffentlich im Reichstage bekannten Gründen dagegen gestimmt, daß die Kosten der Flotte durch das Scheinmander der Schaumweinsteuer den kleinen Witzern aufgebürdet werden; das Centrum hat den Vorschlag der Socialdemokraten, die Flotten-Mehrkosten durch eine Steuer auf die Vermögen über 6000 M. zu decken, abgelehnt. Die Fabeln freilich die Reichen getroffen.

Champignons.

Zuerst hat der Abg. Vachem, um die Aufmerksamkeit von der Arbeitslosen-Interpellation, bei Gelegenheit der Besprechung der Arbeitslosen-Interpellation am 15. Oktober 1902 im Reichstage der Wahrheit zuwider behauptet, der Abg. Wollenbuhr habe Zollfreiheit für Champignons beantragt; er habe das damit begründet, daß Champignons die Nahrung des armen Mannes sei. Sofort wurde ihm von Wollenbuhr an der Hand der Reichstagsakten bewiesen: 1. daß niemals solcher Antrag socialdemokratischerseits gestellt ist (die Anträge müssen schriftlich sein und bleiben bei den Akten); 2. daß er nicht für den Champignon des armen Mannes eingetreten ist, sondern daß er sich in Hebererinstimmung mit den Regierungsmotiven S. 91 gegen die von konservativer und nationalliberaler Seite beantragte Erhöhung im „Interesse der heimischen Konserverfabrikation“ gewendet hat, welche nach dem Zugeständnis der Regierung „in großem Umfang unter Verwendung dieser Ware für die Ausfuhr arbeiten“ und hierdurch vielen armen Leuten Arbeitsgelegenheit verschafft. Diese Darstellung bestätigte der schutzvöllerische Abgeordnete Camp bei der Berichterstattung über diese Petition in der Sitzung vom 8. Dezember 1902. Trotzdem halten die ultramontanen Organe jetzt, wenn auch unter Einschränkung, ihre Champignon-Lüge aufrecht. Sie berufen sich auf die — „Germania“, der ein Centrums-Abgeordneter gegen gute Zahlung die Erfindung, Wollenbuhr habe von dem „Champignon der armen Witwen“ gesprochen, übermittelte hatte; zu gleicher Zeit hatte der Abg. Paasche der „Kölnischen Zeitung“ die Mär vom „Champignon des armen Mannes“ aufgebunden. Auf dem Eisenader nationalliberalen Parteitag hatte dann Paasche den Mann in eine Witwe unredigiert und noch eine Reihe anderer Erfindungen zum etwaigen Gebrauch für Vachem, den Märchenerzähler, zurückgesteuert, so die Austern- und Kaviar-Legende.

Hirsche, Rehe, Hasen.

Im Zolltarif-Entwurf ist unter Nr. 109 und 110 „Haarwild“ und „Federwild“ aufgeführt. Hier haben die Socialdemokraten im Interesse der Gefäßgeiz und im Interesse der kleinen Bauern Zollfreiheit in der Kommission und im Plenum beantragt. In der Kommission legte Vachem in einer von den Centrumsorganen damals und jetzt unterschlagenen Rede schlagend dar, daß durch den Zoll der Wildbauern der Jaster vermehrt und die mühselige Arbeit des kleinen Bauern durch des Großgrundbesitzers Wild vernichtet wird, weil das Centrum beim Bürgerlichen Gefäßbuch die Schadenerschaftpflicht des Großbesitzers für den durch seinen Hasen angerichteten Schaden gestrichen haben; die Schadenerschaftpflicht durch andres Wild angerichteten Schaden würden durch fast expresserische Verträge unterbunden. Ueber diese Ausführungen lachte Herr v. Kardorff, der Centrums-Abgeordnete Spectrat den Ausführungen Nebels bei. Im Plenum schnitten die Centrumsleute die Debatte durch den bekannten verfassungswidrigen Antrag v. Kardorff ab. Als Berichterstatter fungierte der Abg. Herold. Er unterschlug die Ausführungen aus der Kommission. Wollenbuhr beantragte deshalb schriftliche Berichterstattung über diese Positionen. Das Centrum beantragte Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag, um seiner Eigensfabrik keine Hindernisse in den Weg zu legen. Kurz vorher hatte Herold auseinandergelegt, daß das Centrum dem Antrag auf Zollfreiheit der Fabel zugestimmt habe, weil man es doch für angezeigt erachtete, der Einfuhr von Feln keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Wollenbuhr bekämpfte den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung unter Hinweis auf die Schädigung des Kleinbauern durch die Wildzölle. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde von den Centrumsleuten und den andern Anhängern der Bekämpfung redlicher Arbeit durch Zölle zu Gunsten des Großkapitals angenommen. All das verschwiegen die Centrumsorgane und behaupten nun freischweg, es habe sich beim Haarwild hauptsächlich um — Bärenschinken und Reintierfleisch gehandelt, Dinge, von denen weder in der Kommission noch im Plenum auch nur mit einem Wort gesprochen wurde. Für wie große Fabel muß doch das Centrum die

Kleinbauern und Arbeiter halten. Daß die Centrumsorgane endlich den Sachverhalt wahrheitsgemäß darstellen werden, ist kaum zu erwarten, sie fürchten offenbar, die Anzahl der Fabel, die ihre Stimmen noch für das Centrum abgeben, würde sich dann zu stark vermindern.

Bei Hummern

erklärte Vachem in der Sitzung vom 15. Oktober 1902, haben die Socialdemokraten Zollfreiheit verlangt. Die Kommissionsakten ergeben, daß Vachem wieder mal das Gegenteil der Wahrheit behauptete: die Socialdemokraten haben Zollfreiheit nicht beantragt, sondern für eine starke Zollerrhöhung gestimmt. Abg. Jubel rief den Abg. Vachem deshalb zur Wahrheit. Abg. Vachem nahm darauf sein Märchen nicht in der Art, wie es einem wahrheits- und ehrliebenden Manne geziemt, offen, sondern mit der Begründung zurück, daß er „keinen positiven Beweis für seine Behauptung zur Hand habe“. Das Hummer-Märchen scheint nun aber selbst die im Mitbesitz des Herrn Vachem stehende „Kölnische Volkszeitung“ und die „Centralstelle zur Verbreitung von Legenden“, genannt Centralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland“, definitiv aufgegeben zu haben. Nicht so steht es mit dem Schwindel über

Kaviar und Austern.

Hier hat das Centrum sogar seinen Hasen von der freisinnigen Volkspartei zum Unredigieren und Herauslösen entboten. Die Sachlage selbst ist sehr einfach und wiederholt im Reichstage von Wollenbuhr und Stadthagen an der Hand der Akten dargelegt, auch im „Vorwärts“ geschildert. In der Kommission ist zu der Position Austern von den Socialdemokraten nichts beantragt, auch ist zu dieser Position von ihnen das Wort nicht genommen, sie haben für die beantragte Zollerrhöhung gestimmt. Zur Position Kaviar war in der Kommission von nationalliberaler Seite beantragt, den Zoll von 150 auf 300 M. zu erhöhen. Die Socialdemokraten stellten keinen Antrag, sondern stimmten für diese Zollerrhöhung. In der Debatte wurde von Stadthagen ausgeführt: Sollte der Zoll die Reichen treffen, so träte man diese viel besser durch eine progressive Einkommensteuer. Das Gewissen derer, die Hunderte von Millionen auf notwendige Lebensmittel der breiten Masse auslegen, werde durch solchen Zoll nicht erleichtert. Bei einer Ware, die wie der russische Kaviar mit einem Liebhaberpreis von 18 bis 20 M. pro Pfund schwauke, sei auch eine Erhöhung auf 300 M. nicht schädlich. Da müßte eine wesentliche Erhöhung eintreten. Vom Standpunkt des reinen Finanzzolls aus stimme er für höheren Zoll. Aber erheblich sei die Einnahme nicht. Sie sei geringer bei 300 M. Zoll als die Heringszollerhöhung. Es würden kaum 2 Millionen, also eine Lappalie gegenüber der enormen Belastung der notwendigen Lebensmittel herauskommen. Der Abg. Paasche verwarf sich dagegen, daß man das Gewissen Reicher habe erleichtern wollen. Es habe nur die Absicht vorgelegen, den Finanzzoll zu erhöhen; 2 Millionen seien keine Lappalie. Stadthagen meldete sich während dieser Rede zum Worte. Daraus wurde ein Schlusstrang gestellt und ihm das Wort abgebrochen. Bei der Abstimmung stimmten die 4 Socialdemokraten für Erhöhung des Zolls.

Der Abg. Vachem brachte zuerst bei der Arbeitslosen-Debatte das Märchen auf, die Socialdemokraten hätten Zollfreiheit für Kaviar und Austern beantragt. Jubel und Stadthagen wiesen ihm die Unwahrheit seiner Darstellung nach. Als Stadthagen dazu Uebergang, den Sachverhalt in der Kommission zu schildern, wurde er vom Präsidenten hieran gehindert (S. 5675 Sten. Ber.). Nunmehr redigierte Vachem seine Fabel dahin um: beantragt hätten die Socialdemokraten wohl nichts, aber die Zollfreiheit hätten sie befürwortet und dafür gestimmt. Hierfür berief er sich, da er in der Kommission gefehlt habe, auf Paasche, Müller-Frida und Sittart als Zeugen. Die angeführten Zeugen schwiegen. Eine Abstimmung über Zollfreiheit hatte ja in der That nicht stattgefunden, sondern nur eine solche über Zollerrhöhung. Dem Vachem wurde nochmals das Unwahre seiner Behauptung dargelegt und hinzugefügt: ihn einer besseren Einsicht zugänglich zu machen, gebe man auf, da er an der krankhaften Reizung leide, bei Unwahrheiten zu verbleiben. Es wurden später im Plenum von socialdemokratischer Seite Versuche gemacht, die Sache zur ausgiebigen Erörterung zu bringen; am 16. Oktober stimmte die Mehrheit mit der freisinnigen Volkspartei den Antrag, die Beratung mit dem Tarif zu beginnen, nieder. Am 7. November provozierte Stadthagen wiederholt den Abg. Vachem — dieser antwortete nicht. Am 20. November legte Stadthagen dar, daß der Antrag v. Kardorff u. a. die Möglichkeit abzuwehren wolle, solche Unwahrheiten, wie die von dem Abg. Vachem verbreiteten, öffentlich zu wiederlegen (Sten. Ber. S. 6720, 6721); der so redigier Abg. Vachem schwieg. Am 8. Dezember brachte Abg. Wollenbuhr den Sachverhalt nochmals vor und verlangte gegenüber der ungenügenden Berichterstattung des Abg. Herold schriftliche Berichterstattung. Das Centrum stimmte den Antrag nieder. Am 11. Dezember ließ verfassungs- und geschäftsordnungswidrig die Mehrheit unter Führung des Centrums, die zu den 946 Positionen gestellten socialdemokratischen Anträge nicht zur Disposition. Unter den Anträgen (Nr. 62 und 63, S. 7090 Sten. Ber.) befanden sich zwei auf Anmerkungen in den Positionen 116 und 117 bezügliche, die u. a. den offensichtlich zwecklosen, den Vachem-Schwindel in der Öffentlichkeit karzuzustellen.

Die Kaviar- und Austern-Lüge verschwand eine Zeit lang selbst aus den ultramontanen Lügenfabriken. Neuerdings ist sie wieder aufgetaucht und zwar wird nunmehr als Eideshelfer — der „Socialisten-Spiegel“ und die „Freisinnige Zeitung“ aufgeführt. Die „Freis. Ztg.“ Nr. 119 hat sogar die Stirn, von einer „Feststellung“ des Socialisten-Spiegels zu faseln und zu behaupten, der Abg. Stadthagen habe auf diese „Feststellung“ noch nicht ein Wort der Erwiderung gefunden.

Wie steht es mit der „Feststellung“ des „Socialisten-Spiegels“? Dies dauernde Deutmal freisinniger Schande schreibt in seiner ersten Auflage:

An ihr Verhalten zu den Kaviar- und Austernzöllen wollen die Socialdemokraten nicht gern erinnert werden. Abg. Paasche und andre Mitglieder der Mehrheit hatten in der Zolltarif-Kommission beantragt, den Kaviarzoll von 150 auf 300 M. und den Austernzoll von 60 auf 100 M. zu erhöhen. Offenbar kam es den Herren darauf an, sich bei dieser Gelegenheit nach den Erhöhungen der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel ein socialpolitisches Mantelchen umzuhängen. Merkwürdig berührte es aber, daß gerade die Socialdemokraten sich gegen die stärkere Heranziehung solcher Lederbissen für die wohlhabende Bevölkerung auf das entschiedenste ausgesprochen. Erst als sie deswegen von der Mehrheit verhöhnt und gefragt wurden, ob denn Kaviar und Austern ein notwendiges Lebensmittel für die Arbeiter seien, zogen sich die Herren Stadthagen und Wollenbuhr kleinlaut zurück und stimmten ohne ein Wort hinzu-zufügen für die Zollerrhöhungen, die sie soeben auf das heftigste bekämpft hatten. Als Abg. Dr. Vachem am 15. Oktober 1902 diese Dinge im Reichstage zur Sprache brachte, irrte er freilich mit der Angabe, daß die Socialdemokraten die gänzliche Zollfreiheit für Kaviar und Austern beantragt hätten; das ist formell nicht geschehen. Eine dreifache Unwahrheit beging aber der Abg. Stadthagen, als er gegenüber dem Abg. Dr. Vachem behauptete, daß er namens der Socialdemokraten Gründe für die Zollerrhöhung angegeben habe. Genau das Gegenteil ist die Wahrheit und Abgeordnete aus allen bürgerlichen Parteien sind bereit, mit ihrem Ehrenwort für den oben geschilderten Sachverhalt einzutreten.

Wer die Abgeordneten aller Parteien sind, die dem „Socialisten-Spiegel“ ihr Ehrenwort für seine unwahren Behauptungen

versprochen haben, verschweig der ungenannte Verfasser dieses Pamphlets. Gleichviel wie sie heißen, sie haben für folgende grobe Unwahrheiten ihr Ehrenwort versprochen:

1. an ihr Verhalten zu den Kaviar- und Austernzöllen wollen die Socialdemokraten nicht gern erinnert sein,
2. die Socialdemokraten hätten sich gegen eine stärkere Heranziehung solcher Lederbissen auf das entschiedenste ausgesprochen,
3. sie seien deshalb von der Mehrheit verhöhnt usw.,
4. Stadthagen,
5. Wollenbuhr hätte sich kleinlaut zurückgezogen,
6. eine dreifache Unwahrheit habe Stadthagen behauptet, als er usw.

Sechs — und wenn man die Positionen Kaviar und Austern getrennt läßt — zwölf faulstidige Unwahrheiten auf ein Ehrenwort zu nehmen, ist ein bißchen viel, selbst wenn man den Verfasser des „Socialisten-Spiegels“ als Pfandhalter einsetzt. Wie heißen die Ehrenmänner, Herr Abg. Richter?

Es scheint auch den angeblichen Versprechern ihrer Ehre etwas schädel geworden zu sein: in der zweiten Auflage des „Socialisten-Spiegels“ hat Eugen Richter den Artikel Kaviar- und Austernzölle gestrichen!

Man sieht: Centrum und freisinnige Volkspartei arbeiten nicht nur zwecks Mandatschachers, sondern auch in der Verbreitung albernster längst widerlegter Lügen zusammen, um die Fortsetzung des Kampfes für Brotwunderzölle zu verschleiern und die Aufmerksamkeit der erwerbstätigen Bevölkerung von den drohenden reaktionären Gefahren auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet abzulenken.

Der Parteitag der holländischen Socialdemokratie.

Mit Rücksicht auf den Generalstreik war der neunte Jahreskongreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei (S. D. A. P.) in den Niederlanden, der sonst immer zu Ostern stattfindet, dieses Jahr aufgeschoben und fand derselbe nunmehr an den beiden Pfingsttagen zu Enschede statt. — Anwesend waren 103 Abgeordnete, welche 75 Abteilungen vertraten.

Der Vorsitzende der Partei Henri Polak eröffnete den Kongreß mit einer Ansprache. Medner weist u. a. auf den Wahlkampf in Deutschland hin. Das mächtige Heer der Proletarier stehe dort bereit, die Bourgeoisie zu bekämpfen und ihr eine fühlbare Niederlage beizubringen. Mit Spannung erwarte man auch hier die Ergebnisse des 18. Juni, und der Parteivorstand schlägt vor, telegraphisch die besten Wünsche des Kongresses der deutschen Partei zu übermitteln. — Ferner weist Medner auf die Wahlkämpfe in dem IX. und III. Amsterdamer Distrikt hin, wobei in letzterem Genosse Troelstra wieder in die Zweite Kammer gewählt wurde, während auch der erstere gezeigt habe, daß auch die großen Städte in den Niederlanden, also nicht allein ländliche Distrikte, für die Partei zu gewinnen seien, — und dies bestimme für die Zukunft die Taktik der Partei. — Medner bespricht nunmehr die Aktion gegen die Zwangsgesetze und widerspricht der sich bildenden Legende, als habe der Parteivorstand und dieser durch Troelstra das Dazwischenkunft den eigentlichen Anstoß zum Generalstreik gegeben. In dem ersten Beschluß der Hauptvorstände sei den Eisenbahn- und Transportarbeiter-Organisationen allein Hilfe zugesagt, von einem Generalstreik sei keine Rede gewesen. Deshalb weist Medner unter lauten Beifall die Schmähungen zurück, denen Genosse Troelstra in letzter Zeit von anarchisierender und bürgerlicher Seite ausgesetzt war. Uns Sinnverwandte meinen, die Partei habe sich im kritischen Augenblick aus der Bewegung gegen die Zwangsgesetze zurückziehen müssen und nicht an dem Generalstreik teilnehmen dürfen. Dann aber habe man uns, sagt Medner, die Schuld des Mißgelingens in die Schuhe geschoben. Trotzdem, und trotz der Kommission, die untersucht, ob die S. D. A. P. die Sache verraten habe, wie die Anarchisten behaupten, stehe es für letztere, die das Resultat der Untersuchung nicht abwarten, doch fest, daß unserseitig Verrat geschehen sei. Der beste Beweis hiergegen sei die Verurteilung unserer Genossen van der Goes, Eugenholz und Kappetein. Unsrer Wahlerfolge und unsrer Popularität haben wir daran gewagt, unsre besten Genossen haben Tag und Nacht gearbeitet, um die Bewegung in das gute Geleise zu führen. Völligwilliger Absicht aber waren die Anarchisten, denen es nicht zu thun war um eine Verhinderung der Zwangsgesetze, sondern um ein Revolutionsgelingen; diese hatten sich der Fackelbewegung angeschlossen, um den Staat zu stürzen. (Beifall.) Wir dagegen haben der Fackelbewegung gebietet und sie nicht mißbrauchen wollen für andre Ziele, wie es die Anarchisten thaten. Ganz besondere Dinge müßten schon geschehen, ehe wir wieder einen gemeinsamen Schritt thun mit diesen anarchisierenden Verrätern und Verrätern. (Beifall.) Wir werden unsre erprobte Taktik, die deutsche Taktik, wiederum befolgen, unsren Weg gehen und nicht vom Pfade abweichen und sagen: Wer etwas mit uns zu thun haben will, muß mit uns gehen; wir laufen nie mehr mit andern mit. — Die geschichtliche Bedeutung der Ergebnisse könne man noch nicht übersehen, aber Medner meint, daß das Prinzip des Generalstreiks durch den hinter und liegenden Kampf stark gestützt habe. Wenn die Arbeiter einsehen, daß die Fackelbewegung eine ganz andere Organisation und Taktik als die bisherige nötig hat, dann ist dies diesem Generalstreik zu verdanken. Medner geht dann die persönlichen Ausfälle der Anarchisten und der bürgerlichen Presse und rät an, trotz allem reaktionären und christlichen Spiegels die Ruhe zu bewahren. Wenn die Bourgeoisie meint mit den Wahlen von 1905 und zu vernichten, dann freut sie sich zu früh. Wir sind stark; wir sind aus dem letzten Kampfe unversehrt zurückgekehrt. Unbestimmert um das, was die Bourgeoisblätter sagen, müssen wir hier zur Klarheit betreffs unsrer Taktik kommen; dann sehen wir unsre Aktion für die politische und Fackelbewegung und die Kooperation fort, und liegt jetzt die deutsche Partei, dann müssen wir im Verhältnis in 1905 einen gleichen Sieg gewinnen. (Beifall.)

Als Ort für den nächstjährigen Kongreß wird Dordrecht gewählt.

H. P. Tak (Amsterdam III) spricht als erster Medner zum Jahresbericht und kritisiert das Verhalten des Parteivorstandes während des Generalstreiks und die Haltung des Parteiblattes, welches in seinen Leitartikeln eine Auseinandersetzung von verschiedenen Meinungen gab. Wir hatten in diesen schwierigen Zeiten keine Stille durch eine feste Haltung des Blattes. Diese Artikel im „Der Volk“ waren eine feste persönliche Arbeit, aber Medner fragt: kann und darf das Redigieren des Parteiblattes in Zeiten wie die erwähnten persönliche Arbeit sein; stand der Parteivorstand auf der Höhe seiner Aufgabe, als er die Serie der Artikel, die von einander abwichen, ohne Eingreifen fortgehen ließ? Ist es gut, daß wir unter derselben Regelung (wie solche bis heute vom Parteiblatt gilt, Korresp.) umstände abwarten sollen, welche wir wiederum nicht beherrschen würden und die wiederum Unselbständigkeit und Unsicherheit bringen würden? — Dann fragt Medner nach den Gründen, die den Parteivorstand geleitet hätten, am 2. April in der Versammlung der Hauptvorstände für den Eisenbahner- und Transportarbeiter-Streik bezw. dafür die weitere Aktion dem Abwehrkomitee zu überlassen, zu stimmen. Medner sagt hinzu, daß niemand die schwere Aufgabe der damaligen Tage verkenne, zugleich nach außen zu schlagen und nach innen aufzubauen; doch müsse hier gesagt werden, was man auf dem Herzen habe. Jeder Schein von Vorfällen liege fern gegenüber den Männern, die die Leitung in Händen hatten; wir vertrauen fest darauf, daß durch stärkere Organisation mehr Festheit der Taktik erreicht werden wird.

van der Goes erhält hiernach das Wort zur Besprechung einer von ihm, Dr. Gorter und Frau Roland-Holt mittels der Abteilung Norden-Duren vorgeschlagenen Resolution. Die Resolution

er verleumdet uns beständig, persönliche Angriffe gegen Brust vermeide er. Es sei unmöglich, alle Angriffe gegen den Verband und gegen seine Person auf sich sitzen zu lassen. Betreffs der nachten Zeichnung im Effener "Werk" meint Redner: "Wenn das wahr wäre, was in der nachten Zeichnung gegen ihn geschrieben, so müßte ihn die Generalversammlung zum Teufel jagen. Strunz" Jowidau meint, man könne jetzt mit der Medallion zufrieden sein. Gegen die nachte Zeichnung des Effener Partei-Organs müsse Stellung genommen werden durch Annahme eines Vertrauensvotums. In diesem Sinne sprachen sämtliche nachfolgende Redner. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den persönlichen Angriffen des "Werk"-Essen in seiner Nummer 167 vom Jahre 1902. Sie weist die persönlichen Angriffe mit Entschiedenheit zurück und spricht dem Medallioner Hühner volles Vertrauen aus. In der Verbandszeitung darf jedoch der persönliche Streit nicht weiter geführt werden. Nach verschiedenen unwesentlichen Anträgen zu Punkt "Presse" wird die Debatte hierüber geschlossen.

Es folgt hierauf Punkt 6 der Tagesordnung: Einführung der Arbeitslosen-Versicherung und Statuten-Änderung. Hierzu hielt J. Polorny-Jwidau das Referat. Nach einer Erörterung kommt der Redner auf die Anträge, die die Kommission der Generalversammlung empfiehlt, zu sprechen und bittet um Annahme derselben. Die Kommission schlägt der Generalversammlung folgende Anträge vor:

Arbeitslosen-Unterstützung nach dem Antrage des Vorstandes zu beschließen; doch hat sie entgegen dem Vorschlage des Vorstandes noch 14-tägiger Erwerbslosigkeit, nach 8-tägiger Erwerbslosigkeit gekürzt. Auch die Unterstützungsgröße hat sie erhöht, sie sollen betragen nach einer

| Mitgliedsdauer von vollen 52 Wochen | pro Tag oder Woche | |
|-------------------------------------|--------------------|---------|
| 100 M. | 6,00 M. | |
| 150 " | 1,20 M. | 7,20 M. |
| 200 " | 1,50 M. | 9,00 M. |

Dadurch steigt natürlich auch die Gesamtsumme der in einem Jahre (52 aufeinanderfolgenden Wochen) zu erhebenden Arbeitslosen-Unterstützung, sie darf jedoch nicht übersteigen nach einer Mitgliedsdauer

| | |
|----------------------|----------|
| von vollen 52 Wochen | 48,00 M. |
| 150 " | 57,60 M. |
| 200 " | 72,00 M. |

Die Wochenbeiträge sollen auf 25 Pf. festgesetzt werden. Weiter schlägt die Kommission vor, das Sterbegeld, welches nach Leistung von 26 vollen Wochenbeiträgen für jedes Mitglied gezahlt wird, von 60 auf 80 Mark zu erhöhen. Stirbt die Ehefrau vor dem Mitgliede, so werden dem Mitgliede 40 Mark ausgezahlt, in diesem Falle können beim Tode des Mitgliedes selbst nur noch 40 Mark ausgezahlt werden. Das Projekt einer Kranken-Zusicherung hat die Kommission fallen lassen, sie schlägt eine einmalige Unterstützung der Mitglieder in außergewöhnlichen Notfällen bis zur Höhe von 20 M. vor. Zum Bezugerecht ist eine sechsmonatliche Mitgliedschaft nötig. Zum Verband überretrende Mitglieder anderer Gewerkschaften erhalten alle Rechte nach geleistem Nachweis, daß sie volle sechs Monatsbeiträge in ihrer früheren Organisation geleistet haben. Überretrende Mitglieder vom christlichen Gewerksverein brauchen in obigem Falle auch kein Eintrittsgeld zu zahlen.

Die Debatte über die zur Statutenänderung gestellten Anträge wird beim Schluß der Vormittagssitzung abgebrochen. Für die ausgesprochenen Beschlüsse der Delegierten einstimmig 2000 M.

In der Nachmittagsitzung wird die Debatte über die verschiedenen Unterstützungen fortgesetzt, und nach Schluß derselben zur Abstimmung geschritten. Ueber die Erhöhung der Beiträge auf 25 Pf. wird namentliche Abstimmung vorgenommen. Das Resultat ist folgendes: 42 Delegierte stimmen für den Kommissionsantrag, 60 Delegierte dagegen. Die namentliche Abstimmung der Verbandsvorlage zeitigte folgendes Resultat: 51 Stimmen werden dafür, 33 dagegen abgegeben. Sieben Delegierte haben sich der Abstimmung enthalten. Da nun laut früheren Generalversammlungsbeschlusses zur Abänderung der Statuten $\frac{2}{3}$ der Mitglieder für die Abänderung sein müssen, so sind beide Vorlagen, sowohl die der Kommission als auch die des Vorstandes abgelehnt. Die ganze Arbeit war mithin vergebens. Unter den Delegierten herrscht darüber eine große Mißstimmung, und man versucht, durch innerer und immer wieder neu gestellte Anträge eine abermalige Abstimmung über den Vorschlag des Vorstandes herbeizuführen. Der Vorsitzende wehrte sich zunächst heftig dagegen, Redakteur Hühner stellte demnach folgenden Antrag: Die Delegierten beschließen, daß der Zustand vor den Abstimmungen wieder hergestellt wird und die betreffenden Anträge nochmals zur Abstimmung kommen. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 78 Stimmen angenommen. Bei der nun erfolgten Abstimmung über den Vorschlag des Vorstandes, die Beiträge auf 20 Pf. zu erhöhen, wird derselbe mit 61 gegen 5 Stimmen angenommen. Mithin ist die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Vergarbeiter-Verbande beschlossene Sache.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Brüssel, den 2. Juni 1903.

Der Tagespräsident Abraham (England) eröffnet mit einer kernigen Ansprache, in der er den Fortschritt der Vergarbeiter-Internationale betont, die Sitzung. — Es wird in die Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung: Minimallohn eingetreten.

Soubbech erklärt im Namen der Engländer: Die Realisierung des Minimallohnes habe in England schwere Kämpfe gekostet, die alle erfolglos gewesen seien. Die Unternehmer stemmten sich natürlich gegen diese Forderung, während die bürgerlichen Defonomen sie eine Utopie nannten. Allein wir in England haben im Laufe des letzten Jahrzehnts die einen überwunden und die andern widerlegt. So haben beispielsweise die Arbeiter der Minendistrikte von Wales, von Durham u. einen Minimallohn. Dieser ist so, daß ein Arbeiter, auch wenn er nicht so glücklich ist, gute Kohlenlagen zu finden, doch immer seinen bestimmten Minimallohn erhält, denn die Basis unseres Systems ist der Tagelohn, der durch die für die Quantität der Produktion vorgegebenen Zuschläge erhöht wird. So haben wir wenigstens ein Minimum, das dem Arbeiter die Existenzmittel garantiert und das ihm nicht genommen werden kann, weder durch den Willen eines einzelnen Unternehmers nur durch die Krise. Der Vertrag ist durch eine gemeinschaftliche Konferenz mit den Unternehmern festgesetzt und läuft 1904 ab. Er wird auch nächstes Jahr wieder in noch vorteilhafterer Weise erneuert werden.

In England arbeiten etwas mehr denn 80 Proz. unter diesem System. Aber auch in Amerika ist dieselbe Forderung realisiert worden. Wir sind aber der Ansicht, daß die Realisierung dieser Frage auf gezielte Wege besser ist. Und wir haben ein gewaltiges Interesse an der Erhöhung der Löhne in den andern Ländern, besonders an der Einführung eines Minimallohnes. (Beifall.)

Cordier (Frankreich) stellt dieselbe Forderung. Die Vergarbeiterlöhne in Frankreich schwanken zwischen 3,50 Fr. und 9 Fr. pro Tag. Der allgemeine Durchschnitt im Pas de Calais ist 6,24 Fr. Dort wo die Organisationen am stärksten, sind die Löhne in einer einheitlichen Höhe. Da die Versuche, die Frage auf legalen Wege zu lösen verfruchtlos, haben wir Zusammenkünfte mit den Unternehmern veranstaltet behufs Einführung eines Minimallohnes. Wir verlangten als Lohnbasis 3,75 Fr., die erhöht werden sollte durch den Zuschlag für bestimmte Quantitäten geförderter Kohle.

Wir waren auch damit einverstanden, daß für den bestimmten Lohnsatz ein gewisses Minimum der Produktion festgesetzt werde, um den Unternehmern den Einwand zu nehmen, die Arbeiter würden sich alsdann auf die faule Seite legen, da ihnen ihr Minimallohn garantiert sei. Trotzdem sind die Unterhandlungen erfolglos geblieben und wir werden uns neuerdings an das Parlament wenden. Wir wünschen, daß die Frage international auf gezielte Wege gelöst werde.

Raubiaur (Belgien): Wenn bei uns die Krise eintritt, ist das Unternehmertum schnell mit Absagen zur Stelle. Geht der Geschäftsgang stot, dann muß lange gekämpft werden, um das alte Lohnminimum wieder zu erreichen. Die Streiks inmitten industrieller Prosperität kamen den Unternehmern keineswegs gelegen. Die Regierung suchte diesen abzuwehren durch ein Gesetz, welches die Einrichtung von Schiedsgerichten verlangt. Diese Einrichtung tangt keinen Fiskus und ist nur gemacht, um der Arbeiterkraft und dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Die Kameraden, welche sich der Forderungen der Gewerkschaft annehmen, werden, wenn auch nicht gemahregelt, so doch an schlechte Arbeitsorte gestellt, wo sie bei mühsamer Arbeit nicht das trockne Brot verdienen. (Rufe von den Tischen der deutschen Delegation: Ganz wie bei uns!) Ein Kohlenhauer verdient in Belgien 3 und 4 Fr., manchmal auch 5 Fr. pro Tag. — Wir haben in Belgien Gesetze, welche die Behandlung und Unterhaltung der Hunde vorschreiben, aber noch kein solches das sich auf die Arbeiter bezieht. Wir glauben, daß diejenigen, welche alle Reichthümer schaffen, doch auch soviel wert sind wie Hunde und das Interesse des Gesetzgebers bedürfen. Darum erheben wir auch hier wieder die Forderung auf gezielte Einführung eines Minimallohnes. (Beifall.)

Die deutsche Delegation läßt erklären, daß sie die von den Engländern eingebrachte Resolution auf gezielte Einführung des Minimallohnes lebhaft unterstütze.

Jinger (Österreich): Wenn es irgend ein Land giebt, das den Minimallohn nötig hat, so ist es Österreich. Dezial, 1894, 1897 und 1900, haben wir für die Verbesserung der Löhne gekämpft; leider erfolglos. Wir versuchen jetzt unser Glück im Parlament. Aber wir machen uns keinerlei Illusionen, denn wir wissen, daß die Reaktion in Österreich in puncto Arbeiterfeindlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Nichtsdestoweniger werden wir in der Zukunft mit derselben Energie für unsere Forderungen kämpfen wie in der Vergangenheit.

Der Kongress erklärt sich einstimmig für die Resolution der Engländer: In allen Ländern ist die gezielte Festlegung eines Minimallohnes anzustreben.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit der Diszussion des Antrages der Engländer: In allen Ländern ist die Wahl selbständiger, von bürgerlichen Parteien unabhängiger Arbeiter-Abgeordneter anzustreben. Auf diesen Punkt ist die Aufmerksamkeit aller Delegationen gerichtet.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der norwegischen Socialdemokratie.

Die 17. Landesversammlung der norwegischen Arbeiterpartei wurde am 20. Mai in Kristiana vom Parteivorsitzenden Chr. S. Knudsen eröffnet. Anwesend waren einschließlich der Parteilitung 137 Delegierte. Als Leiter der Verhandlungen wurden Ebon Matsson und E. Jeggelsen gewählt. Hermann Lindquist aus Stockholm, der dem kurz vorher beendeten Gewerkschaftskongress beigewohnt hatte, begrüßte den Parteitag im Namen der schwedischen Arbeiterpartei. — Nachdem der Bericht des Parteivorstandes nach kurzer Debatte gutgeheißen war, wurde zunächst über einige kleine Änderungen des Statuts beraten. Sodann erfolgte die Festsetzung des Budgets der Partei für das vom 1. Juli 1903 bis zum 30. Juni 1904 laufende Geschäftsjahr. Die Bilanzsumme wurde auf 6100 Kronen festgesetzt. Auf Antrag von Frau Thnäs wurden 300 Kronen der Ausgaben speziell für Frau agitation bestimmt. — Das Budget des Partei-Organs „Socialdemokraten“ wurde dann ebenfalls festgesetzt und zwar mit einer Bilanzsumme von 74 900 Kronen. — Am Schluß des ersten Sitzungstages wurde dem aus Dänemark gebürtigen Parteigenossen E. Jeggelsen, der vor nunmehr 25 Jahren nach Kristiana kam, der Dank für sein hervorragendes Wirken in Dienste der norwegischen Arbeiterpartei ausgesprochen. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Aushübung ihrer Stadtverordnetenpflicht bestraft wurden gestern zwei Parteigenossen in Halle, die Stadtverordneten Karl Krüger und Friedrich Emmer. Sie waren beschuldigt, wider besseres Wissen in Beziehung auf die Exekutivbeamten der hiesigen Polizeiverwaltung unwahre Thatsachen behauptet zu haben, die geeignet wären, die Polizeibeamten verächtlich zu machen. Es waren nicht weniger als 217 Exekutivbeamte vom zweiten Bürgermeister Herab bis zum Gefangenen-Aufseher als Zeugen geladen. Die Beleidigungen werden darin erblickt, daß Stadtv. Krüger gelegentlich der diesjährigen Beratung des Polizei-Etats am 9. Februar im Stadtverordnetenkollegium gesagt haben soll, es hätten sich bei ihm Polizeifergeanten über widersprechende Dienstinstruktionen beklagt. Bürgermeister v. Hollz entgegnete darauf, er glaube das nicht, denn ein Beamter, der sich an einen socialdemokratischen Stadtverordneten wende, sei untreu und nicht wert Beamter zu sein. Die socialdemokratischen Stadtverordneten blieben dem Bürgermeister die Antwort nicht schuldig und in der

Stadtverordnetenversammlung vom 16. Februar soll dann Stadtverordneter Emmer gesagt haben, trotz der Erklärung des Herrn v. Hollz in der letzten Sitzung hätten sich verschiedene Beamte der Polizei an ihn, Emmer, mit Beschwerden über ihre Vorgelegten gewendet. Der Staatsanwalt lud nun die sämtlichen Beamten, um durch ihre eidliche Vernehmung beweisen zu können, daß sich Beamte nicht an socialdemokratische Stadtverordnete gewendet haben und bezugerte, wenn auch die Behauptung nicht für die Angeklagten und deren Parteigenossen belegend ist, so wäre sie doch geeignet die Beamten bei einem größeren Teil der Bevölkerung verächtlich zu machen.

Wie uns ein Privattelegramm aus Halle meldet, beantragte der Staatsanwalt gegen Krüger die horrenden Strafe von 8. gegen Emmer eine solche von 6 Monaten. Das Gericht erkannte gegen Krüger auf einen Monat Gefängnis, gegen Emmer auf 300 Mark Geldstrafe.

Wahlversammlungen.

Ober-Schönevide. Am 30. Mai fand hier im „Wilhelminenhof“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Arthur Stadthagen referierte. Derselbe legte in zweifelhafte Vorträge dar, in welcher Weise die gegnerischen Parteien in der letzten Legislaturperiode gewirtschaftet und was sie alles dem Volke aufgehört haben. Reicher und lebhafter Beifall lohnte den Redner. Genosse Pfeiffer ergänzte noch die Ausführungen Stadthagens. Dann meldete sich ein Herr Schulz zum Wort. Derselbe ging auf die Jollvorlage ein und meinte, die kleinen Bauern hätten doch einen Vorteil davon, namentlich von den Kornzöllen, auch könnte er seinen Socialdemokraten wählen, weil sie religionsfeindlich wären. Den Genossen Düstig, Münzer und Stadthagen war es ein leichtes, die Ausführungen zu widerlegen. Der Vorsitzende Münzer schloß hierauf die überfüllte Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Socialdemokratie.

Wernsdorf. Nachdem es nun auch hier gelungen ist, ein Lokal mit größerem Saal, das des Herrn Wilh. Erkner, an der Schleuse gelegen, freizumachen, fand am 2. Feiertag eine auch von Frauen gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Fritz Jubeil über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Mit höchlichem Interesse folgte die Versammlung den padenden Worten des Referenten und spendete nach Schluß der ca. 2 1/2 stündigen Rede stürmischen Beifall. — In der Diszussion, zu welcher sich trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden Gegner nicht meldeten, betonte Genosse Regel die sonderbare Wahllegation der Gegner in den umliegenden Ortschaften. Frau Weidold-Widdorf ermahnte insbesondere die anwesenden Frauen im Wahlkampf thätig zu sein, da die Arbeiterfrauen unter der traurigen wirtschaftlichen Lage ihrer Männer schwer mit zu leiden haben. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, worin die Versammelten sich verpflichten, bei der Reichstagswahl Mann für Mann mit vollen Kräften einzutreten.

Eingegangene Druckschriften.

Zweiter Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats für Kiel und Umgegend. Geschäftsjahr 1902. 104 Seiten. Kiel 1903. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats.
Zeitschrift des V. Internationalen Kongresses für angewandte Chemie in Berlin vom 2. bis 8. Juni 1903. 1. Lieferung. 110 Seiten. Berlin 1903. Deutscher Verlag, Königsplatz 41/42.
The National Review. June 1903. Edward Arnold. 37 Bedford Street, Strand, London. 700 Seiten.

Briefkasten der Redaktion.

E. B. 00. 3. Ratholisch.
E. C. 37. Quert in Februar 1887. — 11777. 1. und 2.: Später im juristischen Teil. 3. Bänden Sie sich an Herrn Wilh. Reibländer, Berlin N., Glaserstr. 25. — W. G. Wir kennen den Todesstag des Kardinals nicht. — S. T. Absicht vom Potsdamer Bahnhof. Näheres erfahren Sie dort durch Beamte oder im Anknüpfungsbureau.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7/8 bis 9/10 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.
G. W. 16. Die Elemente sind nicht verfehlt. — H. S. Grundsätzlich müssen wir es ablehnen, bestimmte Rechtsanwälte, Ärzte usw. zu empfehlen. — S. B. Wenden Sie sich mit einer Anfrage über die Lage der Sache an die Staatsanwaltschaft. — P. P. 100. P. 001: Rein. — H. Winter. Nur mit Genehmigung des Wahlvorstandes oder um einen Wähler zu begleiten, der ein körperliches Gebrechen hat, das ihn hindert, den Stimmzettel in den Umschlag zu legen. — P. S. 5. Etwa 7 bis 20 M. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Glender 11. 1. Die „Ingerle“ Steuer ist nicht zu bezahlen: sie muß aber aus andern (Wahl-) Anlässen „angelegt“ werden. 2. und 3.: Ihre Eltern können mit ihrem Einkommen zu Ihren Schulden machen, was Sie wollen. — Ein Kieler Schlosser. Etwa 33 Proz. — S. T. 25. Gehörflügel Körperfehler. — H. N. 2. 1. Rein. 2. 5 Proz., also 17 Pf. — S. J. 33. Die Beisetzende kann selbständig wohnen und für den Fall des Verfalls einer Behinderung sich an das Vormundschaftsgericht mit dem Antrag auf Schutz oder auf Großjährigkeit's Erklärung wenden. — Göttingen. 1-3. In der Regel nein. Das Ober-Verwaltungsgericht nimmt aber an, daß aus der Zulassung einer sehr großen Zahl von Wätern, die ohne jedwede Prüfung oder Zusammenhang mit den Vereindmüßigern zugelassen werden, auf das Vorhandensein einer öffentlichen Gesellschaft geschlossen werden könne. — S. W. N. 20. Sie erhalten bis spätestens am 9. Juni Nachricht vom Magistrat. Sie sind wahlberechtigt. — J. J. 3a

Witterungsübersicht vom 3. Juni 1903, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer hoh. mm | Wind- richtung | Wolke hoh. | Wetter | Temp. n. G. p. G. = p. G. | Stationen | Barometer hoh. mm | Wind- richtung | Wolke hoh. | Wetter | Temp. n. G. p. G. = p. G. |
|---------------|----------------------|-------------------|---------------|--------|------------------------------|-----------|----------------------|-------------------|---------------|--------|------------------------------|
| Zwinnende | 750 | WS | 3bedekt | 14 | Saparanda | 752 | WS | 4wolfig | 10 | | |
| Hamburg | 762 | WSWS | 6halbhd. | 11 | Petersburg | — | — | — | — | | |
| Berlin | 759 | WS | 3bedekt | 14 | Cost | 772 | W | 2bedekt | 12 | | |
| Frankf. a. M. | 760 | W | 2Regen | 10 | Überdeen | — | — | — | — | | |
| München | 759 | WS | 3bedekt | 13 | Paris | 764 | WRD | 5bedekt | 11 | | |
| Wien | 757 | O | 1bedekt | 19 | | | | | | | |

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 4. Juni 1903.
Niemals kühl, vielfach heller bei mäßigen nordwestlichen Winden, keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Beerigungs-Verein
Berliner Zimmerleute.
Nachruf.
Am 30. d. M. starb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Zimmerer Herr
L. Sauer.
Ehre seinem Andenken!
17585 Der Vorstand.

Dankfagung.
Sage den Parteigenossen des letzten Berliner Reichstags-Wahlzuges, sowohl dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sowie den Kollegen der Firma Bergemann und den Sängern für den erhabenden Gesang am Grabe meines lieben Mannes den tiefgefühltesten Dank.
17576
Frau Wwe. Walther
nebst Kindern, Eltern u. Geschwistern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerigung meines lieben unvergesslichen Mannes, meines treuergebenden Vaters sagen wir allen Freunden, Bekannten u. Kollegen, dem Gesangsverein, den Ortsverwaltungen Berlin und Charlottenburg, dem Wahlverein für Feltow-Beesow und dem Personal d. Woadtler Stadt-Theaters unsern tiefgefühltesten Dank.
17382
Die trauernde Witwe
Frau A. Wehling
nebst Kindern.

1678L*
Damenuhren und **Goldwaren**
zum halben Preise im **Ausverkauf**
des Uhrmacher Barth'schen **Konkurslagers,**
Chausseestr. 21.

ORIGINAL SINGER
NÄHMASCHINEN

Pariser Weltausstellung 1900.
Von der Internationalen Jury wurde den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX**
der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt. Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstfertigkeit sowie industrielle Zwecke jeder Art verdanken ihren Weltren der musterhaften Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. **Kunstfertigkeit in der Unterwelt in d. modernen Kunstfertigkeit.**
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin W., Reipzigerstr. 92. 10412*

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort, das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indifferente)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße.
Groß-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 651L*

Otto Grundmann
prakt. Naturheilkundler
Königsplatz 72. 11-2, 6-8.
Charlottenburg, Berliner-
straße 40. 8-9.

Besten Nordhäuser
Roh-Tabak 10682*
Max Jacoby, Streifenstr. 52.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 4. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus, Ida.
Schauspielhaus. Bes. dem, der hat!
Deutsches. Ein Volksfest.
Vertiner. Kronabwurf.
Leffing. Der blinde Passagier.
Residenz. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Balle.
Neues. Der Herr Gemeinderat.
Westen. Alt-Seibelsberg.
Central. Der Zigeunerbaron.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kofaku.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.)
Der ledige Hof.
Thalia. Ein toller Unfall.
Kleines. Nachspiel.
Trianon. Die Notbräute.
Belle-Alliance. Die schöne Galathée. — Bunter Teil. — Des Löwen Erwachen.
Carl Weis. Das Geheimnis des roten Hauses.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Assolo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Vajjag-Theater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Seite 7 1/2 Uhr:
Der Zigeunerbaron
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Morgen: Der Zigeunerbaron.
Sonnabend: Pia und Vodel.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schauspiel in 3 Akten von H. Mars und Albert Barré. Deutsch v. Schönau.
Vorher:
Nach dem Balle.
Schauspiel in 1 Akt nach E. Spanischen des W. Carion von H. Loebel.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.

Die schöne Galathée.
Bunter Teil: Des Löwen Erwachen.
Am prachtvoll renovierten Sommergarten abends 8 Uhr: Grosse Spezialitäten-Vorstellung. Künstler-Langens.
Von 6 Uhr ab: Garten-Konzert.
Bei eintretender Dunkelheit: Phänomenale Beleuchtung. Ab Sonnabend: Operetten-Gastspiel: Die Fiedermaus.

Apollo-Theater

Täglich: Mit kolossalem Beifall:
Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
● Grosse Post-Ballett. ●
Vorher: Neue glänzend. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachspiel.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 143. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballett, 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Ranche überall gestattet. —

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter. Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Englische Sensationsromane
in 6 Bildern von Mrs. Hungerford.
Am 6. Abende: Der sensationelle Wasserflug. — Sonntagmorgen
3 Uhr (Backst. 60 Pf.): Der Glöckner von Notre-Dame. — Im Garten:
Neue Spezialitäten, Theater, Konzert.
Die Liebesinsel, Anzeigekäuser 3 1/2 Uhr.

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Der Herr Gemeinderat.
Sonnabend, den 6. Juni, zum
erstenmal: „Arche Noah“.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel, Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummimensch!
Neu! Die Illusion „Auferstehung“.
Neu! Karl Forscheritsch gen. Paganini redivivus, mit seiner Wiener Elitekapelle, grosse Promenaden-Konzerte.

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen
in ihrem Repertoire.
Erna Koschel.
Josefine Delclieur.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über **AGA!** die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder unt. 10 Jahr. d. Hälfte.
In der **Arena: Elefantmutter** mit saugendem Baby, Shetland-Pony mit Fohlen.
Sonnabend, 6. Juni: **Erster Elitetag!** 5 Kapellen, beng. u. elektrische Beleuchtung.
Entree bis 11 Uhr 1 Mk.

Bernhard Rose-Theater

Babstr. 58. Täglich: Babstr. 58.
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
Sensations-Varieté mit neuer Ausstattung mit Willi Agoston und Klara Antonia.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Kassenscheine von 3 Uhr ab geöffnet
Abends 9 1/2 Uhr: Das Gänsegeheil

Prater-Theater

Katharinen-Allee 7-9.
Direktion: H. Kalbo.
Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Ballettspektakel mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Auftritte erstklassiger Virtuosen. u. a.: Ada Marcell, Schröder u. Dentler, Relampagos Truppe; Ovsargard.
● Ein ideales Gefühls- ●
Grosse Pantomime. Mokaasch Truppe.
Auf. 4 Uhr. Entree 30 Pf., num. 21.50 Pf.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Agnes Säter, norweg. Soubrette.
Miss Votana, Schulkontristin.
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.
Jim und Jam, komische Akrobaten.
Die Biseras, weibl. Trompetercorps.
Urban u. Sohn, akrobat. Produktion.
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.
Adele Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“.
Allison-Truppe, ikarische Spiele.
„Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert.
Biograph.

Königstadt-Kasino.

Solgardenstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Bei günstig. Witterung im Garten.
Anthropos, der künftliche Mensch.
Paul Ybbs, Russl. Imitation.
H. Schanz, Gefühls. Bendt, Marion.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Der Herr Gemeinderat.
Sonnabend, den 6. Juni, zum
erstenmal: „Arche Noah“.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Nach Jahr und Tag.
Einfalter von Axel Sternbuch.
Abschied vom Regiment.
Drama in 1 Akt v. D. & Hartleben.
Der grüne Kakadu.
Grotteske in 1 Akt von U. Schnitzler.
Freitagabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
Schauspiel in 4 Akten v. L. Ullrich-Gruber.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Hexe.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Im Garten täglich Konzert.

Freie Volkshühne.

Oper im Berliner Theater, nachmittags 2 1/4 Uhr.
Sonntag, 7. Juni: **Der Wildschütz.**
14. Juni: **Die lustigen Weiber.**
21. Juni: **Das Glöckchen des Eremiten.**
Opernmarken für Mitglieder a 1 Mark (inkl. Heft und Garderobe) in allen Zahlstellen.
Sonntag, den 7. Juni er., nachmittags 2 1/4 Uhr:
Berliner Theater. || **Metropol-Theater.**
1. Opern-Abteilung (rote Marken). || 13./11. Abteilung.
Der Wildschütz. || **Im Hinterhaus.**
(Textbücher in der Reklamabgabe erschienen.)
Das Opernheft mit Aufsatz, Szenarium und Theaterzettel wird im Theater ausgegeben.
229/3
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor, Friedrichshain.
Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Grosse Feste mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: Ball, Volkstänze, Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliein's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Vertikale Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: 171824
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelmotoren, Barfussbäder, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Ausstellung für Gärungsgewerbe

Berlin N., Seestr. 10, Institut für Gärungsgewerbe,
mit besonderer Berücksichtigung
der Kartoffel-Verwertung und der Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken.
Spirituskocher, Spirituslampen, Spiritusmotoren.
Vom Freitag, den 29. Mai, bis Sonntag, den 7. Juni.
Geöffnet täglich von vormittags 9 bis abends 8 Uhr.
Täglich von 5 bis 6 Uhr populärer Vortrag im gr. Hörsaal der Ausstellung.
Eintrittspreis: 0,50 M. Sonn- und Festtage: 0,30 M.

The American Trading Co., Meyers & Co.,

bezw. Herr Emil Meyers in Berlin, Spittelbozw. markts/10,
die Vertretung unserer Gesellschaft nicht mehr.
Wir bitten höflichst, hiervon Kenntnis zu nehmen und unsere Fabrikate
„Meyers Putz-Cream“ (blau Band) in fester und flüssiger Form
„Meyers Küchenputz“ und „Electro-Silicon“
fortan bei uns direkt oder bei unserem in Berlin weilenden Herrn **H. Scharnhorst, Charlottenstr. 94, parterre,** zu bestellen.
Wir garantieren prompteste, beste Ausführung aller Aufträge in gleichmässiger, unübertroffener Qualität.
The American Supply Co., Bremen.
Meyers & Co. G. m. b. H., Hemelingen.

Seit dem 18. d. Mts. hat die Firma
The American Trading Co., Meyers & Co.,
bezw. Herr Emil Meyers in Berlin, Spittelbozw. markts/10,
die Vertretung unserer Gesellschaft nicht mehr.
Wir bitten höflichst, hiervon Kenntnis zu nehmen und unsere Fabrikate
„Meyers Putz-Cream“ (blau Band) in fester und flüssiger Form
„Meyers Küchenputz“ und „Electro-Silicon“
fortan bei uns direkt oder bei unserem in Berlin weilenden Herrn **H. Scharnhorst, Charlottenstr. 94, parterre,** zu bestellen.
Wir garantieren prompteste, beste Ausführung aller Aufträge in gleichmässiger, unübertroffener Qualität.
The American Supply Co., Bremen.
Meyers & Co. G. m. b. H., Hemelingen.

Herren-Moden

elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Tuchstoffe

Paletotstoffe — Chevots, Reste
spezialbillig
Tuchlager
Molkenmarkt 12-13
Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.

196 Friedrichstrasse 196
nahe der Leipziger Strasse
AUSSTELLUNG
der Gegenstände, die für
JASMATZI-COUPONS
erhältlich sind.
GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.
Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Sansouci.

25 Singsänger täglich
im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntag
Kong. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Bodentags:
Kong. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt. Kong. u. Donnerst.
nach der Solire: **Tanz.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
In der Klemme.
Humoreske von Reffel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Roh-Tabak

E. Nauen, a. d. Schmiedestr.
Templinerstr. 3.

Hasenheide Neue Welt

108-114. Arnold Scholz.
Donnerstag, den 4. Juni 1903:
Elite-Tag.
Grosses Militär-Konzert.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen. Alpen-Rutschbahn.
Die neuen Alpen-Terrassen und die Sonnhütte sind eröffnet.
Morgen und folgende Tage: 1740L
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Wirtshaus „Schloss Woltersdorf“

Neu erbaut! vis-a-vis der Schlenze. Neu erbaut!
Bauunternehmer. Auf wunderbarer Zufahrtstrasse in 15 Minuten zu
erreichen, ohne Dampf oder Ueberfahren. Herrlich am Platze gelegen,
Terrassen und unalter Bark, großer Tanzsaal und Hallen, Familien-Salons,
tische sowie gute Speisen und gutgepflegte Biere. 172824
Empfehle mich den geehrten Vereinen, Fabriken usw.
Friedrich Saevert.

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,

Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engellbecken,
empfehlen als Spezialität: 1894L
Magdeburger und Nordhäuser Kautabak
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabak.
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8518.

Herren-Moden

elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Tuchstoffe

Paletotstoffe — Chevots, Reste
spezialbillig
Tuchlager
Molkenmarkt 12-13
Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.

Fröhels Allerlei-Theater

früher Puhmann.
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Grosses Konzert
und **Vorstellung.**
Auftritte des neu engagierten
Künstler-Perfektists
Das Neueste Allerneueste!
Neu: **Reichtum armer**
Leute, Lebensbild mit Gesang.
Neu: **Zur rechten Stunde**
Grosses Volksstück mit Gesang.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der
Vorstellung 5 Uhr.

Land 2 Mark.

früherlicher
Berort, Boden-
Bekämpfung Bar-
zelle 60 Pf.
300 Mark, nur mündlich, verkauft
Hinsche, Wilmannstr. 4. 101324

Franz Beyer,

Berlin N., Chausseestrasse 103,
empfehlen 146724
Maltrank, Himbeersaft,
sämtliche Arten **Weine,**
Liqueure, Cognac, Rum etc.
zu Engrospreisen.

Neue Welt

Arnold Scholz.
Donnerstag, den 4. Juni 1903:
Elite-Tag.
Grosses Militär-Konzert.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen. Alpen-Rutschbahn.
Die neuen Alpen-Terrassen und die Sonnhütte sind eröffnet.
Morgen und folgende Tage: 1740L
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Wirtshaus „Schloss Woltersdorf“

Neu erbaut! vis-a-vis der Schlenze. Neu erbaut!
Bauunternehmer. Auf wunderbarer Zufahrtstrasse in 15 Minuten zu
erreichen, ohne Dampf oder Ueberfahren. Herrlich am Platze gelegen,
Terrassen und unalter Bark, großer Tanzsaal und Hallen, Familien-Salons,
tische sowie gute Speisen und gutgepflegte Biere. 172824
Empfehle mich den geehrten Vereinen, Fabriken usw.
Friedrich Saevert.

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,

Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engellbecken,
empfehlen als Spezialität: 1894L
Magdeburger und Nordhäuser Kautabak
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabak.
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8518.

Herren-Moden

elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Tuchstoffe

Paletotstoffe — Chevots, Reste
spezialbillig
Tuchlager
Molkenmarkt 12-13
Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.

Gewerbegericht zu Berlin.

3. Nr. 273 Gen.-Ver. 03.
Bekanntmachung.
In Sachen des Ausstandes der
Rohrleger und Helfer der Firma
Behem u. Vogt, Steglitzerstr. 4,
wird in Gemässheit des § 76 des
Ordnungsstatuts für das Gewerbegericht
der Stadt Berlin vom 26. Juni/26. Juli
1902 öffentlich bekannt gemacht, daß
in der Sitzung des von beiden
Parteien angerufenen Ehrengremiums
vom 5. Mai 1903, an welcher teil-
genommen haben:
1. Gewerberichter von Schulz als
Vorstand,
2. Ingenieur Bernhard
3. Buchdruckfabrikant Brandt,
als Vertrauensmänner der Arbeit-
geber,
4. Former Köstler,
5. Heizungsmonteur Hein,
als Vertrauensmänner der Arbeit-
nehmer,
nachstehender Vergleich geschlossen
worden ist:
1. Am 12. November 1902 ist in
Sachen des Rohrlegerwerks ein Ver-
gleich geschlossen worden und zwar
unter Zugrundelegung des Lohnarfs
der Gas-, Wasser- und Heizungs-
Annung für Berlin und der Lohn-
sätze der Heizungsmonteurs und
Helfer, aufgestellt von den Berliner
Centralheizungs-Industriellen (Weise
Tarife vom August bzw. Sep-
tember 1900). Dieser Tarif enthält
12 Punkte:
Der Oberingenieur Deutner als
Vertreter der Firma Behem u. Vogt
erklärt für die Firma, daß dieselbe
dem Vergleich vom 12. November
1902 in allen Punkten beiträgt, und
daß dieselbe sich ebenfalls einem
Arbeitgeber-Verbande anschließen
werde. Die Vertreter der Arbeiter
nehmen diese Erklärung entgegen und
erklären hiermit ausdrücklich, daß auch
sie den Vergleich der Firma Behem
u. Vogt in seinem vollen Umfange
halten werden.
2. Die Arbeit wird morgen am
6. Mai 1903 wieder aufgenommen.
3. Carl Bielefeldt, Fritz Specht,
Richard Seidow, Carl Deutner,
Gugo Brandt, E. Bernhard, H. Köstler,
H. Hein, von Schulz.

Fünfter internationaler Kongress für angewandte Chemie.

Die heutige Eröffnungssitzung wies eine recht starke Beteiligung auch von Seiten des Auslandes auf. Aus fast allen Ländern Europas, aus Amerika und selbst Virginia sind Gelehrte und Großindustrielle erschienen. Die Regierungen haben ebenfalls offizielle Vertreter entsandt. Graf Pobjedowsky, dem die Begrüßung namens des Reichs oblag, feierte die Fortschritte, welche unser ganzes Gesellschaftsleben der Chemie verdankt. Ihre Erfindungen „versetzen Verge“ (!) und füllten Thäler aus und durch Verbesserung der Lebensbedingungen vererbte sie das Dasein. Und wenn sie auch dem mörderischen Kriege diene, so seien doch bedeutungsvoller die Dienste, welche diese Wissenschaft und ihre Anwendung der gesamten Menschheit leiste, indem sie durch ihre Erzeugnisse Schmerzen stille, Krankheiten heile und die Gesundheit fördere. — Der Herr Kriegsminister war leider nicht anwesend.

Nach weiteren Ansprachen wurde das Bureau konstituiert und die Sitzung für die nachmittags beginnenden Sektionsverhandlungen vertagt; zu denselben sind nicht weniger als 400 Vorträge angemeldet.

In der Sektion für landwirtschaftliche Chemie sprach Dr. Frank-Charlottenburg über die Ruhbarmachung des freien Stickstoffs der Luft für Landwirtschaft und Industrie. Bei dem großen Bedarf an stickstoffhaltigen Düngemitteln und Salpeter — die Einfuhr Deutschlands allein trifft über 100 Millionen Mark an — haben die Chemiker längst sich die Aufgabe gestellt, den in der Luft in unerschöpflichen Mengen vorhandenen Stickstoff in nutzbarer Verbindung überzuführen. Angesichts der außerordentlichen Widerstandsfähigkeit dieses Grundstoffes erschien die Lösung der Aufgabe jedoch in weite Ferne gerückt, bis durch Verwendung elektrischer Energie ein neues Hilfsmittel chemischer Verwandtschaft gefunden war. So gelang es Siemens und später den Amerikanern Lovejoy und Prabley, durch Einwirkung starker elektrischer Entladungen den Luftstickstoff zu Salpetersäure zu oxydieren. Die ebenfalls auf elektrischem Wege durch Moissan und Willson erreichte Herstellung des Calciumcarbid reigte nun Dr. Frank und Dr. Caro zu neuen, jetzt von Erfolg begleiteten Arbeiten der Umwandlung des Luftstickstoffs in Ammoniak und Cyan an. Es hat sich ergeben, daß für die Anlagerung des Stickstoffs besonders das Bariumcarbid geeignet ist und daß das gewonnene Cyanbarium sich nach einfachen Methoden zu Blutlaugensalz und Cyanalkalium verarbeiten läßt. Das Calciumcarbid andererseits liefert Cyanamid, aus dem sich mit Wasser unter Druck Ammoniak gewinnen läßt.

Aber auch das rohe Calciumcarbid, das die Erfinder schlechtmäßig „Kalkstickstoff“ nennen, soll sich bei praktischen Versuchen durch berufene Fachmänner als Düngemittel bewährt haben, so daß bereits zur Massenfabrikation des neuen Stoffes übergegangen wird. Zweifellos gewährt diese Verstofflichung weite Aussichten. Wir denken darauf noch zurückzukommen.

In der Sektion für Gemische Industrie der anorganischen Produkte wurde über die Behandlung und Reinigung der Gebrauch- und Abwässer verhandelt. Die bisherigen Methoden der Probe-Entnahme seien gänzlich unzureichend gewesen. Der Gehalt eines fließenden Gewässers an schädlichen Stoffen ändere sich von Meter zu Meter und von Stunde zu Stunde. Meistens müßten die Beziehungen zwischen der Menge der verunreinigenden Stoffe zu der Menge des vorhandenen Wassers und der Schnelligkeit des Wasserlaufs in Rechnung gezogen werden. Die Verteilung schädlicher Stoffe unter große Wassermengen durch geeignete Leitungen der industriellen und häuslichen Abwässer und die sogenannte „chemische Selbstreinigung“ durch die Windkraft des im Basse vorhandenen Kalkes seien in vielen Fällen ausreichend. Diese degreiffichere Weise unferen chemischen Fabriken recht unbequeme Seite ihrer Verpflichtungen gegen die Allgemeinheit soll eine demnächst zusammentretende Kommission beschäftigen.

Prozeß gegen die Pommernbank.

Die letzten Sitzungen vor dem Fest hatten nur geringe Bedeutung. Sie wurden in der Hauptsache ausgefüllt durch die Erörterung des Verhältnisses der Streitsbank zu Schumacher u. Co. und des zwischen beiden abgeschlossenen 11 Millionen-Lombardgeschäftes sowie durch die Erörterung der Verhältnisse der Immobilien-Erwerbsgesellschaft. Aus dem erwähnten Lombardgeschäft wird von dem Staatsanwalt gegen die Angeklagten Schulz und Romeid der Vorwurf der Untreue gegen die Streitsbank und der Bilanzverschleierung hergeleitet. Für die Streitsbank sind nämlich unter der verantwortlichen Leitung der beiden Angeklagten bis zum 7. September 1897 nominal 4 908 000 Mark Pommernaktien zum Preise von 7 624 218 M. angekauft worden, so daß nicht nur ihr ganzes Aktienkapital von 8 000 000 M., sondern noch weitere über 1 1/2 Millionen Mark in diesen Aktien angelegt waren. Es hat nun zwischen der Immobilien-Verkehrsbank, Schumacher u. Co. und der Streitsbank ein Bräuwechsel stattgefunden. In demselben wird es so dargestellt, daß Schumacher u. Co. die Immobilien-Verkehrsbank und diese wiederum mit dem Ankauf der Pommernaktien beauftragt haben, so daß Schumacher u. Co. die eigentlichen Käufer der Aktien gewesen sein würden. Im November 1899 forderte nun die Streitsbank die Immobilien-Verkehrsbank und diese wiederum Schumacher u. Co. zur Abnahme der Aktien auf, woraus letztere erwiderten, daß sie die Angelegenheit zwar aus dem Auge verloren hätte, trotzdem aber zur Abnahme bereit wäre. Die weiteren Verhandlungen führten am 30. November 1899 zu folgendem Abschluß: Die Streitsbank gewährte Schumacher u. Co. bis zum 1. April 1905 ein mit 4 1/2 Proz. verzinsliches Darlehen von 11 Millionen Mark, wogegen Schumacher u. Co. die ausgebilgt für sie gelaufenen nominal 7 678 000 M. Pommernaktien, sowie auch weitere nominal 588 800 M. gleicher Aktien, welche die Immobilien-Verkehrsbank hergab, als Sicherheit hinterlegte. Um es zu vermeiden, daß diese so entstandene Lombardforderung in der Bilanz der Streitsbank erschiene und durch ihre Höhe einen ungünstigen Eindruck hervorzurufen mußte, soll nun eine ganz eigenartige Transaktion vorgenommen worden sein. Die Anlage behauptet, daß der Bräuwwechsel zwischen Schumacher u. Co. und den anderen Gesellschaften, durch den der Bankier herangezogen wird, als ob die Aktien von Anfang an für Schumacher u. Co. gekauft wären, den Tatsachen nicht entspreche und nur der Zweck verfolgt habe, die den Angeklagten unbequeme Tatsache, daß die Streitsbank so große Verluste Pommernaktien für eigene Rechnung gekauft habe, zu verschleiern.

Schulz und Romeid bestritten die Folgerungen des Staatsanwalts; dagegen beständige Direktor Hachmeister und Geh. Rat Gutmann daß die ganze Transaktion nur ein auf Täuschung berechnetes Manöver gewesen sei.

Besonders gravierend sind jedoch die Ermittlungen des gerichtlichen Überrevisors Reuter. Danach sind die 11 Millionen in den verschiedenen Formen in den Bilanzen der Streitsbank verschleiert und bedeckt worden und schließlich erscheinen sie im Jahre 1899, nachdem der Besitz bei der Immobilien-Verkehrsbank wahrcheinlich zu gesetzlich erschienen war, auf dem Lombard-Konto Schumacher u. Co. und figurieren in den Bilanzen als Anlage in Hypothekengeschäft II sowohl bei der Streitsbank, als auch bei der Pommernbank.

Auch über die Verhältnisse der Immobilien-Erwerbsgesellschaft entspinnt sich eine lebhaft Diskussion, in welcher Angeklagter Schulz die zu seinen Ungunsten aufgestellten Behauptungen der Anlage zu widerlegen sucht. Er bestreitet, daß er Gewinne unrichtig in seine Tasche gesteckt und behauptet im Gegenteil, daß er zu eigenem Schaden die Interessen der Gesellschaften wahrgenommen habe. Die

über die Transaktionen gemachten Buchungen seien richtig, es habe keine willkürliche Erhöhung der Grundstückswerte stattgefunden, man habe zu Nachschüssen keine Zuzucht genommen.

Nach dreitägiger Pause wurden die Verhandlungen am Dienstag wieder aufgenommen. Zur Erörterung kam zunächst die Tätigkeit der Vereinigung für Grundwerb, bei welcher nur der Angeklagte Romeid interessiert ist. Diese Vereinigung ist im September 1897 von dem Oberlehrer Armbrust und dem jetzt ständigen Willy Schumacher als Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht gegründet worden. Das Grundkapital, auf welches 25 Proz. eingezahlt worden, betrug 200 000 M. Die zur Einzahlung erforderlichen 50 000 M. hat der Angeklagte Romeid hergegeben. Zweck der Gesellschaft war die Verwertung einiger Romeid gehöriger Grundstücke, welche die Gesellschaft käuflich übernahm. Es handelt sich um die Grundstücke Schillerstr. 108 in Charlottenburg, Kaiser-Allee (Ede-Beckersstraße) in Wilmersdorf und Prinz-Regentenstraße (Ede-Beckersstraße) in Wilmersdorf. Der Kaufpreis wurde durch die Uebernahme der eingetragenen Hypotheken belegt. Gewinne sind nicht erzielt, vielmehr war bis 1. Januar 1900 ein Verlust von 61 874 M. entstanden. Die erforderlichen Baren Betriebsmittel hatte der Angeklagte Romeid vorgekehrt. Diefelben beliefen sich bis November 1900 auf 87 945 M. Am 27. Oktober 1900 verkaufte Romeid seine Ansprüche gegen Armbrust u. Schumacher an die Immobilien-Verkehrsbank für 50 000 M.

Die Verhandlung geht sodann zu einem neuen, wichtigen Abschnitt der Anlage über: Den Verlusten der Pommernbank. Es kommen hierbei die Behauptungen der Angeklagten Schulz und Romeid, ferner die nicht übereinstimmenden Abschätzungen der staatlichen Revisionskommission und die unter diese noch bedeutend heruntergehenden Schätzungen der Bankkommission in Frage.

Justizrat Bronker giebt dem dringenden Verlangen des Angeklagten Schulz Ausdruck, daß bei diesem für die Schuldfrage und eventuell für die Strafmaßbestimmung außerordentlich wichtigen Kapitel unter allen Umständen der Bankinspektor Hartmann und der Sachverständige Prof. Dietrich zugegen seien.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird jedoch der Versuch gemacht, das Thema vorläufig zu erörtern.

Die Verluste, welche die Pommernbank erlitten hat, sind nach den Schätzungen der Bank-Revisionskommission und der späteren Bankverwaltung hauptsächlich folgende: 1. Ausfälle an Deduktionshypotheken rund 16 000 000 M.; 2. Ausfälle an freien Hypotheken rund 2 000 000 M.; 3. Verlust an die Immobilien-Verkehrsbank (Lombard-Konto) 8 050 000 M.; 4. Verlust an die Immobilien-Verkehrsbank (Kreuzer-Abteilung) 550 000 M.; 5. Verlust an Aktien-Konkordatium Hachmeister 1 690 000 Mark; 6. Verlust an Hachmeister persönlich 15 000 M.; 7. Verlust an v. Dese-Heffesse 40 000 M., zusammen rund 28 851 000 M. Ob der schließliche Schaden sich wirklich so hoch oder höher oder niedriger herausstellen wird, läßt sich, wie die Anlage hervorhebt, zur Zeit nicht übersehen, da die Verluste zu 1., 2. und 3. nur schätzungsweise abgegeben werden können. Die Anlage berechnet, daß die Verluste der Aktionäre — wenn man von dem Aktienkapital von 15 000 000 M. zunächst diejenigen nom. 9 000 000 M. absetzt, welche in dem Bankkonkordatium selbst stecken — auf etwa 7 405 000 M. = 88 1/2 Proz. des Gesamtbetrages zu beziffern seien. Den Pfandbriefbesitzern wurden zwei Wege geöffnet, von denen der folgende von den allermeisten besprochen wurde: Sie verzichteten auf 20 Proz. des Nennwertes ihrer Pfandbriefe und erhielten dafür als teilweisen Erlass 10 Proz. dieses Nennwertes in Aktien Litt. B. Die Zinsföhne wurden mit 80 Proz. ihres Nennwertes ohne Unterbrechung eingelöst und die Aktien Litt. B. vom 1. Juli 1902 als dividendenberechtigt erklärt.

Hierzu wird der Bankier Leop. Marcus vernommen, der als Mitglied der Bankkommission i. J. thätig gewesen ist. Er erklärt: In den Büchern der Pommerschen Hypothekenbank habe er eine große Ordnung und vollständige Klarheit vorgefunden. Bei der Immobilien-Verkehrsbank sei er dagegen auf Transaktionen gestoßen, die vom kaufmännischen Standpunkte aus als nicht exakt zu beurteilen seien. Der Zeuge rügt es ferner als unzulässig, daß die Pommernbank die eignen Aktien als Unterlage für die Gewährung eines Darlehens angenommen habe.

Ueber die Berechtigung der Abschreibungen kommt es zu einer lebhaften Meinungsverschiedenheit zwischen dem Zeugen und den Angeklagten Schulz und Romeid. Letztere behaupten verschiedene Ausführungen des Zeugen als unzutreffend. Insbesondere behauptet Angell. Romeid, daß es sich keineswegs um non valeurs gehandelt habe.

Angell. Schulz hält es für unbedingt notwendig, daß die Mitglieder der Bankkommission und der staatlichen Revisionskommission hier vernommen werden und ihm Gelegenheit gegeben werde, event. sich über jeden einzelnen Posten der Bilanz mit ihnen auszusprechen zu lassen. Er behauptet, daß nach dem Status von 1900 bei der Pommernbank weder für die Aktionäre, noch auch für die Pfandbriefbesitzer auch nur ein einziger Pfennig Verlust entstanden wäre, und daß die Reorganisation vollkommen unnötig gewesen sei.

Der Gerichtshof beschließt, von den Mitgliedern der Bankkommission den Bankdirektor Willy Gerschel, den Bankinspektor Kern und den vereidigten Sachverständigen Olivea, ferner von der staatlichen Revisionskommission Herrn Stöter und den Bankinspektor Hartmann zu laden.

Prozeß gegen den Matrosen Messerschmidt wegen thätlichen Angriffes auf den Fähnrich J. S. v. Abel.

Siel, den 3. Juni 1903.

Der am 2. Mai erfolgte Ueberfall auf den Fähnrich J. S. v. Abel gelangte heute vor dem Gericht der Direktion der Kaiserlichen Marineakademie zur Verhandlung. Auf der Anklagebank erscheint der Matrose Messerschmidt vom Schulschiff „Stein“. Dieser giebt zu, an jenem Abend mit dem Marine-Artilleristen Jänide auf seiner Flucht zusammengetroffen zu sein, er habe sich aber nicht vor ihn verfolgenden Fähnrichen, mit denen er einen Zusammentroß hatte, geflüchtet, sondern vor Zivilisten. Jedenfalls stehe er dem Ueberfall auf den Fähnrich v. Abel vollständig fern. Jänide und der Begleiter des Abel, Fähnrich Saalwächter, sollen jedoch den Angeklagten stark belästigen. Messerschmidt heißt mit Vornamen Andreas, ist am 19. Februar 1881 zu Wilschotten in Holland als Sohn eines preussischen Unterthans geboren, evangelisch und bisher unbestraft. Er ist von Beruf Seemann. Seine Eltern wohnen seit einiger Zeit in Hannover. In die Marine ist Messerschmidt im Dezember 1902 eingetreten. Die Verhandlung findet in demselben Saale statt, in dem auch gegen den Fähnrich Hüffener verhandelt wurde. Den Gerichtshof bilden: Korvettenkapitän Erhard Schmidt von der Marine-Akademie, Vorsitzender; Gerichts-Assessor Freydt, Verhandlungsleiter; Hauptmann Voigt, Oberleutnant Curt Brand, beide von der Marine-Akademie, und Gerichts-Assessor v. Stephanus Weisiger. Vertreter der Anklage ist Marine-Kriegsgerichtsrat Rosenberger. Als Offizialverteidiger ist Rechtsanwält Scholz bestellt.

Die Aussagen des Angeklagten.

Der Angeklagte ist ein großer, schlanker junger Mensch mit dunkelblauem Haar. Nachdem der Verhandlungsleiter, Marine-Gerichts-Assessor Freydt, die Mitglieder des Gerichts vereidigt hat, stellt derselbe fest, daß der Angeklagte einmal wegen Ungehorsams und ungebührlichen Betragens gegen einen Kameraden mit drei Tagen Arrest bestraft ist. Sodann wird der Anklagebeschluss verlesen. — Verhandlungsleiter: Angeklagter, Sie haben gehört, was Ihnen zur Last gelegt wird, bekennen Sie sich schuldig? — Angell.: Nein, ich bin nicht schuldig. — Verhandlungsleiter:

Erzählen Sie einmal, was Sie am Abend des 2. Mai gethan haben. Wann haben Sie die Kaserne verlassen? — Angell.: Gegen 8 1/2 Uhr. — Verhandlungsleiter: Mit wem gingen Sie zusammen? — Angell.: Ich ging allein. — Verhandlungsleiter: Wohin gingen Sie? — Angell.: Nach Friedrichsdorf. — Verhandlungsleiter: Gingen Sie nicht zuerst nach Pries? — Angell.: Ja, in das Müllerische Lokal. — Verhandlungsleiter: Haben Sie dort viel getrunken? — Angell.: Ja, wohl, ich trank 7 Glas Bier und einige Schnäpse. — Verhandlungsleiter: Wann verließen Sie das Müllerische Lokal? — Angell.: Gegen 11 Uhr. — Verhandlungsleiter: Sie gingen alsdann nach Friedrichsdorf und begegneten auf der Chaussee zwei Leuten. — Angell.: Ja, wohl. — Verhandlungsleiter: Haben Sie die Leute erkannt? — Angell.: Nein, es war ganz dunkel. — Verhandlungsleiter: Sie sollen einen von den beiden Leuten geschlagen haben? — Angell.: Es ist möglich, daß ich einen geschlagen habe. — Verhandlungsleiter: Wissen Sie sich nicht darauf zu bestimmen, waren Sie denn so betrunken? — Angell.: Ja, wohl, sehr stark angetrunken. — Verhandlungsleiter: Haben Sie denn nicht gehört, daß die beiden Leute Fährliche waren? Angell.: Ja. — Verhandlungsleiter: Sie haben früher gesagt, die beiden wären Zivilpersonen gewesen, Sie hätten den einen an seinem steifen schwarzen Hut und den andern an seinem hellen Nebergießer erkannt? — Angell.: Das ist möglich, ich weiß mich aber nicht mehr darauf zu erinnern. — Verhandlungsleiter: Haben Sie nicht gehört, daß Ihnen zugerufen wurde: „Nehmen Sie sich in acht, wir sind Fährliche“? — Angell.: Davon weiß ich nichts. — Verhandlungsleiter: Haben Sie nicht an den blanken Knöpfen erkannt, daß die beiden Personen Militärpersonen waren? — Angell.: Nein. — Verhandlungsleiter: Deshalb haben Sie den einen geschlagen? — Angell.: Ich weiß mich auf nichts zu erinnern, ich war zu sehr angetrunken. — Verhandlungsleiter: Nachdem Sie einen der Leute geschlagen hatten, sind Sie eiligst davongelaufen? — Angell.: Das ist möglich, ich weiß nicht mehr, daß ich geschlagen habe. — Verhandlungsleiter: Sie begegneten dem Marine-Artilleristen Jänide und liefen mit diesem davon? — Angell.: Ja, wohl. — Verhandlungsleiter: Deshalb liefen Sie, fürchteten Sie, verfolgt zu werden? — Angell.: Ja. — Verhandlungsleiter: Sie haben sich hinter einem Baum versteckt? — Angell.: Ja. Jänide sagte, daß wir uns verstecken sollten. — Verhandlungsleiter: Was für Hosen hatten Sie an jenem Abend an? — Angell.: Ich hatte meine weißen Arbeitshosen an. — Verhandlungsleiter: Durften Sie denn in Arbeitshosen ausgehen? — Angell.: Ja, wohl. — Verhandlungsleiter: Hatten Sie Urlaub? — Angell.: Nein. — Verhandlungsleiter: Kannten Sie den Fähnrich v. Abel? — Angell.: Nein, Fähnrich v. Abel war mir vollständig unbekannt. — Verhandlungsleiter: Kannten Sie den Fähnrich Saalwächter? — Angell.: Nein, auch Saalwächter ist mir vollständig unbekannt. — Verhandlungsleiter: Sie hatten also keinerlei Ursache, den Fähnrich v. Abel zu schlagen? — Angell.: Nein. — Verhandlungsleiter: Sie erinnern sich auch nicht, einen Fähnrich geschlagen zu haben? — Es wird danach

Marine-Artillerist Jänide als Zeuge

vernommen. Dieser belundet auf Verfragen des Verhandlungsleiters: Am Abend des 2. Mai habe er mit Messerschmidt und dem Matrosen Dorge im Müllerischen Lokal in Pries gekneipt. Kurz nach 11 Uhr seien sie nach Friedrichsdorf gegangen. Dorge habe sich schon vorher von ihnen getrennt. Auf der Chaussee seien ihnen zwei Leute begegnet, die er für Militärpersonen hielt. Er konnte aber nur die blanken Knöpfe sehen und hielt sie für Saalwächter. Messerschmidt blieb bei einem der beiden stehen, er ging weiter. Nachdem er 10 bis 15 Schritte gegangen war, sei Messerschmidt angelaufen gekommen. Da sei er mitgelaufen und habe den Vorschlag gemacht, über einen Baum zu springen und sich zu verstecken. Verhandlungsleiter: Deshalb machten Sie den Vorschlag, sich zu verstecken? — Zeuge: Weil ich keinen Urlaub hatte. — Verhandlungsleiter: Wie lange blieben Sie in Ihrem Versteck? — Zeuge: Etwa fünf Minuten. Messerschmidt war eingeschlossen, ich mußte ihn erst auflockern. — Verhandlungsleiter: War denn Messerschmidt betrunken? — Zeuge: Ja, wohl, er war stark betrunken. — Verhandlungsleiter: Hatten Sie auch getrunken? — Zeuge: Ja, etwas. — Verhandlungsleiter: Waren Sie nicht laut, als Sie bei den Leuten auf der Chaussee vorbeikamen? — Zeuge: Wir haben etwas gesagt, aber laut waren wir nicht. — Verhandlungsleiter: Haben Sie nicht gehört, daß die beiden sagten: „Nehmen Sie sich in acht, wir sind Fährliche“? — Zeuge: Ich habe nichts gehört. — Verhandlungsleiter: Sie haben auch sonst keinen Wortwechsel gehört oder gesprochen? — Zeuge: Nein, am folgenden Tage sagte ich zu Messerschmidt: „Du mußt wohl mit den Leuten etwas gehabt haben.“ Messerschmidt erwiderte: „Ich habe mit den Leuten nichts vorgehabt.“ — Verhandlungsleiter: Es lag doch nahe, den Angeklagten noch am selben Abend zu fragen, was er mit den Leuten vorhatte? — Zeuge: Da dachte ich nicht daran.

Zeuge Fähnrich J. S. Saalwächter

belundet: Am Abend des 2. Mai ging ich mit dem Fähnrich J. S. v. Abel die Friedrichsdorfer Chaussee entlang. Nördlich sahen wir einen Trupp von 2-3 betrunkenen Matrosen laut singend und lärmend auf uns zukommen. Wir gingen, um einen Konflikt zu vermeiden, den Leuten aus dem Wege, und zwar ging v. Abel links und ich rechts, so daß die Leute bequem zwischen uns durchgehen konnten. Die Leute beschimpften uns aber. Wir sagten, sie möchten sich in acht nehmen, wir seien Fährliche. Die Leute setzten aber ihre Schimpereien fort. Nachdem sie etwa 15 Schritte von uns entfernt waren, kam ein Matrose wieder zurück und verabschiedete v. Abel mit der Faust einen Schlag. Wir waren durch den unermittelten Ueberfall zuerst ganz perplex. v. Abel wollte seinen Dolch ziehen und den Mann, der eiligst davongelaufen war, verfolgen. Ich redete ihm aber zu, dies nicht zu thun, da wir bei der großen Dunkelheit doch nichts erkennen konnten. Sehr bald kam noch ein anderer Trupp von vielleicht 4 betrunkenen Matrosen mit einem Frauenzimmer an uns vorüber; diese belästigten uns aber nicht. — Verhandlungsleiter: Vermöchten Sie nicht zu erkennen, ob der Angeklagte der Thäter war? — Zeuge: Nein, ich habe nur erkennen können, daß der betreffende Matrose groß und schlank war. — Verhandlungsleiter: Haben Sie gesehen, was für Hosen er trug? — Zeuge: Nein. — Es gelangt danach

Der Abschiedsbrief des Fähnrichs J. S. v. Abel

zur Verlesung. Den Abel am Sonntag, den 3. Mai, kurz bevor er sich mit seinem Revolver erschoss, geschrieben hat. Der Brief schildert die Vorgänge am Abend des 2. Mai in derselben Weise wie die Zeugen. Es heißt in demselben unter anderem: „Nachdem sich die Matrosen etwa 15 Schritte von uns entfernt hatten, kam einer im Trabe wieder zurück und schlug mich mit geballter Faust so heftig auf den Kopf, daß ich zunächst ganz betäubt war. Als ich mich etwas erholt hatte, wollte ich meinen Dolch ziehen und den Mann verfolgen, ich sah aber ein, daß dies angesichts der Dunkelheit undurchführbar sei. Andererseits wollte ich auch nicht einen Menschen von hinten niederstechen. Ich habe den Mann nicht erkennen können, ich habe nur gesehen, daß er groß und schlank war und glaube, daß er weisse Hosen trug. Am folgenden Tage habe ich den Vorfall gemeldet, mir wurde zugesichert, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden würde. Das ist aber kein genügender Trost für mich. Ich kann mich doch unmöglich schlafen lassen und dabei beruhigen.“ Hier bricht die Verlesung des Briefes ab. Der Verhandlungsleiter stellt noch fest, daß das Führungsbüchlein des Angeklagten „genügend“ lautet.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet. Nach längerer Beratung beschließt der Gerichtshof, die beiden Zeugen zu vereidigen.

Der Vertreter der Anklage,

Marine-Kriegsgerichtsrat Rosenberger, ergreift hierauf das Wort: Der Angeklagte giebt selbst zu, zur fraglichen Zeit mit dem Marine-Artilleristen Jänide die Chaussee entlang gegangen zu sein, und giebt ferner zu, geschlagen zu haben, behauptet aber, einen Zivilisten getroffen zu haben. Der Angeklagte trug weiße Hosen und Jähnrich v. Abel war der Meinung, daß der Thäter ebensolche getragen habe. Beide Jähnriche beschreiben den Thäter als schlau und groß. Es ist außerdem festgestellt, daß außer Messerschmidt und Jänide sämtliche Matrosen in der Kaserne waren oder ihr Alibi nachweisen konnten. Aus dem Umstande, daß der Angeklagte davongelaufen ist, geht hervor, daß er die Jähnriche erkannt hat. Der Angeklagte wird daher auf Grund des § 97 des Militär-Strafgesetzbuches wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu bestrafen sein. Die traurigen Folgen, die die That für den Jähnrich v. Abel und dessen Familie hat, dürfen dem Angeklagten nicht zur Last gelegt werden, auch die große Jugend und die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten müssen berücksichtigt werden; andererseits ist der Ueberfall ein so brutaler, daß er nicht als minder schwer bezeichnet werden kann. In Erwägung aller dieser Umstände beantrage ich 3 Jahre Gefängnis, wovon 10 Tage auf die erlittene Untersuchungshaft abzurechnen sein würden.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Scholz:

Ich kann durchaus nicht zugeben, daß die Schuld des Angeklagten erwiesen ist. Der Zeuge Saalwächter und v. Abel haben übereinstimmend bekundet, nur die erste Gruppe von Matrosen habe sie beschimpft, so daß sie den Reuten zuriefen: „nehmt Euch in acht, wir sind Jähnriche“. Ein solches Vorkommnis bestreitet aber der Zeuge Jänide. Es ist ferner festgestellt, daß nachher noch ein zweiter Trupp Matrosen mit einem Frauenzimmer vorbeikommt. Den Vorschlag, sich zu verstecken, hat nicht der Angeklagte, sondern Jänide gemacht. Ich gebe zu, die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Angeklagte der Thäter ist, ein strikter Beweis liegt aber nicht vor. Der Angeklagte hat das Führungswort „genügend“, er ist einmal mit drei Tagen Mittelarrest bestraft, sonst liegt nichts gegen ihn vor, es ist ihm mithin eine so brutale That nicht zuzutrauen. Ich bin daher der Meinung, der hohe Gerichtshof wird, da die Schuld nicht bewiesen, zu einem Nichtschuldig gelangen.

Der Angeklagte bemerkt auf Befragen, daß er nichts weiter zu sagen habe.

Nach kurzer Beratung verkündet der Verhandlungsleiter, daß der Gerichtshof beschloffen habe, noch einmal in die Verhandlung einzutreten. Der Angeklagte und Jänide müssen angeben, wieviel Bier sie im ganzen getrunken hatten.

Nach kurzer Beratung verkündet der Verhandlungsleiter folgendes

Urteil:

Der Gerichtshof hat nach dem Ergebnis der Verhandlungen es für festgestellt erachtet, daß der Angeklagte der Thäter war. Daß der Angeklagte den Jähnrich v. Abel getannt hat, ist nicht erwiesen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte eine vorsätzliche Körperverletzung mit hinterlistigem Ueberfall begangen hat und dafür auf Grund des § 123a des Strafgesetzbuches zu bestrafen ist. Bei der Strafzumessung ist die große Brutalität der That, andererseits aber auch die Jugend, die bisherige Unbescholtenheit und der trunksene Zustand des Angeklagten berücksichtigt worden. Es ist deshalb auf 18 Monate Gefängnis erkannt worden, wovon 10 Tage auf die erlittene Untersuchungshaft in Abzug zu bringen sind. Auf Befragen des Verhandlungsleiters erklärt der Angeklagte, er werde es sich überlegen, ob er Berufung einlegen werde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter! Bei der Firma Schulz, Hafenseide 9, werden jetzt auf Anweisung des Herrn Schulz alle organisierten Schlosser entlassen. Der Verband der Kühnemannler schickt Arbeitswillige, welche sich aber bei dem Durchgang zur Fabrik in der Urbanstraße melden müssen. Wir erwarten, daß die Berliner Schlosser dieses dumme Treiben nicht mitmachen.

Bei der Firma Edelmann, Treibstr. 32, haben sämtliche Mofeleger und Helfer aufgehört, weil sie seit Wochen nicht ihren vollen Lohn erhalten haben. An einem Kollegen hat die Firma bis 60 M. Schulden. In dieser Sache ist heute das Gewerbegericht angerufen. Also vorsichtig Kollegen, ehe Sie dort Arbeit nehmen.

Bei der Firma Riechlich hat heute der Arbeiterausschuß verhandelt, jedoch ohne Resultat. Die Firma stützt sich auf die Streikbrecher der Hirsche und einige andre Arbeitswillige. Es sind einem der Hirsche 50 M. geboten zur Vermittlung von Streikbrechern. Sogar der Sohn — ein Hirsch — des Handleihebesizers Wasserstraße 83 benutzt die Handleihe seines Vaters als Arbeitsnachweis. Es sind von dort mehrere Arbeiter zu Riechlich geschickt. Heute ist ein Kollege, welcher, wie der Revierleutnant genau weiß, Sophienstraße 24 wohnt, zum neuntenmal verhaftet worden, nur weil er in der Sophienstraße auf und ab ging. Auf der Wache wurde er visitiert, der Hofenträger entledigt und in eine Zelle gesteckt. Also wahrhaft russische Zustände bei einem Streik in Berlin. Der Streik dauert unverändert fort. Zugang streng fernzuhalten. Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Angestellten (Kassierer) der Firma Singer u. Cie., Leipzigerstr. 92, sind heute in den Ausstand getreten. Centralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Vergolder! Der Streik bei der Firma Müller (Zuf. Hobe), Fruchtstr. 63, dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Der Vorstand der Zentrale Berlin.

Achtung, Kammer! Die Zustände bei der Firma Dietrich sind von der Organisation geregelt und ist die Sperre über die Firma hiermit aufgehoben. Die Lohnkommission.

Baukontrolle der Berliner Maurer.

Der Centralverband der Maurer veranfaßte vor kurzem eine Baukontrolle über alle zum Lohngebiete Berlin und Umgegend gehörigen Bauten. Es drehte sich vornehmlich darum, festzustellen, wie die augenblickliche Bauqualität am Orte ist und inwieweit die am 1. April laut Tarifvertrag eingetretene Lohnerhöhung auf 67 1/2 Pf. Platz gegriffen hat. Kontrolliert wurden insgesamt 905 Bauustellen mit 7146 Mauern, welche sich wie folgt verteilen:

Table with 3 columns: Location, Number of walls, and Number of masons. Includes rows for Parterre, I. Etage, II., III., IV., Trempel, Ausbauten, and Scharwörter.

Außerdem erhielten 98 Maurer einen Stundenlohn von über 70 Pf., von welchen auf 5 Bauten 60 Maurer durchweg den erhöhten Stundenlohn erhielten, die übrigen verteilen sich auf Bauten mit Klassenlohn. — Von den 679 zu 70 Pf. arbeitenden Mauern waren 331 auf 59 Bauten beschäftigt, wo ein Einheitslohn gezahlt wurde; 348 Maurer arbeiteten für 70 Pf. auf 46 Baustellen, wo Klassenlöhne von 67 1/2 bis 70 Pf. gezahlt wurden. Auf 20 Bauten führten 200 Maurer die Arbeit in Accord aus. Wie die Zahlen zeigen, ist die Lohnerhöhung ohne große Schwierigkeiten vor sich gegangen, trotzdem wir zur Zeit mit einer

beträchtlichen Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten. Da sich die Kontrolle auch auf die Beschaffenheit der Bauten und Abortanlagen ausdehnte, so konnte festgestellt werden, daß auf 8 Baustellen die Wände und auf 18 Bauten der Abort den Bestimmungen nicht entsprach. In 29 Fällen war Wände und Abort nicht in Ordnung. Die größten Mängel sind vom Vorstand nachkontrolliert worden, wobei in den meisten Fällen die Mängel abgestellt wurden. Ein weiterer Teil ist, wie wir annehmen müssen, mit Erfolg dem Arbeitgeberbund gemeldet worden, da von den betreffenden Bauten weitere Klagen über Fortbestehen des Miltandes nicht eingelaufen sind. Die Verbandsleitung.

Der Stand der Lohnbewegung der Schloßschmiedmacher der besseren Maßgeschäfte ist derselbe geblieben, — jedoch wird die Situation unter den Streikenden eine unübersichtlichere, da die Ermittlungen in Leipzig in der Fabrik von Indiger ergeben haben, daß dort für Berlin Streikarbeit angefertigt wird. Von der Verwaltung des Vereins deutscher Schmiedmacher, Zasthelle Leipzig, sind in den letzten Tagen Vorkehrungen getroffen und es ist Aussicht vorhanden, daß auch dieser Schlupfwinkel für die Berliner Schmiedemeister geschlossen wird, zumal Herr Indiger erklärt, er verzichte lieber auf die Berliner Streikarbeit, als daß er sich mit seinen Arbeitern veruneinigt. Daß der Stand des Streiks für die Arbeitgeber nicht so glänzend ist, wie sie selbst in Zeitungen gemeldet haben, beweist der Umstand, daß Herr Bengel versucht, bei Herrn Siegel Streikarbeit anfertigen zu lassen. Auch in Budapest werden Streikbrecher für Berlin gesucht. Zur näheren Besprechung dieser Angelegenheit findet Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, eine öffentliche Versammlung statt. (Siehe Inseratenteil der heutigen Nummer.) Die Agitations-Kommission.

Deutsches Reich.

Die Klempner in Bremen haben durch die Vereinbarung mit den Arbeitgebern, welche dem Streik und der Ausperrung ein Ende machte, außer den bereits mitgeteilten Lohn erhöhungen noch andre Verbesserungen erreicht. Diefelben erstreckten sich auf erhöhte Bezahlung der Ueberstunden und gewisser Arbeiten, auch ist die Organisation ausdrücklich anerkannt und für die Schlichtung von Differenzen eine Kommission eingesetzt. Bedenkt man, daß durch die Bauarbeiter-Ausperrung die Klempner gezwungen werden sollten, die Arbeit zu den alten Bedingungen aufzunehmen, so ist der Erfolg um so höher anzuschlagen.

Am Dienstag sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Es sind aber 40 Klempner nicht wieder eingestellt worden. Eine am Dienstag abgehaltene Klempner-Versammlung beschloß, deswegen nochmals mit den Baugewerksmeistern zu verhandeln.

Die Textilarbeiter der Provinz Brandenburg hielten Pfingsten eine Konferenz in Sorau ab. Der Textilarbeiter-Verband hat in der Provinz Brandenburg 24 Filialen mit 4120 Mitgliedern. Die Konferenz beriet die Mittel und Wege zur weiteren Ausbreitung des Verbandes. Ferner befaßte sie sich mit dem die Gaueninteilung betreffenden Beschluß der letzten Generalversammlung des Verbandes. Hierzu wurde die nachstehende Resolution angenommen:

„Die Provinzialkonferenz der Textilarbeiter Brandenburgs erklärt sich im Prinzip für eine Gaueninteilung innerhalb des Verbandes einverstanden. Des hohen Kostenpunktes wegen ist die Konferenz der Meinung, zunächst in den allerwichtigsten Distrikten einen Gauenbeamten anzustellen.“

Ausland.

Der norwegische Gewerkschaftskongress tagte vom 25. bis zum 28. Mai in Kristiania. Anwesend waren 96 Delegierte, die neun Centralverbände und neun einzelstehende Fachverbände repräsentierten. Außerdem hatten die der Landesorganisation der Gewerkschaften nicht angehörenden Verbände der Eisen- und Metallarbeiter und der Buchdrucker Delegierte entsandt. Als Vertreter der schwedischen Gewerkschaften war Herrmann Lindquist anwesend. Ferner nahmen der sozialdemokratische Parteivorstand, sowie der radikal-demokratische Storting-Abgeordnete Egde Rissen an dem Kongress teil. — Der Bericht über die Thätigkeit in den letzten zwei Jahren ergab, daß der Landesorganisation jetzt neun Centralverbände und zehn Einzelvereine mit zusammen 7917 Mitgliedern angehören. Nach Erledigung des Geschäfts- und des Stassenberichts beschloß der Kongress einstimmig eine Eingabe an das Lagthing gegen das inzwischen von diesem Thing verworfene Strafgesetz gegen die organisierten Arbeiter. — Die auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart gefaßten Beschlüsse wurden vom Kongress einstimmig gutgeheißen. — Als Vorsitzender und Geschäftsführer der Landesorganisation wurde A. Pedersen wiedergewählt, als 2. Vorsitzender Joh. Johnson und als Sekretär Oerter Jøversen.

Sociales.

Bei der Landesversicherungs-Anstalt Berlin gingen im Monat April 1903 573 Anträge auf Bewilligung einer Invalidenrente ein, aus dem Vormonat übernommen wurden 645; bewilligt wurden 680 Anträge, abgelehnt 53, anderweit erledigt 9 und 526 blieben unerledigt. Anträge auf Altersrenten gingen 20 ein und 16 wurden aus dem Vormonat übernommen; bewilligt wurden davon 30, unerledigt blieben 14. Die 630 bewilligten Invalidenrenten verteilen sich auf 427 Männer und 203 Frauen, die 30 Altersrenten auf 22 Männer und 8 Frauen. Unter den Invalidenrenten befanden sich 50 Krankenrenten, welche 33 Männer und 17 Frauen erhielten.

Für das Heilverfahren sind im Monat April 1903 63 081,74 M. gegen 108 679,19 M. im Vorjahre verausgabt worden, wovon 14 004,98 M. gegen 7435,51 M. im Vorjahre auf Angehörigen-Unterstützungen entfielen. — Die Heilstätten sind augenblicklich voll belegt.

Der Markenerlös ist im Monat April nicht, wie wir gestern mißverständlich nach den Mitteilungen des Centralvereins für Arbeitsnachweis meldeten, von 1 480 000 im Vorjahre auf 640 000, sondern nur von 648 190,35 M. auf 640 002,30 M. Das ändert natürlich an der Schlussfolgerung nichts, daß auf dem Arbeitsmarkt im Monat April gegen das Vorjahr eine Verschlechterung der Lage eingetreten ist.

Ärzte als Unfall-Gutachter.

Auf die Rechtsprechung in Arbeiter-Versicherungssachen hat der Arzt, wie allgemein bekannt, ein Maß von Einfluß gewonnen, wie es weder der Ansicht des Gesetzgebers entspricht, noch der Rechtsprechung dienlich ist. Die Entscheidung des Arztes darüber, ob Erwerbsbeschränkung eine Folge des Unfalles ist oder nicht, ist fast immer ausschlaggebend. Wenn dies schon äußerst bedenklich ist, so ist es direkt unzulässig, dem Arzt die Entscheidung über die Höhe der Erwerbsbeschränkung zu überlassen. Hierzu ist er in den meisten Fällen ganz ungeeignet, da er die von dem Verletzten zu verrichtende Arbeit, ihre Technik und ihre Schwierigkeiten nicht kennt. Zu welchen sonderbaren Mitteln die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften greifen und zu welchen widersprechenden Urteilen sie kommen, zeigt der kürzlich vor dem Reichs-Versicherungsamt verhandelte Fall des Arbeiters H. aus dem Kreise Fulda. Er fiel am 6. September 1900 vom ersten Stockwerk eines Neubaus fünf bis sechs Meter tief auf Backsteine. Der Arzt, der ihn zuerst untersuchte, konstatierte Rippenbrüche. Ein anderer Arzt, Dr. Heilmann in Reulhof, der den H. bald darauf behandelte, hat Verletzungen der Rippen nicht feststellen können, sondern nur Quetschungen der Weichteile. H. der über innere Schmerzen klagte, wurde vom Arzt als Simulant betrachtet und zur Beobachtung in das Landkrankenhaus in Hanau eingewiesen. Dieses Krankenhaus steht unter der Leitung des für viele Berufsgenossenschaften als Gutachter fungierenden Professors Dr. v. Büngner. Im Krankenhaus hat man H. auch als Simulant angesehen und ihn entsprechend behandelt. Professor v. Büngner sagt in seinem Gutachten wörtlich: „H. ist wiederholt

eingehend untersucht worden, ohne daß jemals objektiv etwas Krankhaftes nachzuweisen war. Seine subjektiven Klagen sind in den letzten Tagen vollständig geschwunden, seitdem ihm eröffnet wurde, daß er so lange im Krankenhaus bleiben müsse, bis er nichts mehr zu klagen habe. Er erklärt heute ausdrücklich, daß er keinerlei Beschwerden mehr verspüre, sich vollständig gesunde fühle und seine Arbeit wieder aufnehmen könne. H. wird daher geheilt und arbeitsfähig entlassen.“ H. bestreitet, solche Erklärungen abgegeben zu haben, er will nur seine Entlassung aus dem Krankenhaus gefordert haben, weil ihm die Behandlung nicht paßte. Interessant ist der Schluß des Gutachtens. Es heißt da: „Hiernach erachtet es mir zweifellos, daß bei H. Unfallfolgen auch nur sehr geringfügiger Natur nicht bestehen und die Festsetzung einer Rente, schon im eigenen Interesse des H., nicht ratsam ist. Die subjektiven Klagen werden am ehesten verschwinden, wenn H. seine Arbeit baldmöglichst in vollem Umfange wieder aufnimmt, während sie erfahrungsgemäß zunehmen, wenn ein derartiger Unfallverletzter wie H. eine Rente erhält.“ Auf Grund dieses Gutachtens wies das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Kassel die Rentenansprüche des H. ab. Das Reichs-Versicherungsamt, an das H. sich wandte, holte Ende November 1902 ein Gutachten des Prof. Dr. Petersen von der chirurgischen Klinik der Universität Heidelberg ein. Dieser stellte Lungen-Emphysem und eine leichte Schädigung der Herzthätigkeit fest. Einen Zusammenhang dieser krankhaften Zustände mit dem Unfall hielt der Gutachter für sehr unwahrscheinlich, aber doch nicht ganz für ausgeschlossen. Die Erwerbsbeschränkung schätzte Dr. Petersen auf 20 Proz. „Da aber“, so heißt es am Schluß des Gutachtens, „der Zusammenhang zwischen Verletzung und Emphysem in hohem Grade fraglich ist, so glauben wir, daß H. mit einer Rente von 10 Proz. reichlich für die Folgen des Unfalles entschädigt wäre.“ Bei diesen beiden Gutachten fällt zuerst auf, daß der eine Gutachter Lungen-Emphysem feststellt, während der andre irgend welche Krankheits Symptome nicht nachweisen kann. Dadurch erhält die Annahme, daß H. Simulant ist, einen ganz erheblichen Stoß. Aber selbst wenn H. Simulant gewesen wäre, so war es doch ein eigenartiges Mittel, wenn ihm im Landkrankenhaus zu Hanau angebroht wurde, daß er so lange im Krankenhaus bleiben müsse, bis er nichts mehr zu klagen habe. Auf keinen Fall kann aus Erklärungen von Kranken, die in gedrückter Stimmung sich befinden und von dem Wunsche nach Veränderung ihrer Lage befehle sind, kein für sie un günstiger Schluß gezogen werden. In dem Gutachten des Dr. Petersen berührt es eigentümlich, daß die Erwerbsbeschränkung auf 20 Proz. geschätzt wird, daß der Gutachter dem Richter aber den Vorschlag macht, nur 10 Proz. Rente zuzusprechen, weil der Zusammenhang der Erwerbsbeschränkung mit dem Unfall nicht ganz bewiesen sei. Das Reichs-Versicherungsamt war denn auch konsequenter, es hat den Zusammenhang zwischen Unfall und Erwerbsbeschränkung verneint und den Rentenanspruch des H. abgelehnt.

Achtung! Preßkommission!

Die ordentliche Sitzung am 5. Juni cr. muß der Wahlagitation wegen ausfallen. Nach den Wahlen wird dann, wie immer, per Postkarte eingeladen. II. Wahlkreis.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Achtung! Parteigenossen! Am Donnerstags, den 4. Juni, und Freitag, am 5. Juni, abends 8 Uhr, finden 1. in der Ressource, Kommandantenstr. 57, Referent Genosse Fritj Kunert; 2. im Fürstenhof, Köpnickstraße 137/138, Referent Genosse Dr. Paul Bernstein; 3. im Dresdener Casino, Dresdenstr. 96, Referent Genosse Dr. Sidelum Nürnberg; 4. bei Koberstein, Prinzenstraße 94, Referent Genosse Dr. Curt Freudenberg, Wählerversammlungen statt. Die vorerwähnten Referenten werden über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen. Außerdem Diskussion. Unser Kandidat Wolfgang Heine wird in sämtlichen Versammlungen aufzufinden sein. Es ist Pflicht der Parteigenossen, für guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Stierter Wahlkreis. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der Urania, Wangelstr. 11, eine Wählerversammlung statt, in der die Genossin Lily Braun über das Thema: „Wodurch siegen wir?“ sprechen wird. Zahlreicher Besuch, hauptsächlich der Frauen, erwartet. Das Wahlkomitee.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend. Heute, den 4. Juni, abends 8 Uhr: Versammlung in der Kronen-Bräueret, Alt-Neubitz 47. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Alara Jettin-Stuttgart. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder. — Frauen und Mädchen Berlins! Agitiert eifrig für den Besuch dieser Versammlung und für den Beitritt in den Frauen-Wahlverein.

In Britz findet am Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Dr. Alberty spricht über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Zahlreicher Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet. Das Wahlkomitee.

Die Genossen, welche sich am Tag der Wahl zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, bis Sonnabend, den 6. Juni, bei dem Genossen Fritz Wenzler, Werderstr. 27, zu melden.

Achtung, Radfahrer! Radfahrer, welche an Tage der Wahl während der Dauer des ganzen Tages im Kreise Beslow-Storkow thätig sein wollen, werden gebeten, ihre Adressen Genossen Gaida, Nixdorf, Jietenstr. 27, baldigst abzugeben.

Lokales.

Polizei und Arbeiterbewegung.

Dieser Tage ging die Notiz durch die Presse, daß sich mehrere höhere New Yorker Polizeibeamte zum Zwecke einer Studienreise in Deutschland befänden. Ja, man wußte sogar mitteilen, daß sich diese Beamten auf Grund ihrer bisherigen Beobachtungen bereits höchst lobend über die preussische Polizei geäußert hätten. Ob es sich damit nicht ebenso verhält, wie mit den angeblich verwundernden Urteilen über die bekannten Kavallerie-Attaden bei den Manövern, die nachher in den ausländischen Wäitern ganz anders lauteten? Interessant wäre jedenfalls das Urteil eines amerikanischen Polizeibeamten über die ebenso mühselige wie überflüssige Thätigkeit unserer Polizei auf politischem Gebiete.

Nichts Charakterisiert die öffentlichen Zustände und den reaktionären Geist in Preußen-Deutschland besser, als die immer und überall sich herdrängende Bevormundung des Volkes durch die Polizei. Niemand weiß besser, was dem Volke frommt, wie die Polizei. Sie ist allmächtig, allwissend; sie ist die Vorhänge des Volkes. Deshalb füllt sie sich auch berufen, in all und jode Dinge sowohl des gewerblichen wie auch des politischen Lebens ihre Nase hineinzuwedeln. Wohl niemand lernt diese polizeiliche Genehmigungs- und Bevormundungsbücherei besser kennen, als die organisierte Arbeiter- und Bevormundungsbücherei in Preußen. Es ist zwar bekannt, daß die Polizei der Arbeiterbewegung allerorts eine große Aufmerksamkeit widmet. Sie führt sorgfältig Listen über die organisierten Arbeiter, sie überwacht öffentliche Versammlungen derselben und läßt es keineswegs an allerhand Liebeswörterlein fehlen. Immerhin können eine ganze Reihe von Orten, wo die Polizeiverwaltung in Händen der Kommune ist, schon aus Sparmaßregeln nicht eine solche Anzahl von Polizeibeamten anstellen, die genügen würde, um jede Zusammenkunft und

Die ständige Mitgliederversammlung der Organisationen mit ihrer Anwesenheit zu beehren. Ganz anders jedoch in Städten mit sogenannter „königlicher“ Polizei. Dort hat die Gemeindeverwaltung über die Zahl der anzustellenden Beamten einfach „nix to seggen“; sie hat nur die recht erheblichen Zuschüsse zu den Unterhaltungs- kosten der Polizeitruppe zu zahlen, und damit basta. Da es nun dank unfres lieblichen Militärsystems abgedankte „Stellvertreter Gottes“ in Hülle und Fülle giebt, so klagt die „Königliche“ mit deren Anstellung im Polizeidienste auch keinestwegs. Sie kann abdam in ihrer allumfassenden Fürsorge einen beträchtlichen Teil dieser Beamten zur ständigen Ueberwachung der Arbeiterbewegung verwenden, und das thut die Berliner Polizei- behörde denn auch in ausgedehntestem Maße. In jeder öffentlichen und jeder der gewiß zahlreichen Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften oder politischen Vereine stellen sich regelmäßig zwei uniformierte Beamte als „Ueberwachende“ ein. Die „Ueberwachende“ sich außerdem mitunter in den Versammlungen noch umherdrückt, läßt sich nicht immer genau fassen, obwohl man auch diese Vögel meistens an ihrer Feder erkennt. Die Uniformierten notieren mit einem Eifer, als hinge mindestens ihre Seligkeit von dem Umfange ihres „Protokolls“ ab. Die Geheimen aber spigen die Ohren, ob ermand der Versammlungsteilnehmer einen unbedachten Zwischenruf macht, aus dem ihm hinterher ein Strich gedreht werden kann. Nicht selten freilich wird der Spichel erkalmt und dann unter allgemeiner Geistes- leit rechtzeitig hinauskomplimentiert. Was haben nun die „Ueber- wachenden“ alles zu thun? Zunächst inspizieren sie die Anmeldeungs- bescheinigung der Versammlung. Stimmt diese mit Tag, Datum oder Stunde nicht genau, so wird die Versammlung ohne weiteres inhibiert. Findet sie aber statt, so achten die Beamten genauestens darauf, daß sie nicht überfüllt wird und der berühmte Mittelgang frei bleibt. Hauptächlich bei politischen Versammlungen wird der Saal abgesperrt, sobald er nur einigermaßen von Besuchern besetzt ist. Bei Versammlungen politischer Vereine wird mit Sorgfalt darüber gewacht, daß etwa anwesende Frauen auch ja nur im „Segment“ untergebracht werden. Dann hat jeder Redner Namen und Adresse anzugeben. Fast komisch nimmt es sich aus, wenn sich irgendwo im Saale jemand zu einer kleinen Geschäftsordnungs-Bemerkung meldet und der Vorsitzende ihm, ohne nach seinem Namen zu fragen, das Wort erteilt. Gleich hört man den überwachenden Lieutenant oder Wächmeister dazwischen rufen: „Namen und Wohnung.“ Erst wenn diese mitgeteilt sind, ist der Beamte zufrieden — und der Staat außer Gefahr. Bei außerordentlichen politischen Anlässen, zu deren Besprechung große Protest-Versammlungen einberufen werden, geht die Berliner Polizei in ihrer führenden Fürsorge für die Arbeiterschaft sogar so weit, in der Nachbarschaft der Versammlungslöcher „fliegende Polizeiwachen“ einzurichten. Ein enormes Aufgebot von Schulzeuten zu Fuß und zu Pferde steht dann bereit, um jeden Augenblick einschreiten zu können, falls die von den höheren Polizeigeistern ewig befürchtete „Revolution“ aus- brechen sollte.

Wie mag nun das in den polizeilichen Aktenbüchern aufgeschriebene „Material“ über die Arbeiterbewegung erst aussehen? Bedenkt man, daß die „Ueberwachenden“ vielfach nur eine höchst mangelhafte Vorbildung besitzen, die sie schon an sich zur Wiedergabe objektiver Berichte nur wenig geeignet erscheinen läßt, so ist es kein Wunder, wenn die Minister sich bei Begründungen von Umsturz- oder Buchstausvorlagen bis auf die Knochen blamieren. Sind doch die Quellen, aus denen sie ihre Wissenschaft über die Arbeiterbewegung schöpfen, meist nur solche Polizeiberichte. Noch drastischer wie bei Versammlungen äußert sich der Polizeigeist bei Streiks und Lohn- betreibungen. Schier unerträglich ist hier das Thema der einseitigen Parteinahme gegen die Arbeiterschaft, der kleinen Chikanen, ja der offenkundigen Ueberschreitungen von Amtsbefugnissen. Dierauf des näheren einzugehen, können wir und heute versagen, brachte doch fast jeder Tag der letzten Zeit auf diesem Gebiete „Reinigkeiten“ in Hülle und Fülle.

Ein großer Teil dieser für das deutsche Kulturwesen wenig schmeichelhaften Vorkommnisse ist lediglich auf das von oben gepflegte System zurückzuführen. Mancher Unterbeamte ist wohl von diesem System ebenso wenig erbaud, als die deutsche Arbeiterklasse selbst. Wenn aber, wie das z. B. kürzlich aus Frankfurt a. M. gemeldet wurde, die Beamten wegen angeblich zu wenig zahlreicher Meldungen geschuldrigelt werden, so müssen sie halt die Befehle ihrer Vorgesetzten ausführen.

Wäre es nicht empfehlenswert, die amerikanischen Visite zu erwidern und eine Anzahl deutscher Polizeibeamte nach Amerika zu schicken, damit sie von dort die Ueberzeugung mit nach Hause bringen, daß es auch ohne den Geist kleinlicher polizeilicher Verbormung geht? Das wäre doch wenigstens eine sich lohrende Amerikafahrt in unserer Zeit der offiziellen Amerikareisen! —

Aus dem städtischen Krankenhaus Am Urban. Wiederholt hat sich bekanntlich die Öffentlichkeit mit der unmenlich langen Dienstzeit des Wärterspersonals der Krankenhäuser und ähnlicher Institute beschäftigt. Man müßte nun annehmen, daß dieses Datum zur Beseitigung des geringen Uebelstandes geführt hätte. Das ist, wenigstens in Bezug auf die Berliner städtischen Krankenhäuser, leider nicht der Fall. Im Krankenhaus Am Urban scheint man vielmehr das gerade Gegenteil herbeizuführen zu wollen. Während bisher die Wärters und Wärtinnen in jeder Woche einen halben freien Tag hatten und von 2 Uhr nachmittags an dienstfrei waren, sollen sie jetzt erst von 6 Uhr abends ab, Urlaub erhalten. Herr Oberinspektor Diesener soll nach den Aeußerungen einer Oberärztin gesagt haben, daß das Personal viel zu viel freie Zeit habe. Dabei dürfen die Wärters und Wärtinnen ohne besondere Erlaubnis gar nicht die Anstalt verlassen und müssen zur festgesetzten Stunde wieder zu Hause sein, widrigenfalls sie bestraft werden!

Auch führt das Personal der genannten Anstalt lebhaft über die Behandlung, welche die ihm der Hausvater Hohenberg zu teil werden läßt. Abgesehen davon, daß er das Personal stets mit „Ihr“ und „Euch“ anspricht, gebraucht er auch Redensarten, die man unter Leuten, welche Anspruch auf Bildung machen wollen, sonst nicht findet. Einer Wärtin gegenüber, mit der er wegen des Sommerurlaubs in Differenzen geriet, soll er zugerufen haben: „Ich wünsche, daß Sie während des Urlaubs die Krüge tragen.“

Obgleich das Verhalten dieses Herrn schon einmal in dem Sach- organ der städtischen Arbeiter gerügt wurde, scheinen die oberen städtischen Behörden nicht für die nötige Belehrung des Herrn Haus- vaters geforgt zu haben. Hoffentlich holen sie das Versäumte baldigst nach.

Wegen der Ermordung des Majors Reich fand gestern, Mittwochs- nachmittag um 4 Uhr in dem Hause Steinmetzstr. 40a eine Orts- besichtigung statt, die der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Telle leitete. Die Kriminalkommissare Dr. Grünberg, der die Ermittlungen führt, und Cellarius, der den photographischen Dienst der Kriminalpolizei leitet, nahmen daran teil. Die Wirtin Marie Gleditsch, die im Untersuchungsgefängnis noch schmählicher geworden ist, als sie schon war, wurde von einem Gerichtsdiener in einer geschlossenen Droschke zum Termin gebracht. Sie mußte sich noch einmal so aufstellen, wie sie vor, während und nach der That gestanden hatte. Alle diese Stellungen wurden dann durch den Photographen für die Gerichtsverhandlung festgelegt. Als sie den Revolver auf Fräulein Herndt und den Major anschlag, stand sie auf dem ersten Treppenaufgang und zielte über das Geländer weg. Der Major ging ihr dann mit erhobenen

Stoß entgegen und erhielt einige Stufen höher als sie stehend den tödlichen Stoß. Fräulein H. und andre Zeugen mußten an Ort und Stelle ihre Bekundungen wiederholen und erläutern. Ein Sach- verhandiger für Schutzwaffen war ebenfalls zugezogen worden. Der Revolver, den Marie Gleditsch schon länger vorher gekauft und erst kurz vor der That wieder aus dem Kasten genommen hatte, drückt sich schwer ab und scheint daher nicht losgegangen zu sein. Niemand hat einen Schuß fallen hören. Es ist aber noch nicht aufgeklärt, wo die Kugel einer leeren Hülse, die sich außer fünf scharfen Patronen in der Trommel befand, geblieben ist. Vor dem Hause sammelte sich eine große Menschenmenge an, die ein stärkeres Aufgebot von Schutzmännern in Bewegung hielt.

Bzüglich der Ermordung der Schülerin Lina Hoffmann ist auf Grund des Obduktionsbefundes die Kriminalpolizei der Ansicht, daß das Verbrechen in Berlin verübt worden ist. Der Mörder hat das Mädchen vermutlich nach seiner Wohnung verschleppt, sie dort miß- handelt und dann getötet. Die Leiche, die er vielleicht ein bis zwei Tage in seiner Wohnung verborgen gehalten, hat er dann nachts nach dem Wasser geschleppt und in die Spree geworfen. In dieser Beziehung erinnert das Verbrechen außerordentlich an die Ermordung des Dienstmädchens Maria Galle, deren Leiche vor mehreren Jahren in einem Rixdorfer Weisengarten gefunden wurde. Damals konnte aus einzelnen Blut- und Wagnispuren festgestellt werden, daß der Körper von Berlin aus nach jener Stelle transportiert worden ist. Zweifellos ist die That nach dem Charakter der Ermordeten zu urteilen, von einem Manne verübt worden, den das Mord genau kannte und dem es insolge dessen auch ohne irgend welche Bedenken folgte. Die polizeilichen Erhebungen nach dieser Richtung hin, die sich speziell auf den nördlichen Norden Berlins erstrecken, dürften möglicher- weise zu einem Resultat führen.

Bootsunfall. Während in den beiden Feiertagen, soweit bisher bekannt geworden, der Wassersport in der Umgegend Berlins leinerlei Opfer gefordert hat, wird vom vorgestrigen Dienstag ein bedauerlicher Unfall gemeldet. Auch am dritten Feiertage herrschte ein leb- hafter Verkehr nach den Vororten und zahlreiche Ausflüger betrieben auf der Oberspree den Wassersport. Unter diesen befand sich auch ein Maurer, der mit einem Freunde in einem Riebsboote die Spree stromaufwärts besuch. In der Nähe der Waldhänke bei Ober- Schönweide rief ihm ein Windstich den Hut vom Kopf und schleuderte ihn ins Wasser. Die beiden jungen Leute näherten sich mit dem Boote der Stelle, wo die Kopfbedeckung trieb und der Maurer beugte sich über Bord, um den Hut zu ergreifen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber ins Wasser. Zwar bemühte sich der zweite Zulasse, unterstützt von andren Ruderern, die den Unfall mit angesehen hatten, den Verunglückten zu retten, aber leider ver- geblich. Der Körper des anscheinend von einem Schlaganfall Ge- troffenen kam nicht mehr zum Vorschein und konnte auch bisher nicht gefunden werden.

Abermals verunglückte ein Soldat beim Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen. Der Sergeant Hofrichter vom 2. Garde-Regiment versuchte die Hinterplattform des Motorwagens 208 der Linie N. auf der Charlottenburger Chaussee während der Fahrt zu besteigen. Er glitt ab und stürzte neben dem Wagen zu Boden. Er erlitt an- scheinend innere Verletzungen und Verletzungen an beiden Beinen und mußte mittels Droschke nach der Kaserne zurückgebracht werden.

Durch Abpringen von einem Straßenbahnwagen schwer ver- unglückt ist gestern morgen auf der städtischen Linie Panlow-Berlin (Mittelstraße) ein unbekannter Mann von etwa 42 Jahren, der den besser gestellten Kreisen anzugehören scheint. Er verließ den Wagen, der sich in voller Fahrt befand, an der Ecke der Prinz Louis Ferdinand- und Dorotheenstraße, fiel hin und geriet so unglücklich unter den Anhängenwagen, daß ihm der linke Arm zermalmt wurde. Der Ver- unglückte wurde mit einer Droschke nach der Charité gebracht, wo er noch bewusstlos daniiederliegt.

Selbstmord oder Täuschung? Der 34 Jahre alte Wäckermeister Albert Kaiser, der früher in der Grünstraße und seit zwei Jahren in Dalldorf ein Geschäft betrieb, spielte gern und befaßigte eines Tages einen Bekannten des Kaspierspiels. Dieser besprach jede Un- rechtlichkeit und als ihm Kaiser dann drohte, daß er ihn der Staats- anwaltschaft anzeigen werde, wenn er ihm nicht Geld gebe, drehte er den Spieß um und zeigte ihn wegen Erpressung an. Der Wäckermeister wurde daraufhin zu sechs Monaten Gefängnis ver- urteilt, die er am Dienstag antreten sollte. Seit dem ersten Feiertag morgens ist er verschwunden. Am selben Tage abends fand man in Nieder-Schönweide seinen Anzug mit einem Ausweispapier auf seinen Namen am Ufer der Spree liegen. Seine Angehörigen glauben aber nicht, daß er sich das Leben genommen habe oder etwa beim Baden ertrunken sei, meinen vielmehr, er habe sich neue Kleider gekauft und die alten mit dem Ausweis auf das Ufer gelegt, um die Polizei irrezuführen.

Ein Opfer übermäßigen Alkoholgenußes ist der 46 Jahre alte Anweiser Otto Schulz aus der Ribbestr. Nr. 9 geworden, der seit zwei Jahren auf einem Kohlenplatz in der Paulstraße beschäftigt war. Der Mann krank in der letzten Zeit sehr viel. Als ihm sein Geschäftsbetrieb darüber vorwirft machte, legte er am vergangenem Sonnabend die Arbeit nieder und vertrat während der Feiertage 23 Mark, nachdem er seiner Frau vorgeredet hatte, daß er nur 10 Mark bekommen habe. Gestern morgen fanden ihn die Arbeiter auf dem Kohlenplatze erhängt auf. Als ein Schutzmann ihn ab- schnitt, war er schon tot.

Ein Mann gestorben ist der 68 Jahre alte Almosenempfänger Franz Beyer, der früher Schuhmacher war und für sich allein an der Fischerbrücke Nr. 10 wohnte. Der alte Mann litt seit acht Tagen schwer an Stennot und wollte nach den Feiertagen ein Krankenhaus ansuchen. Als man aber gestern mittag seine Wohnung mit Gewalt öffnete, weil eine Frau aus dem Hause mit seinem Mittag- essen keinen Einlaß erhielt, fand man ihn angekleidet tot auf dem Fußboden liegen.

Feuerbericht. Ein größeres Feuer kam Dienstagnachmittag in der Quingowstr. 62/63 unmittelbar am Vulligsteg auf nicht ermittelte Weise zum Ausbruch. Schon vor zwei Jahren wurde das angren- zende Gebäude durch Feuer zerstört, und war damals der zum Bahnhof führende hölzerne Steg stark gefährdet. In diesem Falle brannte der Bodennaum der Stellmacherei von H. Bobzin. Die Feuerwehr traf sofort Vorkehrungen zur Sicherung des Vulligsteges und setzte sofort drei Schlauchleitungen in Thätigkeit. Immerhin dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Flammen erlosch waren. Ein großer Teil des Dachstuhles und der Boden- räume ist vernichtet. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Kreuzbergstr. 46 gerufen, weil hier in einem Restaurationskeller Feuer entstanden war. In der Brandenburg- straße 45 gingen vorher Kleidungsstücke und Dedeln in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Potsdamerstraße 130 Möbel und Gardinen in Brand geraten waren. Nach dem Ost- bahnhof in der Brombergerstraße wurde die Wehr in der Zwischen- zeit dreimal gerufen. Immer war hier durch Selbstzündung von Preßhölzern Feuer entstanden. Außerdem hieses noch Alarmierungen von der Landsbergerstraße 14, Barumstraße 30, Sidingenstraße 7 und noch von einigen andren Stellen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um „blinden Alarm“.

Hus den Nachbarorten.

Panlow. Eine „Berichtigung“ sendet uns ein „ehemaliger“ (wie er sich selbst bezeichnet) Schriftführer der Panlower freiwilligen Feuerwehr namens Levetag betreffs des in Nr. 118 des „Vorwärts“ abgedruckten Berichts über die Vorgänge in der Panlower Gemeinde- vertretung betreffend die Stellungnahme des Herrn Ringel zu dem neu zu erbauenden Steigerturm. Wir schiden voraus, daß wir gar nicht verpflichtet sind, diese Berichtigung aufzunehmen, da Herr Ringel als Angegriffener sehr wohl in der Lage sein wird, in der Sitzung der Gemeindevetretung event. Unrichtigkeiten selbst zu berichtigen.

Die Berichtigung behauptet, Herr Ringel habe die Einforderung eines Prospektes von der rheinischen Firma nicht eigenmächtig bewirkt, sondern in Ausführung eines Beschlusses des Gesamt- vorstandes, dem auch 6 aktive Feuerwehrmitglieder angehörten. In dieser Sitzung habe auch der konstituierende Zimmermeister, der selbst als aktives Mitglied der Feuerwehr anwesend gewesen sei, für die Einforderung des Prospektes gestimmt. Von einer „kleinen Revolution“ innerhalb der Feuerwehr habe gar keine Rede sein können. Ebenso wenig könne Herrn Ringel als Mittelstandsfreund aus dem Vorgang ein Vorwurf gemacht werden.

Wir behaupten trotzdem auf Grund unserer Information, daß Herr Ringel die Beschaffung eines eisernen Turmes anregte. Ob Herr Ringel nach der Auegung durch den Gesamtvorstand ermächtigt war, Prospekte einzufordern, ist an und für sich ganz gleichgültig. Festgestellt ist ferner, daß nicht alle in der Berichtigung erwähnten sechs aktiven Mitglieder der Feuerwehr in der Vorstandssitzung zugegen waren, und daß unsere Behauptung, daß die aktiven Mit- glieder der freiwilligen Feuerwehr nichts von dem in Aussicht ge- nommenen eisernen Steigerturm wissen wollten, selbst von Herrn Levetag nicht bestritten wird.

Der Entfender meint schließlich, daß wir kein Recht hätten, Herrn Ringel Vorwürfe zu machen. Es ist uns gar nicht eingefallen, dem Herrn Vorwürfe zu machen. Das ist Sache der Panlower Feuer- wehr, wir haben nur den Widerspruch aufgedeckt zwischen Herrn Ringels Worten über seine Mittelstandsretterei und seinen Thaten.

Brig. Aus Liebesgram in den Tod gegangen ist die Tochter Gertrud des Renteurs Mielenz hierseits. Das junge Mädchen unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem in einer Berliner Druckerei beschäftigten Stereotypen M., das jedoch nicht die Billigung der Eltern fand. Um den forgesetzten Vorwürfen der Letzteren zu ent- gehen, hat sich das Mädchen vor circa acht Tagen in Treptow in der Spree ertränkt. Erst jetzt wurde die Leiche gefaßt. — Auf dem Wege nach Rudow haben Baumfrevler zahlreiche alte prächtige Chausseebäume derart beschädigt, daß es kaum möglich sein wird, dieselben zu erhalten. Hoffentlich gelingt es, die Baumfrevler zu er- mitteln.

Ein an Landfriedensbruch grenzender Exzeß ist am 2. Pfingst- feiertage in Ludenwalde vorgekommen. In dem klugeschen Tanz- lokal erschienen am Abend der Arbeiter Paul Niesstahl und der Zimmermann Reinhold Hagen, beides vorbestrafte Menschen, welche erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen waren, und tanzten dort miteinander, was ihnen von dem Wirtsohn verboten wurde. Dies war aber das Signal für die als Raufbolde bekannten und ge- fürchteten Menschen, um alles was nicht niert- und nagelfest war, entzwei zu schlagen. Von den etwa 200 Personen, die in dem Lokal anwesend waren, hatte niemand den Mut, den wütend mit Eisenstangen um sich schlagenden Männern energisch entgegen zu treten. Sie schlugen alle in die Flucht und räumten in wenigen Minuten den Saal, wobei sie verschiedene Personen arg verletzten. Thürren, Tische, Stühle, Gläser, Flaschen, Fensterhebeln, Notentpulte u. wurden von den Unholden abdam in Saal entzweigeschlagen, worauf sich diese nach dem Garten be- gaben, dort ihre Zerstörungswelt fortsetzten und dann durch die zer- trümmerten Fenster in das Wäffeltzimmer einströmten, um daselbst die Tageskasse im Betrage von ca. 250 Mark zu rauben. Der Schaden, den die Nowdies an Material angerichtet, beträgt etwa 1000 Mark. Erst nachdem Niesstahl und Hagen mit dem Geld verschwunden waren, trafen zwei Polizeibeamte in dem klugeschen Lokal ein und der Wirt wie keine Gäste bekamen wieder Courage. Sie machten sich auf die Verfolgung der Exzedenten, welche schließlich in der Hagenschen Wohnung, wo sie sich ver- barricht hatten, erwidert wurden, als sie sich gerade das geraubte Geld teilten. Die Thür zu der Hagenschen Wohnung mußte mit einer Art erbrochen werden, worauf es der Polizei gelang, die aus mehreren Wunden blutenden Nowdies nach verzweifelter Gegen- wehr festzunehmen. Hagen wurde glücklich nach dem Gefängnis ge- bracht, während Niesstahl am Marktplatz die Flucht ergriff, bis zur Rutebrücke rannte und in den Fluß sprang. Er durchwatete dieselbe, kletterte dann über die Spritzenhausmauer und verschwand in der Dunkelheit, denn es war inzwischen Mitternacht geworden. Zur Verfolgung Niesstahls wurde sofort fast die gesamte Luden- walder Polizei aufgeboten. Die Beamten mußten über Heden und Stachelbrachzäune klettern, hatten aber schließlich doch den Erfolg, daß der Gesuchte hinter Weinspolieren an einer Mauer verborgen aufgefunden wurde und nun dingfest gemacht werden konnte. Von dem geraubten Gelde wurden bei den Verhafteten nur noch 60 M. vorgefunden. Nach Abschluß der Voruntersuchung werden die beiden Exzedenten nach Potsdam gebracht werden.

Vermischtes.

Zwei Menschen verbrüht! Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendabend gegen 9 Uhr in der Nähe von Lostau bei Magdeburg auf dem Dampfer „Rudolf“, der Firma Stettin u. Lübecke gehörig. Der Dampfer „Rudolf“ vermittelte den Verkehr zwischen Magdeburg und Havelberg. Am Sonnabend war er auf der Her- reise begriffen, um am ersten Pfingsttage früh eine Vergnügungsdreise nach Tangermünde zu unternehmen. In der Nähe von Lostau Hög infolge eines Defekts die Verpadung des Räumlochdeckels hinweg. Der nunmehr mit Vehemenz in den Maschinen- und Heizraum aus- strömende Dampf verbrüht den Maschinenführer Herr Detarig, daß er nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab. Der Heizer Ferdinand Willen- pfeimig wurde zwar ebenfalls lebensgefährlich verbrüht, konnte aber noch lebend in der Nacht nach dem altstädtischen Krankenhaus ge- bracht werden, nachdem der defekte Dampfer mittels Schlepptau nach Magdeburg aufgebracht wurde. Hätte sich der Vorgang am andern Morgen ereignet, wo der Dampfer voller Passagiere war, eine Katastrophe wäre unermesslich gewesen. — Wie wir nachträglich erfahren, ist auch der Heizer seinen Verletzungen erlegen.

Feuersbrunst in Neapel. Ein fürchterlicher Brand ist, wie dem „V. T.“ gemeldet wird, in Neapel ausgebrochen. Durch den Brand wurde das in der Altstadt gelegene städtische Leihhaus, das einen Wert von 11 Millionen repräsentierte, gänzlich zerstört. Auch das Staatsarchiv war bedroht, ebenso das Kloster San Filippo, dessen eingeschlossene Kommen, etwa 100 an der Zahl, nur mit Mühe ge- rettet werden konnten, nachdem man die Eisenthüre der Thore und Fenster zertrümmert hatte. Bisher sind zwei Feuerwehrleute durch Abtuz von der Leiter getötet, vier schwer verwundet. Der dem Brande zusehauende Marquis Sermiento von Raedern ist von einer Feuersprünge im Gedränge erdrückt worden. Die Verluste sind unge- heuer, da durch den Brand zahllose arme Leute, die ihre Habgüter in Leihhäusern hatten, schwer geschädigt oder ruiniert worden sind. Die Löscharbeiten waren sehr schwierig. — Einem weiteren Telegramm aus Neapel zufolge ist der Brand gestern mittag gelöscht worden.

Ein vulkanischer Ausbruch auf Island wollen englische Fischer in der Mitte der vorigen Woche beobachtet haben. Die in der Nähe der isländischen Küste arbeitenden Fischer hörten ein lautes Getöse von der Insel her und sahen darauf Flammen und Rauch aufsteigen. Auch das Meer zeigte sich sehr unruhig und die Fische waren augen- blicklich verschawt. Island ist bekanntlich vulkanischer Natur, die Annahme eines vulkanischen Ausbruchs kann also richtig sein. Immerhin wird man eine Bestätigung der Nachricht abwarten müssen.

Ein schwerer Orkan wütete am Montag in Valparaiso. Viele Menschenleben düstern ihm zum Opfer gefallen sein. Während des Sturmes ist die britische Bark „Fohle dale“ gescheitert; zwölf Personen büßten hierbei das Leben ein. Die spanische Bark „Chibilingo“, das Daggerschiff „Palende“ und einige Schaluppen erlitten ebenfalls Schaden. Man befürchtet, daß der Dampfer der Pacific Company, „Arequipa“, untergegangen sei, da mehrere Leichen aus dem Land geschwemmt wurden. Die „Arequipa“ hatte achtzig Personen an Bord.

